



Dr. Pia Beckmann:

Neue Vorsitzende der fränkischen Rathauschefs

Die Würzburger Oberbürgermeisterin wurde zur Nachfolgerin des Nürnberger Stadtoberhauptes Dr. Ulrich Maly bestimmt.

Seite 16



Dr. Angelika Niebler:

Interkommunale Kooperation erhalten

Die MdEP äußerte sich zu Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Kommunen in punkto Vergaberecht massiv einzuschränken.

Seite 3



Simon Wittmann:

Gemäßigtes Ja zur Metropolregion

Der Bezirksvorsitzende des Landkreistags Oberpfalz forderte, im LEP die besondere Förderung des ländlichen Raums zu verankern.

Seite 16

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 4. Mai 2006

57. Jahrgang / Nummer 9

Kommunalforen in Dinkelsbühl und Rosenheim:

Gemeinsam für ein starkes Bayern

Neue Diskussionsplattform zwischen Staat und Kommunen

Konstruktiv waren die Gespräche bei den ersten sogenannten Kommunalforen der Bayerischen Staatsregierung in Dinkelsbühl und Rosenheim, bei denen Ministerpräsident Edmund Stoiber und weitere Kabinettsmitglieder mit mehreren hundert Kommunalvertretern aktuelle kommunalpolitische Themen erörterten.

Das Treffen wurde von den Spitzenvertretern der kommunalen Verbände als insgesamt positiv bewertet: So nutzte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, die Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten einige „offene Baustellen“ zwischen den Kommunen und der Staatsregierung zu präsentieren. Der Städtetagsvorsitzende monierte, dass der Freistaat immer noch nicht bereit sei,

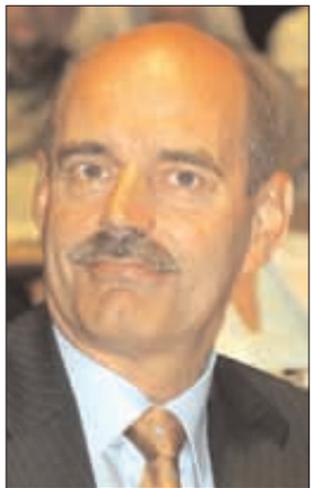
und dann nicht bezahlen, das kommt nicht in Frage.“

Billigere Varianten

Schaidinger wies in diesem Zusammenhang die pauschale Behauptung zurück, die Kommunen würden überzogen oder zu teuer bauen. Wer so argumentiere, müsse auch Auskunft darüber geben, ob und welche billigere Varianten realisierbar sind. Es könne nicht sein, dass der Bau von Personaltoiletten einerseits nach der Arbeitsplatzverordnung zwingend vorgeschrieben ist, andererseits aber von den Zuschussstellen als nicht erstattungsfähig qualifiziert wird.

Künftige Schullandschaft

Für problematisch hält der Städtetagsprecher auch die beabsichtigte Schließung von Teilhauptschulen. Damit würden den Schülern künftig Schulwege von mehreren Stunden täglich zugemutet. Schaidinger forderte den Ministerpräsidenten auf, gemeinsam mit den Kommunen darüber nachzudenken, wie die Schullandschaft in den Gemeinden und Städten in Zukunft aussehen soll. Nach Auffassung des Vorsitzenden gehört dazu der



OB Hans Schaidinger.

den Städten die Kosten für zusätzliche Baumaßnahmen im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums voll zu erstatten. Aufgrund des Konnexitätsprinzips sei der Staat dazu aber verpflichtet. Schaidinger: „Nach dem verfassungsrechtlich garantierten Konnexitätsprinzip gilt: Wer sich ein bestimmtes Menü der Speisekarte nicht leisten kann oder will, muss ein anderes Menü auswählen oder auf seine Bestellung ganz verzichten. Bestellen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Bayerischer Landkreistag in Gersthofen:

Starke Landkreise für Bayerns Zukunft

Zum Bayerischen Landkreistag lädt Landräte-Präsident Theo Zellner für den 10. und 11. Mai in die Stadthalle Gersthofen ein.

Die etwa 300 Kommunalpolitiker erwarten die Minister Dr. Günther Beckstein, Erwin Huber, Josef Müller und Siegfried Schneider.

Auf der Tagesordnung stehen die Regionalpolitik, integrierte ländliche Entwicklung, bayerische Innovationspolitik, sowie aktuelle Probleme des Schulrechts.

Die Veranstaltung beginnt mit der internen Landkreistagsversammlung am Mittwoch; im öffentlichen Teil begrüßt anschließend Theo Zellner um 13.30 Uhr. Über aktuelle kommunalpolitische Themen diskutieren die Teilnehmer am zweiten Tag mit dem bayerischen Innenminister.



Landrat Theo Zellner.

Ausbau von Ganztagschulen. Schaidinger forderte die Staatsregierung auf, deutlich zu sagen, wie viel zusätzliches staatliches Personal für diese große Aufgabe zur Verfügung gestellt wird.

Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die von Bundesfamilienministerin von der Leyen geforderte Kindergartenpflicht stellte Schaidinger klar, dass es wünschenswert sei, allen Kindern einen kostenfreien Besuch des Kindergartens zu ermöglichen. Allerdings müsse man auch erklären, wer die zwei Milliarden Euro bezahlen soll, die derzeit von den Eltern aufgebracht werden. Schaidinger: „Es ist leicht auf Kosten Dritter, in diesem Fall der Kommunen, den Bürgern finanzielle Wohltaten zu verkünden, ohne zugleich dafür

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zellner und Brandl zum LEP:

Nicht mehr auf der Höhe der Zeit

Kritik von Bayerischem Landkreistag und Bayerischem Gemeindetag

Alles andere als glücklich sind Landkreis- und Gemeindetag mit dem Entwurf für einen Landesentwicklungsplan (LEP), der nach dem Willen der CSU noch vor dem Sommer verabschiedet werden soll. Zwar hätten Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion ihre Sorge um den ländlichen Raum wiederholt betont, doch finde dies im LEP-Entwurf kaum Niederschlag, betonten Landkreistagspräsident Theo Zellner und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in München.

„Der ländliche Raum Bayerns würde kein Leitbild für eine eigenständige Entwicklung bekommen“, betonte Brandl. Das LEP sei viel zu kompliziert, in weiten Teilen äußerst unbestimmt und führe in der Praxis nicht selten zu kaum nachvollziehbaren Ergebnissen. „Das LEP

ist nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Neuere Entwicklungen, beispielsweise bei den Informationstechnologien oder hinsichtlich der demografischen Entwicklung finden sich kaum oder gar nicht im Entwurf“, fügte Zellner hinzu.

Vision für den ländlichen Raum

Gegenüber Staatsminister Erwin Huber brachten die beiden Präsidenten folgende Kritikpunkte vor:

1. Im Landesentwicklungsprogramm muss eine Vision für den ländlichen Raum enthalten sein.

2. Aussagen zur demografischen Entwicklung Bayerns, zu den Möglichkeiten der elektronischen Datenübermittlung und zu den politischen Konsequenzen der schlechten Konjunkturlage (Fortsetzung auf Seite 4)



Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Bild: GZ-Archiv

Nachtragshaushalt 2006 steht

CSU billigt 35-Milliarden-Vorlage des Finanzministers

Nach konzentrierter Einzelberatung im Haushaltsausschuss hat der Bayerische Landtag den Nachtragshaushalt 2006 mit den Stimmen der CSU-Fraktion in Kraft gesetzt. Der Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne jede Neuverschuldung bei rund 35 Mrd. ist in der Wertung von Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser und des Haushaltsausschussvorsitzenden Manfred Ach „ein Signal für die gesamte Haushalts- und Finanzpolitik in Deutschland“ bzw. „geliebte Verantwortung für unsere Zukunft“. Die Opposition blieb dabei, der Etat werde den großen Zukunftsaufgaben nicht gerecht. Ihre Änderungsanträge wurden abgelehnt.

Falthäuser hob hervor, dass die Investitionsquote wieder auf 12,9 % aller Ausgaben angeho-

ben werden konnte. Die Solidität der Finanzpolitik werde durch die schwarze Null, also kein Cent neuer Schulden, ergänzt. Er betonte den festen Willen der Staatsregierung, auch in den kommenden Haushalten an der schwarzen Null festzuhalten, allerdings seien dafür Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, unerlässlich. Der Opposition warf er vor, für ihre zahlreichen Anträge auf Mehrausgaben keine tragbaren Lösungen aufgezeigt zu haben. Als Schwerpunkt des Etats nannte der Minister unverändert Schule und Bildung, Innere Sicherheit und kommunalen Finanzausgleich (FAG).

Falthäuser legte Wert auf die Feststellung, dass für den FAG mit den kommunalen Spitzen-

verbänden wieder ein einvernehmliches Ergebnis erzielt worden sei. Er erwähnte besonders das zusätzliche Investitionspaket im Gesamtvolumen von 120 Mio. sowie die 17 Mio. Schlüsselzuweisungen (GZ / 23. 03. 06). Mit diesem Verhandlungsergebnis habe sich der Freistaat aufs Neue als verlässlicher und stets dialogbereiter Partner der bayerischen Kommunen erwiesen. Die Behauptung der Opposition, der Freistaat spare auf Kosten der Kommunen, sei „schlicht nicht nachvollziehbar“. Das viel strapazierte Bild von den armen, vom Staat zu kurz gehaltenen Kommunen werde von den Fakten widerlegt.

Langfristige Verpflichtungen

Ach identifizierte sich mit Falthäusers Ausführungen. Der Opposition konzedierte er, sich mit 88 Änderungsanträgen (54 SPD, 34 Grüne) intensiv in die Haushaltsberatungen eingebracht zu haben, leider ohne realisierbare Finanzierungsvorschläge. Während sich die Mehr-

forderungen der Grünen mit rund 52 Mio. vergleichsweise im bescheidenen Rahmen bewegten, habe die SPD rund 1 Mrd. verlangt, großenteils Personalausgaben, also langfristige Verpflichtungen. Wie ein Hypochonder seine Krankheit, pflege die SPD ihre haushaltspolitischen Irrtümer. Wenn der Landtag seit 1979 den Mehrausgabenanträgen der SPD zugestimmt hätte, würde das über 25 Mrd. mehr Schulden bedeuten haben; mehr als das Doppelte des tatsächlichen Schuldenbestandes.

Der Freistaat spare sich nicht auf Kosten der Kommunen gesund. Der FAG halte sich mit ei-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Neues von Sabina



Nichts nimmt mehr für eine Stadt ein, als ein freundliches, buntes und blühendes Erscheinungsbild. Aus diesem Grunde legt der Bürgermeister auch so viel Wert auf eine grüne Stadt und sorgfältige Anpflanzungen. - Ein Marketinginstrument, das Erfolg verspricht. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ehrenamt ist kein Beruf	2
Literaturfestival in Bayern	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Gedenken auch für die Opfer des Stalinismus	3
Mobilfunkstandorte - Konfliktpotenziale	3
Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	3
GZ-Fachthemen: Kommunalfinanzen	5 - 8
Kommunaler Bau	9 - 10
Kommunalfahrzeuge - Grünanlagen	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16



Prof. Dr. Kurt Falthäuser.

Europäisches Vergaberecht:

Interkommunale Zusammenarbeit nicht schwächen!

Von Dr. Angelika Niebler, MdEP

Gemeinden, Städte und Landkreise sind in hohem Maße beunruhigt: Jüngere Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes und Initiativen der Europäischen Kommission zum Vergaberecht drohen die Kommunen massiv in ihrer Organisationshoheit einzuschränken.

Anfang 2005 hatte sich beispielsweise die niedersächsische Gemeinde Hinte entschieden, die Abwasserbeseitigung auf einen Zweckverband zu übertragen. Durch eine vertragliche Vereinbarung hatte sich die Gemeinde gegenüber dem Zweckverband Informations- und Kontrollrechte vorbehalten. Die Europäische Kommission rügte hierzu, dass kein transparentes Vergabeverfahren mit öffentlicher Bekanntmachung stattgefunden habe.

In-House-Vergaben

Ähnlich beunruhigend für die Kommunen war auch die sog. „Teckal“-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom Januar 2005 (Az: C-84/03). Eine italienische Gemeinde hatte direkt und ohne Ausschreibung einen grundsätzlich ausschreibungspflichtigen Auftrag an ein öffentliches Unternehmen vergeben, das sich zu 100 % in öffentlichem Eigentum befand. An diesem öffentlichen Unternehmen waren 45 Gemeinden beteiligt, die betreffende Gemeinde jedoch nur mit einem Anteil von 0,9 %.

Der Europäische Gerichtshof ging in dieser Entscheidung der Frage nach, inwieweit solche Kooperationsvereinbarungen, d.h. In-House-Vergaben an reine Eigengesellschaften, nicht unter das Vergaberecht fallen. Der Gerichtshof formulierte in seiner Entscheidung die Kriterien, die einzuhalten sind, um keiner Ausschreibungspflicht zu unterliegen. Diese Kriterien werfen jedoch, wie weitere Fälle zeigen, wieder Auslegungsfragen aus, die zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen.

Private Beteiligung

Noch schwieriger wird die Beurteilung, wenn bei der In-

House-Vergabe ein Privater beteiligt ist, wie dies im sog. Halle-Fall gegeben war (Az: C-26/03). Die Stadt Halle hatte einen ausschreibungspflichtigen Auftrag direkt und ohne Ausschreibung an eine Gesellschaft vergeben, an der die Stadt mittelbar über die Stadtwerke mit 75,1 % beteiligt



Dr. Angelika Niebler, MdEP. □

war. An dieser Gesellschaft war auch eine Privatfirma mit 24,9 % als Gesellschafter beteiligt. Der EuGH hatte im Fall Halle eine Ausschreibung gefordert.

Rechtsunsicherheit

Welche Lehren sind aus all diesen Entscheidungen zu ziehen? Es besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit darüber, welche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit auch vergaberechtlich zulässig sind. Nicht nur die Kommunalpolitiker sind alarmiert. Gerade auch im Europäischen Parlament formiert sich aus einer Reihe von guten Gründen erheblicher Widerstand.

1. Vergabeverfahren nur bei Überschreitung der gesetzlichen Schwellenwerte

Erst im Jahre 2004 hatte das

Europäische Parlament in einem langwierigen Gesetzgebungsverfahren gemeinsam mit dem Rat eine Revision der bestehenden Richtlinien zum Vergaberecht durchgesetzt, die gegenwärtig von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Verbesserungen für die Kommunen

Ein Ziel des Parlaments war es dabei, mit den neuen Bestimmungen erhebliche Verbesserungen für die Kommunen zu schaffen. Das Parlament hatte sich gerade aus Gründen der Vereinfachung und Praktikabilität für höhere Schwellenwerte bei den Vergabeverfahren ausgesprochen, um den Kommunen bei Projekten mit geringerem Volumen die Durchführung eines aufwändigen, teuren Ausschreibungsverfahrens zu ersparen. Durch die neuesten Überlegungen der Kommission und die Rechtsprechung des EuGH, die auch unterhalb der Schwellenwerte eine Art Vergabeverfahren „light“ fordern, werden diese Bemühungen massiv in Frage gestellt.

2. Interkommunale Zusammenarbeit ohne Beteiligung Privater von Vergabeverfahren freistellen

Politisch gewollt sind in Zeiten knapperer Kassen Bemühungen auf kommunaler Ebene, Synergieeffekte durch die verschiedensten Formen der kommunalen Zusammenarbeit zu schaffen und zu nutzen. Gerade auch PPP-Modelle sind gewollt und müssen gefördert werden. Diese politische Zielsetzung steht jedoch klar im Widerspruch zu den geschilderten Entscheidungen und der sich hieraus ergebenden unklaren Rechtslage, wann Modelle der Zusammenarbeit einer Ausschreibung unterliegen oder ausschreibungsfrei sind.

Wünschenswert wäre, reine Inhouse-Geschäfte zwischen Kommunen von der Vergabe freizustellen und darüber hinaus genau zu definieren, wann bei einer Beteiligung eines Privaten die Vergaberegeln anzu-

wenden sind. Diese Klarstellungen sind nicht Aufgabe des Gerichtshofes oder der Europäischen Kommission, sondern des europäischen Gesetzgebers.

Das Europäische Parlament hat bereits die ersten Schritte eingeleitet, um die Kommunen zu unterstützen. So fand kürzlich im Europäischen Parlament eine Anhörung zu diesem Thema statt. Das Thema steht damit auf der politischen Tagesordnung. In den nächsten Monaten gilt es, auf der Grundlage der durch die Anhörung gewonnenen Erkenntnisse weitere Schritte einzuleiten, um die für die Kommunen erforderliche Rechtsicherheit zu schaffen. Nur dann ist die interkommunale Zusammenarbeit nicht gefährdet. □

Stellungnahme der Spitzenverbände

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat darauf hingewiesen, dass derzeit verschiedene europarechtliche Entwicklungen eine effiziente Aufgabenerledigung durch die Kommunen bedrohen. Sie fordern, dass interkommunale Kooperationen nicht dem EU-Vergaberecht unterstellt werden.

Die gemeinsame Erledigung öffentlicher Aufgaben sei für die Bürger unverzichtbar. Das Modell der interkommunalen Zusammenarbeit als Instrument der inneren staatlichen Organisation wird nach Ansicht der Spitzenverbände durch das europäische Wettbewerbs- und Vergaberecht immer stärker ausgehöhlt. Ein „öffentlicher Auftrag“ liegt immer dann vor, wenn zwischen einem oder mehreren Unternehmen und einem öffentlichen Auftraggeber entgeltliche Verträge abgeschlossen werden. Bei der interkommunalen Zusammenarbeit finde lediglich eine interne Neuordnung öffentlicher Zuständigkeiten und Befugnisse statt. DK

Nachtragshaushalt ...

(Fortsetzung von Seite 1)
nem Minus von 0,2 % „im Wesentlichen auf dem Vorjahresniveau“. Das sei umso bemerkenswerter, weil sich die Finanzen der Kommunen seit 2004 deutlich besser entwickelten als die des Staates. Allerdings seien die Einnahmesteigerungen „bayernweit nicht gleich verteilt“. Um die „Feinjustierung von Einzelfragen“, insbesondere der interkommunalen Verteilungsgerechtigkeit - Stichwort Einwohnergewichtung - werde sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Spitzenverbände sowie des Finanz- und des Innenministeriums bemühen; auch um einen gerechten Ausgleich für besonders durch den Winterdienst belastete Gemeinden und Landkreise.

Große Zukunftsausgaben

Jürgen Dupper, Nachfolger von Dr. Heinz Kaiser als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sah die Haushaltplanung des Finanzministers auf dem „Prinzip Hoffnung“ aufgebaut. Die schwarze Null sei nur durch eine Rekordverschuldung 2004 zustande gekommen. Der SPD gehe es nicht um's Schlechtreden, Aber das groß angekündigte „Investitionsprogramm Zukunft“ stehe offenbar

schon für den kommenden Doppelhaushalt noch nicht auf der sicheren Seite. Dabei würden schon die Etatansätze im Nachtragsetat 2006 den großen Zukunftsausgaben nicht gerecht. Auch die „arg gefeierten Zusatzmittel für kommunale Investitionen halten einer näheren Überprüfung nicht stand“. Statt der offiziell angegebenen 120 Mio. handle es sich bestenfalls um 30 Mio. frisches Geld. Der angeblichen Besserung kommunaler Finanzen stehe gegenüber dass die Verschuldung sich in den letzten 30 Jahren mehr als vervierfacht habe.

Wichtige Aufgaben

Auch Grünen-Sprecher Thomas Mütze blieb bei den Zweifeln an der Haltbarkeit der schwarzen Null: Achs Vorwurf, nicht finanzierbare Forderungen eingebracht zu haben, entgegnete er, seine Fraktion habe zum Ausgleich Einsparungen bei anderen Etattiteln vorgeschlagen. „Wir waren uns der Verantwortung für den Staatshaushalt bewusst“. Die Staatsregierung weiche im Nachtragshaushalt nicht von ihrer falschen Politik ab, sich zugunsten vordergründiger Sparpolitik von den wichtigen Aufgaben des Landes abzuwenden. rm

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

sucht Kandidatinnen und Kandidaten
für Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landratswahlen

Sie haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Elan, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitreißend. Ihre Lebenseinstellung ist in jeder Hinsicht positiv. Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!

jetzt! Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:
KPV-Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 44, 80335 München
Telefon 089 / 3243-263, KPV@csu-bayern.de

KPV

Ehrenamt ist kein Beruf

Weissenburg (wefa) - Feuerwehrführungskräfte sind ehrenamtlich tätig, erhalten eine Aufwandsentschädigung, aber der Landkreis ist für sie nicht sozialversicherungsspflichtig. Das Bundessozialgericht ist jetzt der Rechtsposition des Landkreises Weissenburg-Gunzenhausen gefolgt und hat damit ein Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts München bestätigt. Der Spruch ist für alle bayerischen Landkreise bedeutungsvoll.

Der Streit währte seit dem Jahr 2000, als die Spitzenverbände der Krankenkassen, des damaligen Verbands deutscher Rentenversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit übereingekommen waren, dass ehrenamtliche Feuerwehrführungskräfte in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehen und Aufwandsentschädigungen grundsätzlich als Arbeitsentgelt anzusehen sind. Mit dieser Meinung begründeten sie die Sozialversicherungspflicht für die Ehrenamtlichen.

Der Landkreistag hatte aber dem Kreis Weissenburg-Gunzenhausen empfohlen, in dem vorliegenden Streit mit einem ehemaligen Kreisbrandrat Rechtsmittel einzulegen. Dessen Krankenkasse hatte vom Landkreis entsprechend ihrer Rechtsauffassung Beiträge eingefordert. Der Widerspruch des Kreises wurde zurückgewiesen, ebenso die von ihm vor dem Sozialgericht in Nürnberg erhobene Klage. Da sich aber der Kreis damit nicht

abfinden wollte, legte er beim Landessozialgericht Berufung ein. Das Gericht entschied im August 2005 zugunsten des Kreises. Es fehle an den typischen Voraussetzungen eines Arbeitsverhältnisses, so z.B. an einer Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Kreises und der Fremdbestimmtheit der Tätigkeit. Die bezahlte Entschädigung sei kein Arbeitsentgelt, sondern stelle lediglich einen Ausgleich für den finanziellen Aufwand des Kreisbrandrats dar. Da zunächst eine Revision zum Bundessozialgericht nicht zugelassen wurde, hatte der Kreisbrandrat Beschwerde beim Bundessozialgericht eingelegt. Das entschied am 4. April 2006 diese als unzulässig zu verwerfen. Landrat Georg Rosenbauer: „Der Kreis hat damit in allen Punkten obsiegt.“ Es sei jetzt Rechtsklarheit erreicht worden, und das sei für alle Feuerwehrführungskräfte der Landkreise von erheblicher rechtlicher und finanzieller Bedeutung. □

Leser-Mail an die GZ

Zur bundesweiten Aktion Bücherverbrennung:

Gebrannt von den Stromschlägen an der innerdeutschen Grenze

Sicher, rechtsradikale Kräfte machen in Deutschland lautstark auf sich aufmerksam. Das sollte man jedoch nicht mit „Erstarren“ gleichsetzen, auch wenn sie es gern so sehen und die sicher Wohlmeinenden ihnen auch den Gefallen tun. Aber die linksradikalen Kräfte haben hier nicht aufgehört zu existieren, nur meiden sie auf sich aufmerksam zu machen. Eloquent kleine Advokaten nutzen den Kampf gegen Rechts, um sich durch Bundestagsreden beim freundlichen Bürger anzubiedern.

Biedermann und die Brandstifter nur auf die Nationalsozialisten zu beziehen - Max Frisch würde sich im Grabe umdrehen. Nur - der Normalmensch macht's und kommt sich edellinks und aufgeklärt vor. Und die Linksextremen wissen das, sie benutzen jede Gelegenheit, sich des Kampfes gegen Rechts für ihre Ziele gern zu bedienen. Auch darin helfen ihnen viele Wohlmeinende. Sie müssen nur einmal die Akteure von rechten Demos mit den Gegendemonstranten von Links vergleichen. Ich möchte nicht mit ihnen marschieren, weder im Gleichschritt rechts noch chaotisch links.

Wir sind gebrannte Kinder. Gebrannt einmal von den Bücherverbrennungen, gebrannt aber auch von Stromschlägen an der innerdeutschen Grenze. So sehr ich die Rechten verachte - zusammen mit Linksextremen gegen sie zu kämpfen, heiße den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

zu wollen. Und genau das passiert beim linken Beifall für das Bücherverbrennungsgedenken.

Mit der „Aktion Bücherverbrennung“ soll deshalb nicht nur an die Schandtaten der Nationalsozialisten in Deutschland erinnert werden.

Die real existierenden Sozialisten in der DDR haben zwar keine Bücher öffentlich verbrannt (sie hätten es sicher gern getan, fürchteten aber den nahe liegenden Vergleich mit den Nazis), aber man konnte schon wegen der Weitergabe eines Karl-May-Buches von der weiterführenden Schule ausgeschlossen werden, von Orwells „1984“ ganz zu schweigen. Daran muss auch erinnert werden.

Das ist kaum mehr als 15 Jahre her; die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten liegt über 70 Jahre zurück. Von denen, die damals Bücher ins Feuer warfen, leben nur noch wenige; von denen, die bei uns Zensur ausübten oder uns die Zukunft verbauten, lebt noch der größte Teil, und niemand hat sie ernsthaft zur Rechenschaft gezogen. Sie beteiligen sich selbst wahrscheinlich nach dem Motto „Haltet den Dieb“ am Gedenken gegen Bücherverbrennungen.

Ich bin gern bereit, die Aktion zu unterstützen, wenn sie auch diese Komponente, die wir hier selbst erlitten haben, mit gleicher Vehemenz verurteilt.

**Mit freundlichem Gruß
Dr. Walter Siegmund
Dresden**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Schiff
97778 Fellen
am 11.5.

Bürgermeister Hermann Häußler
89296 Osterberg
am 22.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans-Georg Eichelbröner
97523 Schwanfeld
am 11.5.

Bürgermeister Dr. Ludwig Fink
86391 Stadtbergen
am 12.5.

Bürgermeister Alfred Jäger
92442 Wackersdorf
am 12.5.

Bürgermeister
Herbert Dannhäuser
95491 Ahorntal
am 15.5.

Bürgermeister Dieter Oertel
95365 Rugendorf
am 17.5.

Bürgermeister Franz Zenk
96110 Scheßlitz
am 18.5.

Bürgermeister Albert Morasch
84106 Volkenschwand
am 22.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Gorbunov
93352 Rohr i. NB
am 16.5.

Bürgermeister Gerhard Schärl
92277 Hohenburg
am 17.5.

Bürgermeister Erich Hallhuber
94099 Ruhstorf a. d. Rott
am 17.5.

Bürgermeister Peter Hänel
96346 Wallenfels
am 17.5.

Bürgermeister Jakob Bichlmaier
84574 Taufkirchen (Mühlhofen)
am 18.5.

Bürgermeister
Reinhold Schilling
89443 Schwenningen
am 19.5.

Bürgermeister Peter Kaspar
94078 Freyung
am 21.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Dunkel
82278 Althegnenberg
am 14.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jakobus Kötzner
96158 Frensdorf
am 15.5.

Bürgermeister Alfred Wölflle
87496 Untrasried
am 18.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Rainer Schnitzler
82343 Pöcking
am 22.5.

„Wo befreundete Wege zusammenlaufen ...“

Beginn des zweiten Literaturfestivals in Bayern

Mit einem Großereignis feiert der Freistaat auch in diesem Jahr wieder seine Dichter. Acht Wochen lang wird beim bayernweiten, zum zweiten Mal stattfindenden Festival „Die Literaturlandschaften Bayerns“ Literatur in Stadt und Land, in Schlössern und Gärten, Bergen und Seen präsentiert - vertont und begleitet von Musik und Tanz.

Wie Gesamtkoordinatorin Dr. Christine Fuchs auf einer Pressekonferenz erläuterte, laden 133 Städte zu 280 Veranstaltungen ein, lesen 160 Autoren aus eigenen Werken und treten 170 Musiker auf. 19 Ausstellungen und Literaturmuseen bieten Gelegenheit, die literarischen Landschaften Bayerns kennen zu lernen. Rund 60 Veranstaltungen wer-

Festival sorgt dafür, dass die Literatur in Bayern gut beheimatet bleibt. Es ist ein Forum für Bayerns Schriftstellerinnen und Schriftsteller und trägt dazu bei, dass unser literarisches Gedächtnis bewahrt wird.“ Goppel zufolge zeigt das Programm der Literaturlandschaften Bayerns die Vielfalt und Lebendigkeit des literarischen Kulturraums Bayerns.

Den Spuren „lauschen“

Unter dem Hesse-Motto „Wo befreundete Wege zusammenlaufen“ treffen befreundete Schriftsteller aufeinander. Die Veranstaltungen lauschen den Spuren literarischer Freundschaften nach und präsentieren jeden Text im passenden musikalischen Rahmen.

Dem Freundschaftsthema tragen die Städte auf ihre Weise Rechnung. Ingolstadt entdeckt einen unbekanntem Freund von Marieluise Fleißer, München die schwierige Freundschaft zwischen Oskar Maria Graf und Ödön von Horváth, Landshut den Schriftwechsel von Hans Carossa und Emerenz Meier.

Die Brechtfreunde Arnold Schönberg, Kurt Weill und Friedrich Holländer erklingen in Augsburg, während in Sonthofen Martin Hehl Mundartdichtung in klassische Kompositionen einspielt. Das musikalische Talent des Dichters Jean Paul ist in Bayreuth zu entdecken, Lichtenberg widmet den Komponisten Max Reger und Henri Marteau eine Ausstellung und in Bamberg mi-

schen Nora E. Gomringer und Hip-Hop-DJ Roland Kräftl alte Märchen neu ab.

Regionales Programm

Jede literarische Landschaft präsentiert ein regionales Programm: „Von den Alpen bis zur Altmühl“ erstreckt sich die Literaturlandschaft Oberbayern, „Sprachwege kreuzen“ sich in Niederbayern und Oberfranken, „Literarischen Begegnungen“ ein. In Unterfranken treffen Autorenfreunde aufeinander, Mittelfranken präsentiert seine erlesene „Dichterlandschaft“, Oberschwaben steckt die literarische Karte zwischen Allgäu-Krimi und Brecht in Augsburg ab und die Oberpfalz verdichtet das Wegenetz durch die Literaturlandschaft. Für Kinder und Jugendliche gibt es ein breites Angebot an Veranstaltungen: Lesungen bei Tag und Nacht, in der Bücherei oder am Lagerfeuer; von Filmvorführungen, Theaterworkshops über Stadtrallyes und Schreibwettbewerbe bis hin zu virtuellen Treffs im Internet.

Gabriel Engert, Kulturreferent der Stadt Ingolstadt zeigte sich „froh und glücklich, dass es uns gelungen ist die Literaturlandschaften Bayerns ein zweites Mal auf die Beine zu stellen“. Nun habe man ein stabiles Netzwerk für Literatur aufgebaut, „das lebendige Lesekultur schafft“. **DK**

Beim Lesen erwischt

Traunstein/Inzell (AG) „Beim Lesen erwischt“ lautete eine Initiative die nun zum „Tag des Buches“ am 23. 04.06 offiziell zu Ende gegangen ist. Die Anregung dazu war von Dr. Angelika Niebler, MdEP und Vorsitzende des Bezirksverbandes Oberbayern der Frauenunion (FU) ausgegangen. Denn: „die Lesekompetenz nimmt ab und dem sollte entgegen gewirkt werden“. Kooperationspartner der Kampagne waren die öffentlichen Bibliotheken sowie Kindergärten und Schulen.

Für den Landkreis Traunstein wurde der Vorschlag von der Kreis-Frauenunion unter Dorle Kandlerberger und Annelie Gromoll vom Ortsverband Inzell aufgegriffen. Schirmherr war Landrat Hermann Steinmaßl.

Schmales Budget

Am Anfang stand ein Besuch von Kandlerberger und Gromoll in der Inzeller Gemeindebücherei, um sich über die vorhandene Medien, die finanzielle und personelle Ausstattung sowie über büchereieigene Aktionen und Ausleihzahlen zu informieren. Wie sich im Laufe der Initiative und auch beim Abschlussstreffen im Landratsamt Traunstein herauskristallisierte, müssen sich die meisten Büchereien mit einem schmalen Budget zufrieden geben oder bekommen von ihren finanziell klammen Gemeinden überhaupt keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt. Sie sind auf Eigeninitiative angewiesen,

um das Niveau ihres Bestandes erhalten und verbessern zu können.

Attraktiv bleiben und neue Leser werben

Die Aktionen hierzu sind vielfältig. Auf dem Programm stehen zum Beispiel Flohmärkte, Lesestunden und Autorenlesungen oder Patenschaften für Bücher. Aber auch mit einer verstärkten Aufrüstung der modernen Technik sowie Vernetzungen über das Internet mit anderen Büchereien wird versucht, attraktiv zu bleiben und damit Leser zu werben. Vielfach konnte eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und vor allem mit den Schulen erarbeitet werden. Denn Kinder sind eine wichtige Zielgruppe und gerade sie sollen so bald wie möglich an das Lesen heran geführt werden, um ihnen die Welt der Bücher dauerhaft „schmackhaft“ zu machen.

Anzeigen in der

GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

den gezielt für Kinder und Jugendliche angeboten. Das Projekt wird unter anderem mit Mitteln des Kulturfonds unterstützt.

Freundschaft zwischen Musik und Literatur

Mit gleich 28 Veranstaltungen startete das Festival am Welttag des Buches am 23. April. Dieser Tag stimmte den gesamten Freistaat auf den bis zum 30. Juni andauernden Event ein. Gewidmet war der Eröffnungsabend im Ingolstädter Alf-Lechner-Museum der Freundschaft zwischen Musik und Literatur. Thomas Meinecke, Schriftsteller und Musiker, las aus seinem Roman „Musik“, Michael Krüger, Autor und Verleger, aus seinem Roman „Die Cellospielerin“. Angeregt durch eine Erzählung von Marieluise Fleißer arrangierte die junge holländische Komponistin Cathy van Eck ein Stück für Streicher und elektronische Musik, dass das „trio sonar“ (Hamburg/Berlin) aufführte. Durch den Abend führte Martin Hiescher, Programmleiter im C.H. Beck Verlag München.

Literarische Tradition

Im Vorfeld der Auftaktveranstaltung hatte Kunstminister Dr. Thomas Goppel bereits die Bedeutung der literarischen Tradition hervorgehoben: „Dieses

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Wirtschaftsminister Erwin Huber zu den Arbeitsmarktzahlen für April 2006 und zum Frühjahrsgutachten 2006 der sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute

München. „Der Aufwärtstrend auf dem bayerischen Arbeitsmarkt hat sich auch im April erfreulich deutlich fortgesetzt“, kommentierte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber die neuesten Daten der Regionaldirektion Bayern. Die Zahl der Arbeitslosen im Freistaat ging von März auf April im Vergleich zum Bund überdurchschnittlich stark von 535.960 auf 488.863 zurück. Auch saisonbereinigt fiel der Rückgang mit - 12.000 deutlich aus.

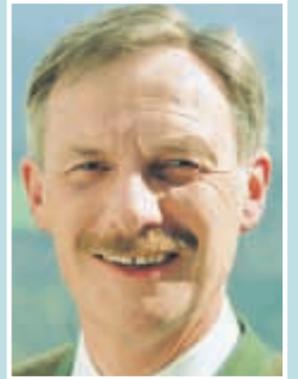
Die Arbeitslosenquote sank von 8,3 auf 7,5 Prozent und lag damit um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Freistaat behauptet damit nach Baden-Württemberg (6,9 %) unangefochten Platz 2 im Ländervergleich. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich weiter stabilisiert und übertraf im Februar nach ersten Hochrechnungen das Vorjahresniveau um knapp 6.000. Wirtschaftsminister Hu-

ber erwartet, dass die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten nicht nur aus saisonalen, sondern auch aus konjunkturellen Gründen weiter zurückgeht und zur Jahresmitte unter die Marke von 450.000 fallen könnte.

Bestätigt werde diese positive Einschätzung auch vom Frühjahrsgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Institute prognostizieren für das laufende Jahr bundesweit mit 1,8 Prozent das kräftigste Wachstum seit dem Jahr 2000. „Für Bayern mit seiner starken Wirtschaftsstruktur sollte damit eine Zwei vor dem Komma erreichbar sein. Damit steigen die Chancen auf neue, zusätzliche Arbeitsplätze. Jetzt gilt es aber umso mehr, die Verbesserung von Lage und Stimmung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt durch eine konsequente Fortführung der eingeleiteten Reformpolitik im Bund zu stärken und abzusichern“, so Minister Huber. □

GZ Kolumne
Luitpold Braun

liebe Leser



der Europaabgeordnete Bernd Posselt hat in einer Aussendung kürzlich mitgeteilt, dass das Europäische Parlament beschlossen hat, zukünftig finanzielle Mittel nicht nur für das Gedenken an die Opfer der Nationalsozialisten, sondern auch für diejenigen des Stalinismus zur Verfügung zu stellen.

Dieser Beschluss geht zurück auf Drängen von Abgeordneten aus Litauen und aus Estland. Diese wurden nachdrücklich von dem britischen Europaabgeordneten Christopher Beazley unterstützt.

Diese Entscheidung begrüße ich sehr. Damit

wird die historische Wahrheit erheblich verbreitert. Es ist nämlich schon erstaunlich, mit welcher Nonchalance die extreme Linke in vielen Ländern, die einst dem Warschauer-Pakt angehörten, wie selbstverständlich ihre frühere Identität abgestreift haben. Viele davon, nicht zuletzt die PDS bei uns, gerieren sich jetzt als die „Oberdemokraten“! In Wirklichkeit aber sind sie die Epigonen eines Systems, das hunderttausend- und millionenfach Opfer in Mittel- und Osteuropa und in der Sowjetunion gefordert hat. Gerade auch nach der Besetzung der drei baltischen Länder aufgrund

der Kumpanei zwischen Hitler und Stalin wurden zigtausende Menschen deportiert und in vielen Fällen umgebracht. Nach dem Ende des

Zweiten Weltkrieges ging diese Praxis weiter. Viele Jahre lang haben sich

baltische Partisanen nach 1945 gegen die Rote Armee gewehrt.

Aber erst der Zusammenbruch der Sowjetunion brachte diesen Ländern die Freiheit und dann den Beitritt in die Europäische Union. Auch die Mitgliedschaft in der Nato sichert diesen Staaten ihre Zukunft.

Nochmals: Der Europäischen Union ist für diese Initiative zu danken!

Heinrich Gellert

Gedenken auch für die Opfer des Stalinismus

Jahresgutachten 2005 erschienen:

Mobilfunkstandorte - Konfliktpotenziale

Zusammenarbeit weiter verbessern

Mobilfunk gehört heute zur unverzichtbaren Infrastruktur. Nicht nur die UMTS-Technologie, auch die von Nutzern gewünschte flächendeckende Versorgung erfordern einen weiteren Ausbau der Sendeanlagen. Dieser sollte jedoch möglichst weitgehend im Einklang zwischen Mobilfunkbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern geschehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Netzbetreibern hat sich in den meisten Bereichen von Jahr zu Jahr verbessert. Noch vorhandene Defizite könnten vor allem durch eine bessere Kommunikation zwischen Netzbetreibern, Städten und Gemeinden sowie Bürgern behoben werden. Dies ist die zentrale Erkenntnis des Jahresgutachtens Mobilfunk 2005, das im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk (IZMF) durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit Prof. Dr. Dietrich Henckel von der Technischen Universität Berlin, der Verbraucherzentrale NRW und dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) erstellt wurde.

Verbesserte Kommunikationsprozesse

Konflikte, vor allem über die Tauglichkeit von Standorten, gibt es jedoch nach wie vor - bei insgesamt relativ niedrigem Niveau. Die nachweisbar verbesserten Kommunikationsprozesse haben sicher dazu beigetragen, dass trotz intensiven Netzausbaus kein Anstieg der Konflikthäufigkeit zu verzeichnen war. Dennoch muss man sich über die Ursachen für das auch weiterhin zu erwartende Konfliktpotenzial bewusst sein, wie sie in der aktuellen Untersuchung benannt sind. Nur dann lassen sich zu-

künftig Maßnahmen entwickeln, um das positive Bild nicht zu gefährden.

Verschiedene Ursachen

Nach den Einschätzungen von Kommunen und Betreibern aus der aktuellen Untersuchung gibt es verschiedene Ursachen für das auch weiterhin erwartete Konfliktpotenzial:

- Höhere Sensibilität gegenüber Mobilfunk in der Bevölkerung, auch verursacht durch den UMTS-Ausbau. Eine besondere Herausforderung wird hier die Informations- und Kommunikationspolitik gegenüber den Bürgern sein. Für die Informationspolitik der Betreiber wird empfohlen, die guten allgemeinen Informationsangebote um zielgenaue und fallbezogene Informationen zu ergänzen. So ließe sich eine höhere Transparenz bei der Standortplanung und Standortausweisung und damit eine bessere Information der Bürger erreichen.

- Probleme beim Vorschlag und bei der Bewertung von alternativen Standortvorschlägen der Städte und Gemeinden. Ein ständiger Standortdialog mit den Betreibern könnte zur Erhöhung der Akzeptanz kommunaler Alternativvorschläge führen. Dies würde die technische Expertise der Betreiber sowie die Ortskenntnis und Verträglichkeits-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gemeinsam für ein starkes ...

(Fortsetzung von Seite 1)
in die eigene Tasche greifen zu müssen.“ Allein in Bayern würden die ausfallenden Gebühreneinnahmen die Kommunen ca. 350 Millionen Euro im Jahr kosten. Dies könnten Städte und Gemeinden nicht zahlen. Im Übrigen sei es schon ein wenig widersprüchlich, auf der einen Seite den Gratisbesuch für Kindergärten zu fördern und zugleich von den Schülern ein Büchergeld zu verlangen.

Ordentliches Resultat

Pluspunkte hingegen verteilte der Städtetagsvorsitzende beim Kommunalen Finanzausgleich 2006. Er lobte das Ergebnis ausdrücklich, weil es gelungen sei, gemeinsam mit den Verbänden ein ordentliches Resultat zu erreichen. Dies ist seiner Meinung nach nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Kommunalen Spitzenverbände überzeugend und gemeinsam aufgetreten seien.

Festhalten an der Gewerbesteuer

Mit Blick auf die derzeitige Steuerdiskussion stellte der Städtetagschef fest, dass die Kommunen an der Gewerbesteuer festhalten. Diese Steuer bringt derzeit über 40 Prozent der gesamten Steuereinnahmen von Städten und Gemeinden. Schaidinger erinnerte Ministerpräsident Edmund Stoiber an seine beim Bayerischen Städtetag 2004 in Regensburg gegebene Zusage, dass eine Reform der Gewerbesteuer nur im Einvernehmen mit den Kommunen erfolgen könne. Die derzeit in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge der Stiftung Marktwirtschaft lehnte der Städtetagsvorsitzende ab.

Tieferes Verständnis

Landkreistagspräsident Theo Zellner (Landrat Cham) und Vizepräsident Landrat Herbert Eckstein (Roth) begrüßten die Kommunalforen, da sie zu einem tieferen Verständnis zwischen dem Freistaat Bayern und den Kommunalpolitikern beitragen können. Auch wenn die

Mobilfunkstandorte ...

(Fortsetzung von Seite 3)
sicht der Kommunen zusammenführen.

• Teilweise eingeschränkte Verfügbarkeit von geeigneten Standorten aus Sicht von Kommunen und Betreibern. Zwar geht die Mehrheit der Befragten davon aus, dass es auch künftig Standorte gibt, die von beiden Seiten akzeptiert werden. Allerdings verringert sich diese Zahl, so dass die Konsensbildung schwieriger wird. Einvernehmliche Standorte müssen städtebaulich verträglich und von Anwohnern akzeptiert sein, sollten auf sensible Einrichtungen Rücksicht nehmen sowie aus Betreibersicht technisch und wirtschaftlich realisiert werden können. Im Zusammenhang mit dem UMTS-Ausbau, für den eine engere Netzdichte erforderlich ist, ist daher mit Knappheitssituationen zu rechnen.

Weitere Ergebnisse des Jahrgutachtens sind, dass im Vergleich zum Vorjahrgutachten Verbraucherschutz und -information in weiten Teilen verbessert wurden. In den Bereichen Forschungsförderung und Monitoring sind die Netzbetreiber auch 2005 den aus der Selbstverpflichtung resultierenden Verpflichtungen in vollem Umfang nachgekommen.

Link zum Gutachten auf der Difu-Homepage: <http://edoc.difu.de/orlis/DF10292.pdf>. □

Landkreise und Bezirke durch den Anstieg der Steuereinnahmen 2004 und 2005 gewisse Erleichterung verspürten, so stiegen die Sozialausgaben der Kommunen dennoch unverdrossen an. Der Bayerische Landkreistag forderte daher den Abbau kostenintensiver Vorgaben zur Erfüllung kommunaler Aufgaben und setzt sich weiterhin für das von ihm initiierte kommunale Entlastungsgesetz ein.

Planungssicherheit

Wie Zellner darlegte, fehlt den Kommunen die Planungssicherheit hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten zu Hartz IV. Von kommunaler Seite bestünden bereits Vorüberlegungen, der Bund habe sich hierzu noch nicht geäußert. Städte und Landkreise müssten sich aber darauf einstellen können, weil die Gespräche zum kommunalen Finanzausgleich für das Jahr 2007 bereits für den 27. Juli 2006 festgelegt seien.

Gemeinsame Arbeitsgruppe

Große Hoffnungen setzt der Bayerische Landkreistag in die gemeinsame Arbeitsgruppe aus kommunalen Spitzenverbänden und Finanz- und Innenministerium zum Finanzausgleich. Wichtig sei den Landkreisen die ausreichende Berücksichtigung der ländlichen Räume gegenüber den Verdichtungsräumen, d. h. vor allem über die sog. Einwohnerverdichtung müsse nachgedacht werden.

Die geplanten Änderungen des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen stoßen beim Bayerischen Landkreistag auf massive Bedenken. Grundsätzlich haben Zellner zufolge Schule und Staat die verfassungsmäßige Pflicht, im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine angemessene Bildung und Ausbildung sicherzustellen; ein „Hinwegdefinieren“ der schwierigen Schüler auf Kosten der Kommunen in Richtung Jugendhilfe dürfe nicht sein. Die Jugendhilfe habe keinen öffentlichen Erziehungsauftrag, sie solle lediglich die Erziehung durch die Eltern unterstützen.

Vollkostenersatz

Der Anspruch auf Vollkostenersatz beim G 8 sei durch ein Gutachten wissenschaftlich bestätigt worden. Es sei allerhöchste Zeit, so der Präsident, den Kostenansprüchen der Kommunen nachzukommen: „Klagen, die eigentlich keiner will, sind sonst unausbleiblich.“

Mehr Transparenz bei Föderalismusreform

Das Präsidium des Bayerischen Landkreistags plädierte schließlich für mehr Transparenz bei der Föderalismusreform bezüglich der Verflechtungen zwischen Bund und Ländern. Richtigerweise werde das Ärgernis der Aufgabenzuweisung zum finanziellen Nachteil der Kommunen durch Bundesdurchgriff entfallen. Ein Problem müsse jedoch noch geregelt werden: Was ist mit Aufgaben, die bundesrechtlich geregelt sind und ausgeweitet werden?

„Die finanzschwachen Gemeinden Bayerns müssen nachhaltig unterstützt werden. Der kommunale Finanzausgleich muss entsprechend umgestaltet werden. Wir erwarten, dass das Finanzministerium Vorschläge zu einer besseren Verteilungsgerechtigkeit macht“ forderte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. An Ministerpräsident Stoiber richtete er den Appell, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die Kommunen „bei

Hartz IV nicht finanziell unter die Räder kommen“. Brandl dankte Stoiber für dessen Einsatz in Berlin bei den Unterkunftskosten für die Hartz IV-Empfänger, forderte aber gleichzeitig eine Beschränkung der stetig steigenden Ausgaben. „Andernfalls drohen den bayerischen Kommunen immense finanzielle Belastungen, die sie trotz der inzwischen verbesserten Einnahmesituation nicht schultern können“, so Brandl.

Änderungen im System

Der Gemeindetagspräsident wies darauf hin, dass zahlreiche Gemeinden mangels Gewerbebetriebe am Ort vom Wiedererstarken der Gewerbesteuer nichts spüren. Daher bedürfe es Änderungen im System des kommunalen Finanzausgleichs, um auf diese Weise das Gefälle bei der Finanzausstattung abzumildern. Brandl: „Wer aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen, wie beispielsweise Lage oder topografische Gegebenheiten, überhaupt keine Chance hat, gewerbesteuerstarke Betriebe anzusiedeln, muss auf die kommunale Solidarität, geregelt im Finanzausgleichsgesetz, bauen dürfen.“

Visionäre Ziele und Handlungsbedarf

Leidenschaftlich war Brandls Appell für die Aufnahme visionärer Ziele für den ländlichen Raum im Landesentwicklungsprogramm. An Stoibers Adresse gerichtet meinte er: „Geben Sie

Nicht mehr auf der ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sollten ins LEP aufgenommen werden.

3. Die Ideen von Clusterbildung und Regionalmanagement sind in Ordnung, sofern hierfür entsprechende Fördermittel des Staates ausgereicht werden und keine Rangordnungen entstehen. Eine Clusterbildung darf nicht einseitig städtische Regionen begünstigen.

4. Die derzeitige Fassung des Ziels zu den Einzelhandelsprojekten im LEP-Entwurf ist inakzeptabel; die Staatsregierung sollte in eine intensive Debatte mit den kommunalen Spitzenverbänden für die Fortschreibung des Ziels eintreten.

Konnexitätsprinzip auf Bundesebene

Durchaus konfliktbeladen ist auch die Diskussion um den neuen kommunalen Finanzausgleich. Hier sind Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Landkreistag der Auffassung, dass es dem Bund verwehrt sein muss, den Gemeinden und Landkreisen Ausgabenverpflichtungen aufzuerlegen, ohne gleichzeitig für einen vollen Ersatz der entstehenden Kosten zu sorgen. Diesem Zweck würde die Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips auf Bundesebene ebenso dienen wie das im Rahmen der Föderalismusreform angedachte Verbot der direkten Aufgabenübertragung vom Bund auf die Kommunen.

Die kommunalen Spitzenverbände fordern darüber hinaus den Abbau kostenintensiver Vorgaben für die Erfüllung kommunaler Aufgaben. Es sei notwendig, das Kommunale Entlastungsgesetz umzusetzen. Auch wird die Forderung nach Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 Prozent bekräftigt. Zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich plädierten Brandl und Zellner für Veränderungen bei der Berechnung der Schlüs-

den Gemeinden im ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive! Wenn es der Bayerischen Staatsregierung ernst ist mit ihrer Ankündigung, den Gemeinden im ländlichen Raum entgegenzukommen, muss insbesondere bei der Ansiedlung von Einzelhandelsprojekten mehr Spielraum für die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht werden.“ Auch wies der Präsident darauf hin, dass der vorgelegte Entwurf des Landesentwicklungsprogramms auf Themen wie Demografie und Breitbandentwicklung in den ländlichen Kommunen überhaupt nicht eingehe: „Hier besteht Handlungsbedarf.“

Positive Aussagen zu Einzelhandelsprojekten

Nach dem Gipfel äußerte sich Brandl hoffnungsvoll, dass die Forderungen des Bayerischen Gemeindetags nach einer stärkeren Berücksichtigung der Belange des ländlichen Raums auf fruchtbaren Boden fallen. „Ich freue mich, dass Ministerpräsident Stoiber dem ländlichen Raum hohes Gewicht bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zumisst. Er hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Freistaats in den ländlichen Regionen lebt. Es ist daher konsequent, dies auch raumplanerisch zu würdigen. Ich danke dem Ministerpräsidenten, dass er sich für die weitere Entwicklung in Bayern im Konsens mit den betroffenen Gemeinden festlegen will und dem Gemeindetag hierzu Gespräche angeboten hat.“ Brandl zeigte sich ins-

selzuweisungen mit dem Ziel, die finanzschwachen Städte, Märkte und Gemeinden besser zu unterstützen. Sie sprachen sich dafür aus, die Vergabekriterien für die Bedarfszuweisungen auf strukturelle Haushaltsdefizite auszudehnen, um so Haushaltskonsolidierungskonzepte über mehrere Jahre hinweg finanziell zu unterstützen.

Klarer Schwerpunkt

Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber hat unterdessen die Kritik der Spitzenverbände am LEP-Entwurf der Staatsregierung als unbegründet zurückgewiesen: „Das LEP setzt einen klaren Schwerpunkt für den ländlichen Raum“, stellte Huber fest. Ziel der bayerischen Landesentwicklungspolitik sei es, auch künftig den Menschen überall in Bayern in ihrer angestammten oder gewählten Heimat beste Perspektiven zu bieten.

Dazu sei in den aktuellen LEP-Entwurf unter anderem das sogenannte Vorrangprinzip eingeführt worden. Demzufolge haben die ländlichen Teilräume, deren Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll, Vorrang bei einschlägigen staatlichen Aktivitäten zur Gewährleistung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen. Von einer nicht hinreichenden Berücksichtigung der Bedürfnisse des ländlichen Raums könne daher nicht gesprochen werden.

Die Bayerische Staatsregierung habe mit dem Entwurf ein straffes, lesbares und anwenderfreundliches LEP vorgelegt, das die wesentlichen landesentwicklungspolitischen Prioritäten klar herausstelle. „Zu Einzelfragen wird es sicher immer unterschiedliche Meinungen geben. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass das LEP in der vorliegenden Fassung der Entwicklung Bayerns bestmöglich gerecht wird und den individuellen Stärken und Vorzügen der jeweiligen Regionen Rechnung trägt“, betonte Huber. **DK**

besondere Zufriedenheit über die positiven Aussagen des Ministerpräsidenten zum Thema der Einzelhandelsprojekte im ländlichen Raum.

Keine neuen Aufgaben vom Bund

In einer ersten Stellungnahme bewertete Stoiber die Kommunalforen als positiv. Von Dinkelsbühl und Rosenheim gehe ein Signal aus, „dass Staatsregierung und Kommunen Hand in Hand arbeiten wollen für ein starkes Bayern“, sagte der CSU-Chef. Er betonte, der Bund könne den Gemeinden als Folge der Föderalismusreform künftig keine neuen Aufgaben mehr übertragen. Bei Gesetzesänderungen werde Bayern im Bundesrat nur zustimmen, wenn den Städten und Gemeinden dadurch keine zusätzlichen Kosten entstünden. Das angekündigte Nein gelte auch für die im

LFU-Präsident Albert Göttle zum Weltgesundheitsstag:

Trinkwasser, das bestuntersuchte Lebens-Mittel

Wasserversorger leisten wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz / Kontrollierte Qualität

(Augsburg/ Erlangen). Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat zum Weltgesundheitsstag die Bedeutung und den Wert des Trinkwassers hervorgehoben: „Sauberes Trinkwasser guter Qualität ist ein unentbehrliches Lebens-Mittel“.

Über 2.500 Wasserversorgungsunternehmen stellen im Freistaat rund um die Uhr Wasser mit Trinkwasserqualität zur Verfügung. Zwei Drittel des Wassers kommen ohne jede Aufbereitung aus dem Wasserhahn naturbelassenes Trinkwasser ohne bedenkliche Schadstoffe und auch ohne jeden Zusatz. Bayerns Versorger leisten damit Göttles Worten zufolge einen wichtigen Beitrag zum Gesundheitsschutz, denn jeder Mensch verbraucht im Durchschnitt täglich vier Liter Wasser zum Essen und Trinken. Trinkwasser ist das bestuntersuchte Lebensmittel.

Hygiene-Qualität

Regelmäßig werden mehr als 50 verschiedene chemische Stoffe und Verbindungen untersucht. Mikrobiologische Untersuchungen auf spezielle Keime überwachen die Hygiene-Qualität. Jedes Jahr fallen in Bayern mehrere Millionen Untersuchungsergebnisse bei den Versorgern und bei den staatlichen Überwachungsstellen an. Volker Hingst, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL): „Kontrollierte Qualität- das stimmt besonders

Modernisierung der Wasserwirtschaft

Bericht der Bundesregierung belegt Fortschritte

„Die deutsche Wasserwirtschaft ist auf dem richtigen Weg. Wichtige Elemente einer Modernisierungsstrategie sind erarbeitet und werden zum Teil auch bereits umgesetzt“, so Michael Schöneich, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), anlässlich der Verabschiedung des Modernisierungsberichtes für die Wasserwirtschaft im Bundeskabinett.

Positiv bewertet der VKU, dass die Bundesregierung hervorhebt, Städte und Gemeinden sollten selbst entscheiden können, wie sie Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wahrnehmen wollen. Diese Gestaltungsfreiheit soll auch nicht durch europäisches Vergaberecht eingeschränkt werden dürfen. Unterstützt wird außerdem das vom VKU und den anderen Branchenverbänden entwickelte Benchmarkingkonzept als einem wesentlichen Bestandteil der Modernisierungsstrategie. Darunter versteht man einen Leistungsvergleich, der im Wege des „Lernens vom Besten“ zu Effizienzsteigerungen führen soll. Außerdem wird die Wasserbranche so noch transparenter für die Öffentlichkeit.

Der Bericht wird jetzt dem

Zuge der Unternehmenssteuerreform diskutierte Abschaffung der Gewerbesteuer. Diese könne, wenn überhaupt, nur durch eine gleichartige Gemeindeertragssteuer ersetzt werden, dann auch ausschließlich mit Zustimmung der Kommunen.

Kosten für G 8

Entgegenkommen signalisierte der Ministerpräsident auch bei anderen Themen. In der Auseinandersetzung über die Kosten für die Einführung der achtjährigen Gymnasialausbildung werde es noch einmal Gespräche geben, so Edmund Stoiber weiter. Die kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Helga Schmitt-Bussinger, meinte wiederum, Stoibers Kommunalfreundlichkeit bleibe verbal. Seinen Worten seien seitens des Landes bislang keine Taten zu Gunsten der Kommunen erfolgt. **DK**

beim Trinkwasser. Trinkwasser kann bedenkenlos getrunken werden“.

Schutzwirkung des Bodens

Bayern setzt bei der Wasserversorgung auf die natürliche Reinigungsleistung und Schutzwirkung des Bodens: Rund 92 Prozent des Trinkwassers werden aus dem Grundwasser und aus Quellen gewonnen. Rund 10.000 Brunnen und Quellwasserfassungen vor Ort und etwa 70.000 Kilometer Trinkwasserleitungen liefern das Wasser direkt bis in die bayerischen Haushalte. Jährlich wird im Freistaat fast eine Milliarde Kubikmeter Trinkwasser gewonnen- das entspricht rund dem dreifachen Volumen des Tegernsees. Mehr als 10.000 Versorgungsfachleute in den Kommunen sorgen tagtäglich dafür, dass jederzeit Wasser geprüfter Qualität geliefert wird. Ein Paradebeispiel ist die Stadt München: Deren Trinkwasser zählt - ohne jede Behandlung - zum besten in ganz Europa. Tägliche Analysen stellen sicher, dass die Qualität stimmt und die strengen Anforderungen der Trinkwasserverordnung jederzeit sicher eingehalten werden.

Festabend der Sparkasse Schrobenhausen:

Anerkennung für ehrenamtliche Leistung

Im Rahmen eines großen Festabends zeichnete die Sparkasse Schrobenhausen ehrenamtliche Leistung auf vielen Ebenen aus. Diese dem Allgemeinwohl dienenden Projekte haben die örtliche Sparkasse mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer bzw. deren Jubiläumstiftung und die Bayerische Sparkassenstiftung in den vergangenen Jahren mitgetragen. Sichtbare Symbole der Wertschätzung waren Urkunden und Ehrengeschenke, z. B. Sondermünzen für die Verantwortlichen der sozialen, kulturellen und sportlichen Objekte und Einrichtungen.

Von je her sei „Kundenzufriedenheit und Kundennähe“ das Leitmotiv der Stadtsparkasse Schrobenhausen gewesen, bemerkte eingangs Bürgermeisterin Ingrid Eberle; denn nur zufriedene Kundinnen und Kunden sicherten den Bestand eines Geldinstitutes. Hier gehe es nicht nur um Geldangelegenheiten, sondern auch um Menschen, ihre Sicherheiten, ihre großen und kleinen Projekte

greifen. Jährlich fließen nach Eberles Angaben 100.000 Euro an gemeinnützige Einrichtungen und Vereine.

Ausdruck von Solidarität mit der Gemeinschaft

Ehrenamtliche Arbeit in all ihren Facetten und Tätigkeitsfeldern sei Ausdruck von Verantwortungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, von Solida-

Stadt braucht alle“!

Dass die Sparkasse für ihn in der Tat mehr ist als ein erfolgreiches Bankgeschäft, darauf verwies Direktor Thomas Schwarzbauer. Nachdem er die Erfolgsbilanz 2005 seiner Stadtsparkasse präsentiert hatte (siehe Kasten), stellte er - in fünf Schwerpunkte aufgeteilt - die von seiner Bank und der 1993 gegründeten Jubiläumstiftung geförderten Projekte vor.

„Bewegung und Mobilität“

Zunächst würdigte Schwarzbauer im Kapitel „Bewegung und Mobilität“ die Bürgerbus-Initiative mit 18 ehrenamtlichen Fahrern, so dann das Schrobenhausener Rote Kreuz, dem die Bank für seine Mobilität ein Einsatzfahrzeug mitfinanzierte. Darüber hinaus wurden der Regens-Wagner-Bus, das Projekt „Disco-Fieber“ der Berufsschule Schrobenhausen zur Vorbeugung von Verkehrsunfällen und stellvertretend für die vielfältige Verkehrswacharbeit im gesamten Landkreis der Vorsitzende der Kreisverkehrswacht Neuburg, Rektor Ingolf Süß, ausgezeichnet.

„Haus der Begegnung“

Kapitel 2 beleuchtete die Arbeit im Pilotprojekt „Haus der Begegnung“, das unter anderem die große Internet-Plattform „Marktplatz Schrobenhausen“ bietet. Lob und Applaus gab es dabei für Dr. Karlheinz Stephan und seine ARGE „Silberne Raute“. Hier half die Bayerische Sparkassenstiftung - Geschäftsführer Dr. Ingo Krüger war Ehrengast der Veranstaltung - mit 114.000 Euro, die Schrobenhausener Sparkasse und ihre jährlich rund 100.000 Euro ausschüttende Stiftung unterstützte das Projekt mit einer außergewöhnlichen Dekaden-Sonderförderung in Höhe von 200.000 Euro.

„Werte vermitteln“

Als Initiator des Lions-Club Büchermarktes hat sich der Journalist Franz Josef Mayer großen Respekt verdient, wie Schwarzbauer betonte. Außerdem wurden in der Kategorie „Werte vermitteln“ das Gymnasium Schrobenhausen und die Maria-Ward-Realschule für ihr hervorragendes Musical, darüber hinaus Dr. Peter Grassinger, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Lenbach-Künstlerhaus in München und Vizepräsident der einst von Lenbach mitgetragenen Künstlergesellschaft „Alotria“ für die Stärkung der Lenbach-Verbindungen Schrobenhausen-München sowie den dort ansässigen Inhaberfamilien für den Konzert-Mittelpunkt „Schloss Sandizell“ geehrt.

„Wissen schafft Wissenschaft“

Im Abschnitt „Wissen schafft Wissenschaft“ wurde die Arbeit von Sparkassen-Zauberer Truxini mit Kindern unter dem Motto „Spielend lernen und verzaubern“ gewürdigt. Tina Franz wiederum war am Deutschen Museum in München mit Projekten befasst, Kindern im Vorschulalter die Wunder der Technik nahe zu bringen. Neuerdings ermöglicht die Schrobenhausener Sparkasse den Schulen in ihrem Geschäftsbereich eine Patenschaft beim Deutschen Museum. Auch für die Leseerziehung in den Schu-



Ehrenamtliche Leistung auf vielen Ebenen: Die geehrten Damen und Herren.

len leistet das Geldinstitut einen wertvollen Beitrag: Seit 13 Jahren werden die im Sparkassensaal stattfindenden Autorenlesungen als offizielle Fortbildung vom Staatlichen Schulamt mitgetragen.

„Jeder gibt sein Bestes“

Mit Blick auf den Schwerpunkt „Jeder gibt sein Bestes“ wurden die Jugendfeuerwehr Schrobenhausen, die Fördergemeinschaft Hagenau 04 für den Fußballnachwuchs, die erfolgreichen Schrobenhausener Basketballer sowie die gemeinsame Pflanzaktion von Sparkassen-Betriebsgemeinschaft und Stadt (1000 Bäume für den Stadtwald) hervorgehoben.

Offizielles Projekt der UNESCO

Besonders gebührend erwähnt wurden das „Haus im Moos“ sowie das Projekt „Klostergut Steinerskirchen“, bei

dem seit 1991 Berufsschüler der gesamten Region aus dem Agrarbereich mitarbeiten dürfen. Thomas Schwarzbauer und



Schwester Michaela, Leiterin der Regens-Wagner-Stiftung.

Ingo Krüger konnten die erfreuliche Nachricht überbringen, dass dieser beispielhafte Betrieb für ökologischen Land-

bau von der UNESCO als offizielles Projekt der Weltdekade 2005/2006 ausgezeichnet wird.

Die „Kraft der Kleinen“

Als Zeichen des Engagements vieler kleiner Sparkassenstiftungen gilt die Überreichung des „David“, einer modernen kleinen Skulptur, die die „Kraft der Kleinen“ symbolisieren soll. Die Schrobenhausener Sparkassenstiftung gab den „David“ weiter an die Regens-Wagner-Stiftung und deren Leiterin Schwester Michaela. Die Auszeichnung wurde für das von der Stiftung in Neuburg und Hohenwart in der Praxis verwirklichte Projekt „Bequem LIEGEN im Städtischen Freibad“ vergeben. Bei diesem Modellprojekt fertigten Schreinerlehrlinge der Regens-Wagner-Berufsschule in Neuburg die Teile für bequeme Liegen, ehe in der Behinderten-Werkstätte in Hohenwart die Endmontage erfolgte. **DK**



Der Geschäftsführer der Bayerischen Sparkassenstiftung, Dr. Ingo Krüger (l.), mit Sparkassendirektor Thomas Schwarzbauer und Bürgermeisterin Ingrid Eberle.

und nicht zuletzt um ihre Träume.

Dieser besondere Charakter spiegelt sich in verschiedensten gemeinnützigen Projekten, die ohne Beteiligung der Sparkasse Schrobenhausen nicht möglich gewesen wären, wieder. Als Partner der Kommune unterstütze das Geldinstitut zahlreiche soziale und kulturelle Projekte und trage zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Finanzielle und ideelle Unterstützung

Mit der Gründung der Jubiläumstiftung habe es sich die Stadtsparkasse zur Aufgabe gemacht, engagierte Bürgerinnen und Bürger bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit zu unterstützen und bei den verschiedensten Projekten nicht nur finanziell unter die Arme zu

rität mit der Gemeinschaft, fuhr die Bürgermeisterin fort. Sie prägte jeden einzelnen Bereich der Gesellschaft, in dem sie geleistet wird, und habe dementsprechend in jedem dieser Tätigkeitsfelder ihren eigenen Charakter und ihre spezifische Bedeutung.

Solidarität für die Gemeinschaft

Das Gemeinwesen lebe von der Mitwirkung und Mitgestaltung seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Vielzahl wie die Vielfalt der freiwilligen Tätigkeiten bestimmten die Lebensqualität entscheidend mit. Vor diesem Hintergrund wünschte Ingrid Eberle den ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern weiterhin Schaffenskraft, Ideen und gute Gesundheit für die so wichtigen Aufgaben, „denn das Ehrenamt unserer

Hervorragendes Geschäftsergebnis

Als „überaus erfolgreich“ stellt sich das Geschäftsergebnis 2005 der Stadtsparkasse Schrobenhausen dar, wie Direktor Thomas Schwarzbauer berichtete. Mit über 20 Prozent Gewinnsteigerung wies sie eine gute Ertragslage auf. Während es im Durchschnitt der bayerischen Sparkassen hier keine Steigerung gab, kletterte die Bilanzsumme um 1,4 Prozent auf rund 468 Mio. Euro.

Gegenüber einem Minus von 0,2 Prozent aller Sparkassen in Bayern konnte Schrobenhausen mit einem Zuwachs von 2,8 Prozent auf rund 248 Mio. Euro aufwarten. Die Kreditneuausrichtungen beliefen sich auf über 30 Mio. Euro, davon nahm die Wohnbaufinanzierung über 18 Mio. Euro in Anspruch. Das Einlagengeschäft mit den Kunden erhöhte sich gegenüber nur 1,2 Prozent bei den Sparkassen in Bayern um 2,2 Prozent auf 326 Mio. Euro.

Nach dem Börsenboom im Jahre 2000 verzeichnete die Bank im Wertpapiergeschäft ihr zweitbestes Ergebnis. Im Immobilien- und Versicherungsgeschäft belegte sie laut Schwarzbauer im Vergleich der bayerischen Sparkassen jeweils Rang 1 und im Bausparen immerhin Platz 8.

Was die Verzinsung der Kundeneinlagen anbelangt, konnte der Vorstandsvorsitzende innerhalb der Sparkassen mit den bayernweit höchsten Zinszahlungen aufwarten und beim Kostenersatz im Zahlungsverkehr mit den bayernweit niedrigsten Gebühren. **DK**

Sparkassen-Finanzgruppe

Wir sorgen für Arbeit.
Gut für die Menschen.
Gut für Bayern.



Wachstum und Beschäftigung entstehen in Deutschland vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen. Drei Viertel aller Unternehmen haben eine Geschäftsbeziehung zu Sparkassen und Landesbanken, über 42 Prozent aller Finanzierungsmittel kommen aus der Sparkassen-Finanzgruppe. Sparkassen und Landesbanken tragen damit wesentlich dazu bei, dass Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Auch direkt sorgt die Sparkassen-Finanzgruppe für Beschäftigung: Mit über 380.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehört sie zu den größten Arbeitgebern und Ausbildern in Deutschland. Deshalb heißt es zu Recht: Sparkassen. Gut für Deutschland. www.gut-fuer-deutschland.de

Bayerns Förderbank zog Bilanz:

LfA-Kredite sind wieder stärker gefragt

Minister Huber: Bayern erhält mehr EU-Mittel als bisher
Kritik an Praxis der Bankenaufsicht

Bei der Vorlage des Geschäftsberichtes 2005 der LfA Förderbank Bayern, des Spezialinstitutes des Freistaates zur Wirtschaftsförderung, sagte Erwin Huber, der als bayerischer Wirtschaftsminister automatisch Vorsitzender im LfA-Verwaltungsrat ist, die Wende zum Besseren habe bereits stattgefunden. Bayern sei im nationalen und internationalen Wettbewerb sehr gut aufgestellt. In der Landespolitik setze er auf Kontinuität und die Entfaltung der bayerischen Forschungs-, Technologie- und Innovationspotenziale. Ein unentbehrlicher Bestandteil der bayerischen Wirtschaftsförderung sei die LfA Förderbank, die ihre vor allem auf den Mittelstand zugeschnittene Förderpalette in enger Zusammenarbeit mit Banken, Ministerien, Regierungen, Kammern und Verbänden zur Verfügung stelle.

Huber bestätigte, dass er sich für eine Reform der Bankenaufsicht einsetzen werde. Deren Überbetonung der Risiken und die überzogene Praxis der Sonderprüfungen seien zu einer Belastung des Standortes Deutschland geworden. Bayerns Genossenschaftsbanken und Sparkassen hatten diese Belastungen durch das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen (BaFin) vehement beklagt. Außerdem stellte Huber klar, dass Bayern an EU-Mittel künftig mehr erhalten werde als bisher, was für die Förderpolitik des Freistaates sehr wichtig sei.

Substantieller Beitrag

Im Berichtsjahr 2005 hat die LfA Förderbank, wie ihr Vorstandsvorsitzender Rudolf W. Schmitt darlegte, mit Neuzusagen von rund 1,6 (Vorjahr: 2,1) Mrd. Euro an Fördermitteln, davon 1,4 (1,8) Mrd. Euro Darle-

hen und 250 (290) Mio. Euro Risikoübernahmen, „wieder einen substantiellen Beitrag für die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft geleistet“. Allein 740 Mio. Euro an zinsverbilligten Krediten gingen an Gründer und mittelständische Unternehmen. Diese positiven Signale für ein Anspringen der Investitionskonjunktur würden durch die anhaltend hohen Antragseingänge für Start- und Investivkredite aus dem Mittelstandskreditprogramm im ersten Quartal 2006 untermauert, ergänzte Huber.

Arbeitsplätze gesichert

Mit der Darlehenssumme von 1,4 Mrd. Euro finanzierten, so erläuterte Schmitt, 3500 mittelständische Unternehmen Investitionen von 2,7 Mrd. Euro, schufen mehr als 4000 neue und sicherten über 66.000 bestehende Arbeitsplätze. Im Geschäftsfeld „Gründung“ wurde mit 207 Mio.

Euro der höchste Zusagewert der vergangenen zehn Jahre erzielt. Bei fast jedem zweiten der 1450 Gründungsvorhaben engagierte sich die LfA als Risikopartner mit Haftungsfreistellungen gegenüber der Hausbank von 70 %.

Service ausgebaut

Um noch effizienter zu sein, hat die LfA ihren Beratungs- und Informationsservice ausgebaut. Allein 2005 hat eine spezielle Beratungseinheit (Task Force) mehr als 500 Beratungen durchgeführt. Sie ist insgesamt bereits 4300 Betrieben in der Krise beigegeben, und hat in vielen Fällen helfen können, so Schmitt. Um mehr Transparenz zu bieten und die Zugangsschwelle zu senken, wurden die Programmnamen vereinfacht. So heißt es z.B. künftig „Startkredit“ statt vormals „Bayerisches Mittelstandsprogramm - Gründung“.

Optimale Konditionen

Da die LfA als einzige Förderbank eines Bundeslandes von allen Agenturen das höchste Rating (Triple A) erhalten hat, gibt es bei der Refinanzierung am Kapitalmarkt keine Schwierigkeiten und „optimale Konditionen“. Die Bilanzsumme ging um 3,5 % auf 14,3 Mrd. Euro zurück, da wegen der niedrigen Zinsen manche Kredite vorzeitig

getilgt wurden, was ohne Vorfälligkeitsentschädigung möglich und somit „ein zusätzliches Fördererelement“ ist. Dennoch blieb der Jahresüberschuss mit 51 (52) Mio. Euro nahezu unverändert. Fürs laufende Jahr erwartet Schmitt einen deutlichen Anstieg des Darlehen-Neugeschäftes und eine unverändert stabile Ertragslage.

EU-Förderung

Huber als Gast der Pressekonferenz nahm die Gelegenheit wahr, zur EU-Förderung Stellung zu nehmen. Bei der Neugrenzung der Regionalfördergebiete 2007 bis 2013 und der Verteilung der GA-Fördermittel (GA = Gemeinschaftsaufgabe) zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern habe man

ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Bayern werde künftig mehr Fördergebiete ausweisen können, obwohl gemäß den Vorgaben der EU-Kommission der Fördergebietsplafonds für Westdeutschland insgesamt rund 5 Mio. Einwohner weniger umfasse als in der letzten Förderperiode 2000 bis 2006.

Gute Verhandlungen

Entlang der ostbayerischen Grenze von Kronach bis Freyung-Grafenau mit Teilen von Coburg und Passau werde Bayern eine durchgehende Förderkulisse haben. Auch über die Zuteilung von EU-Mitteln habe Bayern gut verhandelt. Im Rahmen des neuen Ziels „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ werde der Freistaat

436 Mio. Euro erhalten. Hinzu komme eine Sonderzuweisung für bayerische Grenzregionen zur Tschechischen Republik von 75 Mio. Euro. Zusammen seien dies 511 Mio. Euro und damit mehr als bisher.

Satellitenprojekt Galileo

Mit Blick in die Zukunft erwähnte Huber ausdrücklich das Satellitenprojekt Galileo mit einem finanziellen Gesamtvolumen von weit über 3 Mrd. Euro, an dessen Finanzierung auch die LfA beteiligt ist. Eines der beiden Kontrollzentren entstehe in Oberpfaffenhofen, ein Testgebiet im Berchtesgadener Land. Insgesamt erwarte Bayern auf Dauer von Galileo ungefähr 10.000 High-Tech-Arbeitsplätze. **dhg.**

Positive Bilanz für Augsburger Konsultationskreis „Kommunale Finanzen“:

Stadt und Wirtschaft Hand in Hand

Als „Musterbeispiel der Zusammenarbeit“ zwischen lokalen Unternehmen und Stadtverwaltung hat Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Paul Wengert die Arbeit des Konsultationskreises „Kommunale Finanzen“ gewürdigt. Partner dieses Gremiums sind die Stadt Augsburg, die Industrie- und Handelskammer Schwaben und die Handwerkskammer für Schwaben. Vor einhalb Jahren hat sich vor dem Hintergrund kontroverser Diskussionen über kommunale Abgaben und Steuern diese Form der Zusammenarbeit gebildet, über die jetzt ein Arbeitsbericht vorgelegt wurde.

Mit dem Konsultationskreis kommunale Finanzen verfügt die Stadt Augsburg laut Wengert über ein bayernweit einmaliges Kooperationsmodell zwischen den lokalen Unternehmen und der Stadtverwaltung. Dabei ist dieses Kooperationsmodell keinesfalls nur das Resultat eines Schulterschlusses zwischen Stadtregierung und Wirtschaft.

Die Aktion arbeitet auf der Basis eines gemeinsam beschlossenen finanzpolitischen Positionspapiers, das von allen Fraktionen im Stadtrat mitgetragen wurde. Gemeinsames Ziel ist es dabei, die Verbesserung des Informationsflusses zwischen Wirtschaft und Verwaltung voranzubringen und auch einen Know-how Transfer zwischen der betriebswirtschaftlichen Praxis in den Unternehmen und der Stadt Augsburg herzustellen. Unter dem Strich sollte damit eine Verbesserung der Kostenstruktur der Stadt Augsburg ebenso angepeilt werden wie Verbesserungen auf der Einnahmeseite. Ein weiteres gemeinsames Anliegen besteht darin, gemeinsam für die Einforderung von Leistungen Dritter, wie etwa des Freistaates Bayern oder des Umlandes, zu arbeiten.

Breites Spektrum

Das Spektrum der im Konsultationskreis behandelten Fragen war Wengert zufolge beachtlich. Ausgehend von einer breit aufgelegten Diskussion über die Finanzsituation der Stadt Augsburg seien so wichtige Themen wie etwa die Festlegung der Grundsteuer, das strittige Thema der Zweitwohnungssteuer oder auch die Gewerbesteuer diskutiert worden. Abgehandelt wurden aber auch die Schwerpunktthemen, wie etwa die Analyse und Bewertung städtischer Beteiligungen, das Gebäudemanagement, die Herausforderungen am Klinikum oder etwa auch Fragen der Optimierung des Beschaffungswesens, IT und Controlling.

Im Zentrum all dieser Bemühungen lag der Wunsch, unternehmerisches Know-how aus der freien Wirtschaft in das städtische Verwaltungshandeln einzubringen. Ein gutes Beispiel für eine solche Vorgehensweise lieferte dabei das Thema städtische Beteiligungen. Hier wurde ein intensiver und konstruktiver Dialog mit dem städtischen Beteiligungsmanagement geführt, in den auch ein Erfahrungsaustausch mit der Praxis im MAN-

Konzern Eingang fand. Erörtert wurden dabei notwendige Schritte, etwa zur Vereinheitlichung des Berichtswesens mit möglichst hoher Berichtsfrequenz und hoher Aktualität. Besprochen wurden auch Schritte auf dem Weg zu einer echten Konzernbilanz der Stadt Augsburg, Fragen des Controllings in den Beteiligungsgesellschaften bis hin zu Fragen der erzielbaren Erträge in den einzelnen Beteiligungen.

Immobilienmanagement

Breiten Raum in der praktischen Arbeit des Koordinationsgremiums und seiner Unterarbeitsgruppen nahm das Thema des Immobilien- und Baumanagement ein. Hier war die Stadt bereits über ein Gutachten in Vorleistung gegangen, auf dessen Erkenntnissen die Arbeit des Gremiums aufsetzen konnte. Als besondere Herausforderung wurde dabei die doch sehr breit gestreute und viele Kapazitäten in Anspruch nehmende Befassung mit diesem Thema in allen Referaten und 31 Dienststellen gesehen. Diskutiert wurde die Möglichkeit zur Erzielung von Kostentransparenz für die einzelnen Gebäude der Stadt, aber auch

Fragen einer organisatorischen Optimierung, etwa durch neue EDV-Systeme oder über die Zusammenlegung von Ämtern.

Echte Fortschritte ergeben sich jetzt nach Wengerts Darstellung durch die Einführung einer entsprechenden neuen Software und die vollzogene Zusammenlegung von Liegenschaftsamt und Hochbauamt. Aktuell stehen sowohl die Erörterung einer effizienten und möglichst zeitnahen Datenerfassung als auch ein erster Erfahrungsaustausch in der Konsequenz der Neuorganisation an.

Beschaffungsmanagement

Ein besonderes Potential für Einsparungen im Rahmen des kommunalen Haushaltes wurde von allen Beteiligten in einer Optimierung des Beschaffungsmanagements der Stadt gesehen. Auch zu diesem Thema wurde die von der Stadt beschlossene Einstellung eines Beschaffungsmanagers von dem Arbeitskreis begleitet und der Kontakt zu einem großen Logistikunternehmen aus der Region hergestellt, um hier einen entsprechenden Erfahrungsaustausch in die Wege zu leiten.

Ein weiteres Betätigungsfeld wurde erst kürzlich im Thema IT angestoßen, das in seinem breiten Spektrum erhebliche Optimierungspotentiale in einem komplexen Stadtgebilde besitzt. Auch hier hat ein erster Austausch mit einem Vertreter von Böwe SysteC stattgefunden, der in den kommenden Monaten noch weiter kontinuierlich vertieft wird. **DK**

Allgäuer Bauherren wollen Energie sparen

Durach (jm). „Wenn die Allgäuer bauen, dann bauen Sie Energie spendend!“ Zu diesem Ergebnis kommt Thomas Thater, Geschäftsführer des Ziegelwerkes Klosterbeuren, nach dem gut besuchten „Allgäuer Bauherrenabend“, den das Ziegelwerk Klosterbeuren zusammen mit dem Haustechnik-Großhändler Gienger und der Sparkasse Allgäu in Durach veranstaltete.

Werner Holfeld vom Ziegelwerk Klosterbeuren stellte die Vorzüge des ökologischen Baustoffs Ziegel fürs Energieeffiziente Bauen dar. „Durch die gute Wärmespeicherfunktion des Ziegels speichert ein massiv gebautes Ziegelhaus bis zu 30 Prozent mehr Energie als ein Leichtbauhaus“, so Holfeld, der im Allgäu einen neuen Trend ausgemacht hat: „Immer mehr Passivhäuser oder so genannte KFW-40- oder KFW-60-Häuser werden mit hochwärmedämmenden Ziegeln gebaut.“

Dass beim Energie sparen die richtige Haustechnik viel ausmacht, erklärte Georg Streitl vom Haustechnik-Großhändler Gienger, der den künftigen Bauherren eine moderne Brennwerttechnologie sowie die Nutzung von Solarenergie ans Herz legte.

„Die Sonne liefert pro Tag 960 Billionen Kilowatt, das sind im Jahr 35 Billionen. Und das ohne Preiserhöhung“, schmunzelte der Energiefachmann im Hinblick auf die dramatisch steigenden Öl- und Gaspreise. Auch die Einsatzmöglichkeiten von Scheitholz und Holzpellets zeigte Streitl auf.

Manfred Herb (Sparkasse Allgäu) erläuterte den Bauherren, wie sie durch Ausnutzung von öffentlichen Fördermitteln bei der Finanzierung ihres neuen Zuhauses viel Geld sparen können. „Sowohl die Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Freistaat Bayern als auch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle fördern Energie spendendes Bauen, entweder mit Hilfe von zinsverbilligten Darlehen oder direkten Zuschüssen.“ **□**



In Schweden gewachsen – in der Welt zu Hause

Moderne Bank- und Finanzdienstleistungen

Der SEB Konzern hatte einige Jahre Zeit, an seinem Leistungsangebot zu feilen – genau genommen 150 Jahre. Konsequente Kundenorientierung und Innovationskraft haben uns zu einem der führenden Finanzdienstleister Nordeuropas gemacht. Und – wir sind weltweit in 20 Ländern für Sie da.

Die SEB bietet Privatkunden, Firmenkunden & Institutionen sowie Immobilienkunden ein breites Spektrum attraktiver Angebote und Lösungen. Unser Anspruch ist hoch: Wir möchten, dass Sie und Ihre Interessen bei uns im Mittelpunkt stehen. Ihre Zufriedenheit ist unser Ansporn. Dazu gehört, dass wir Ihnen zuhören, Ihre Wünsche und Bedürfnisse verstehen und ein feines Gespür für die Bewegungen des Marktes entwickeln.

Jetzt fehlt nur noch ein Kontakt zu Ihnen.

Besuchen Sie uns in einer unserer 175 Filialen in Deutschland, unter www.seb.de oder rufen Sie an: Holger Kirst, Telefon (089) 290 99-296

1856 | 2006
SEB 150 YEARS

SEB
MERCHANT BANKING

75 Jahre Kreissparkasse München Starnberg:

„Sparkassen fest im Heimatboden verankert“

Für die Kreissparkasse München Starnberg, die in diesem Jahr 75 Jahre alt wird, wäre es ein schwerer politischer Fehler, wenn es zu einer Privatisierung oder auch nur Teilprivatisierung von Sparkassen käme. Denn nachdem die Deutsche Bank ihren Fokus auf das Ausland verlagert habe und die Dresdner Bank bei der Allianz untergekommen sei, bleibe die S-Finanzgruppe die letzte Größe im heimischen Markt, sagte der Vorstandsvorsitzende Karl-Ludwig Kamprath in der Bilanzpressekonferenz des Instituts. Forderungen nach einer weiteren Fragmentierung des deutschen Bankenmarktes seien kontraproduktiv und bedeuten in letzter Konsequenz den Ausverkauf der deutschen Kreditwirtschaft in ausländische Hände.

Dennoch lies Kamprath auf Nachfrage durchblicken, dass die Kreissparkasse kaum bereit wäre, sich an den Kosten der Übernahme der Berliner Bank zu beteiligen. Wie bekannt, muss die Bankgesellschaft Berlin auf Druck aus Brüssel einen Käufer

für die Berliner Bank finden, zu der auch die Berliner Sparkasse gehört. In einem Bieterverfahren haben sich bisher als Interessenten die Deutsche Bank, die HypoVereinsbank und die Commerzbank zu erkennen gegeben. Wegen der Berliner Sparkasse

erwägt auch die Sparkassenorganisation mitzubieten, um den Namen „Sparkasse“ auf jeden Fall vor einer - bisher freilich als Möglichkeit rechtlich umstrittenen - Privatisierung zu schützen und als Sparkasse in Berlin präsent zu bleiben. Siegfried Naser, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, hatte jüngst vor der Presse mitgeteilt, dass sich auch der bayerische Verband an dem Bieterprozess gegebenenfalls beteiligen, freilich keine Mondpreise zahlen werde. Für Kamprath käme ein reines Umlageverfahren bei den Bieterkosten nicht in Frage, vielmehr müssten einzelne Sparkassen sich freiwillig beteiligen. Und dabei stelle sich die Frage, ob sich ein solches Engagement rentiere, „denn schließlich würde ein solches Engagement Millionen kosten.“ Jede Sparkasse müsse sich fragen, was für sie dabei rumkomme.

Im Interesse von Wirtschaft und Verbraucher

Diese Zurückhaltung ändert aber nichts an Kampraths Meinung, dass es grundsätzlich im Interesse der mittelständisch geprägten Wirtschaft und der privaten Verbraucher liege, weiterhin eine starke, unabhängige Sparkassengruppe zu haben. Alle Bemühungen, den öffentlich-rechtlichen Charakter der Sparkassen zu beseitigen und sie damit zum Objekt internationaler Finanztransaktionen zu machen, liefen darauf hinaus, den Wettbewerb in Deutschland einzuschränken. Kamprath zitierte den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Christopher Pleister, der mit Blick auf die privaten Banken deren Begehren so formuliert hat: „Im Namen der Marktwirtschaft soll uns die Politik den Wettbewerb vom Hals schaffen.“

Die Sparkassen, so Kamprath weiter, seien fest im Heimatboden verankert und würden die Bedürfnisse ihrer Kunden aus erster Hand kennen. Sie seien der wichtigste Finanzgeber des Mittelstandes. Außerdem liege es auch im Interesse der kommunalen Eigentümer der Sparkassen, rentabel wirtschaftende, eigenständige Institute zu erhalten, da sie in hohem Maße von den direkten und indirekten Leistungen ihrer Sparkassen profitierten.

Neben den rein wirtschaftlichen Komponenten übernehmen verantwortungsvolle Unternehmen in der Gesellschaft oft auch soziale Aufgaben. Dass die Sparkassenorganisation mit jährlich rund 350 Mio. Euro der größte nichtstaatliche Förderer von Kunst, Kultur und Sport in Deutschland sei, habe sich inzwischen herumgesprochen. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Beispiele, wie sich die Sparkassen ihrer Verantwortung täglich stellten. Die Sparkassen seien in Zeiten leerer öffentlicher Kassen eine unverzichtbare Stütze.

Bei der Kreissparkasse München Starnberg erreichten die Ausschüttungen aus ihren Stiftungen, die Ausgaben für Spen-

positive Kreditentscheidung nicht garantiert werden.

Wie ein Vertreter des Sparkassenverbands Bayern während der Pressekonferenz betonte, sei eine Ausdehnung auch auf andere Kammerbezirke bereits im Gespräch. So gebe es im Geschäftsgebiet der Sparkasse Passau eine ähnliche Kooperation mit der dortigen Handwerkskammer Oberpfalz/Niederbayern. **Hans Schmid**

den und Sponsoring 2005 „die stolze Summe“ von 1,2 Mio. Euro. Diese Summe sei unmittelbar den Kommunen und den Bürgern zugute gekommen. Außerdem, auch daran erinnerte der Kreissparkassen-Chef, habe das Institut im Jahr 2005 an Körperschafts- und Gewerbesteuer 14,5 Mio. Euro gezahlt.

Aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums hat die Kreissparkasse München Starnberg, übrigens die jüngste bestehende Sparkasse in Bayern, eine weitere Stiftung gegründet, die bereits mit 1 Mio. Euro ausgestattet ist und noch auf 3,7 Mio. Euro aufgestockt werden soll. Zweck dieser Stiftung, deren Vorsitz der Landrat des Landkreises München, Heiner Janik, innehat, ist die Förderung von Kunst und Kultur im Landkreis München. Außerdem wird es in Gauting, Starnberg und München Konzerte mit der Violinistin Julia Fischer geben. Und im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft wird Dieter Hanitzsch eine Karikaturenausstellung zu Fußballthemen zusammenstellen, die Dieter Hildebrandt am 3. Mai im Hause der Kreissparkasse eröffnen wird. Zu den Jubiläums-Extras gehört auch ein Buch „75 Jahre Kreissparkasse“, das, von einer Ausstellung im Hause begleitet, einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung im Verbreitungsgebiet der Kreissparkasse geben wird. Finanzminister Faltthauer wird am 3. April den Festvortrag halten.

Aber auch die Kunden insgesamt kommen nicht zu kurz. Ihnen werden zwei besondere Jubiläumsprodukte angeboten: Einmal eine Jubiläums-Anleihe mit 100-prozentiger Kapitalgarantie, einer Teilnahme an einer positiven Börsenentwicklung und ei-

ner garantierten Kuponzahlung von 0,75 % pro Jahr bei 4,5 Jahren Laufzeit. Ferner ist ein sogenanntes Zuwachssparen mit Zinssätzen bis zu 5 % geplant.

Für das Berichtsjahr 2005 kann die Kreissparkasse „entgegen dem Trend“ mit guten Zahlen aufwarten. Die Bilanzsumme ist um 2,9 % auf 6,02 Mrd. Euro gestiegen. Sowohl im Einlagenbereich als auch bei den Ausleihungen hat sie zugelegt. Die Einlagen nahmen um 4,9 % auf 4,64 Mrd. Euro zu. Bei den Ausleihungen war nach dem Rückgang des Jahres 2004 wieder ein Zuwachs um 2 % auf 4,11 Mrd. Euro zu verzeichnen. Dabei wurde der langfristige Bereich bevorzugt. Ausbezahlt wurden Kredite über 580 Mio. Euro, von denen 340 Mio. Euro auf den privaten Wohnungsbau entfielen.

Verbesserte Stimmung

Von Kreditzurückhaltung könne keine Rede sein, sagte Kamprath, denn die Kreissparkasse habe 2005 Kredite über 1,2 Mrd. Euro zugesagt, von denen aber nur 34,2 % von den Firmenkunden in Anspruch genommen worden seien. Dies nannte Kamprath eine historisch niedrige Zahl, in der sich die schwache Konjunktur ausdrücke. Da aber im Bankensektor das Schlimmste überstanden sei und sich das Stimmungsbild für 2005 aufgehellt habe, rechne die Kreissparkasse für das laufende Jahr mit einer Zunahme der Investitionstätigkeit.

„Mit einem Betriebsergebnis von unverändert 1,04 % der durchschnittlichen Bilanzsumme haben wir unser Ziel erreicht und sind mit dem Ergebnis vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase zufrieden“, sagte Kamprath. Der

Jahresüberschuss wird mit 16 (Vorjahr: 15) Mio. Euro ausgewiesen. Er diene voll der Eigenkapitalbildung. Unzufrieden sei man noch mit der Kostensituation im Vergleich zu anderen Sparkassen. Die Kosten-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio = CIR), die angibt, wie viel Cent aufgewendet werden müssen, um einen Euro zu verdienen, lag bei „unakzeptablen 65,3 %“. „Das liegt auch daran, dass die Kreissparkasse im Bayernvergleich pro Mitarbeiter die höchsten Gehälter zahlt“, räumte Kamprath ein. Dennoch äußerte er Bedenken gegen die strategischen Ziele des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, unbedingt 15 % Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften und einen CIR-Wert von 60 % zu erreichen.

Wertpapiere waren trotz der Hausse wenig gefragt, die Vermittlung von Lebensversicherungen ging drastisch zurück. Dagegen konnte die Vermittlung von Bausparverträgen gesteigert werden. Überraschend gut lief gas Immobiliengeschäft. Inzwischen wurde das dritte Immobilien-Center errichtet. Mit neun oberbayerischen Sparkassen bewirbt die Kreissparkasse jetzt gemeinsam und überregional den „Sparkassen-Privatkredit“, wobei jetzt in der Werbung auch Konditionen genannt werden. Eine Verwendungsprüfung gibt es dabei nicht mehr.

Auch die Kreissparkasse, die insgesamt rund 160.000 Girokonten führt, geht davon aus, dass sie Kunden von der HypoVereinsbank gewonnen hat. Zudem seien auch Kunden von Direktbanken zurückgekommen. Gute Fortschritte macht das Online-Banking, das inzwischen die Hälfte der Firmenkunden und ein Drittel der Privatkunden nutzen. **dhg**



V. l.: Leo Anzenhofer, Betriebsberater des Handwerks; Günther Dreher, stv. Bezirkspräsident Schwaben des Genossenschaftsverbandes Bayern; Manfred Rudel, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben; Ulrich Wagner, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Schwaben und Johann Marschall, Bezirksobmann der schwäbischen Sparkassen und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Kaufbeuren. □

Projektbeteiligung schwäbischer Sparkassen:

„Schneller Kredit im Handwerk“

Um eine schnelle und unkomplizierte Kreditentscheidung für Handwerksbetriebe zu gewährleisten, beteiligen sich die elf schwäbischen Sparkassen gemeinsam mit den schwäbischen Genossenschaftsbanken an einem Projekt der Handwerkskammer Schwaben.

„Als Dienstleister für die 24.000 Handwerksbetriebe in Schwaben ist es unsere Aufgabe, den Unternehmen in diesem Bereich zur Seite zu stehen. Die betriebswirtschaftlichen Berater der Kammer bieten unseren Unternehmen nicht nur eine kompetente, unbürokratische und vor allen Dingen neutrale Beratung an, sie ist auch für HWK-Unternehmen kostenfrei“ erläuterte Manfred Rudel die Intention der Handwerkskammer, diese Kooperation einzugehen.

Dass gerade die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken dieses Vorhaben unterstützen, verwundert nicht, denn nahezu 90 Prozent der Finanzierungen im Handwerk laufen über diese Kreditinstitute. „Diese Banken kommen aus der Region und haben auch ein Interesse an unseren Mitgliedsbetrieben“, lobte Rudel die Zusammenarbeit vor der Presse.

Mit Erfahrungsberichten aus der Kreditpraxis ergänzte Johann Marschall, Bezirksobmann der schwäbischen Sparkassen, das Vorhaben. Ziel sei, effiziente Abläufe zu erreichen, um die Handwerksbetriebe mit ausreichend Liquidität versorgen zu können.

In einem ersten Gespräch zwischen Unternehmer und Bank wird anhand einer Checkliste geklärt, welche Unterlagen und Informationen für die Kreditentscheidung erforderlich sind. Im zweiten Schritt kann sich nun die Handwerkskammer einschalten, um den Betrieb bei der Erstel-

lung der Unterlagen zu unterstützen. Ab dem Zeitpunkt der vollständigen Einreichung der Akten trifft die Sparkasse bzw. Genossenschaftsbank nun im Rahmen ihrer Kreditstrategie innerhalb von maximal zehn Tagen eine Entscheidung. Speziell bei einem ablehnenden Bescheid erhält der Unternehmer in einem qualifizierten Gespräch mit dem Bankinstitut sachliche Begründung der negativen Kreditentscheidung.

Transparenz und Vertrauen

„Transparenz und Vertrauen sind in diesem Bereich äußerst wichtig“, weiß Manfred Rudel und zählt die Vorteile für die Handwerksbetriebe auf: „Der potentielle Kreditnehmer kann sich durch Vorlage qualifizierter Unterlagen ganz anders als Partner positionieren, besser auf die Gespräche vorbereiten und erhält eine schnellere und nachvollziehbare Entscheidung.“ Doch auch die Banken können mit dieser pragmatischen Abwicklung Kredite effizienter bearbeiten und daher schneller entscheiden.

Das Instrument des „Schnellen Kredits für das Handwerk“, so die Initiatoren, ist besonders für Investitionsfinanzierungen, Betriebsmittelkredite, Kreditverlängerungen bzw. Existenzgründungen, also für das laufende Geschäft gedacht. Problemkredite wie Sanierungen oder Krisenfälle fallen nicht darunter. Ebenso kann eine



Krach ohne Ärger.

Selbst wenn Unwetter wie ein Blitz aus heiterem Himmel kommen, sind Sie rechtzeitig darauf vorbereitet. Dank unserem exklusiven Unwetterwarnservice können Sie alles, was Ihnen lieb und teuer ist, vorher in Sicherheit bringen – statt sich hinterher zu ärgern. Welche Möglichkeiten und Vorteile wir Ihnen noch bieten, erfahren Sie in über 4 000 Versicherungsagenturen, Sparkassen oder auf www.versicherungskammer-bayern.de

VER SICHER UNGS
KAMMER
BAYERN

Wir versichern Bayern.

Finanzgruppe

Public Private Partnership:

Zukunftsmarkt mit Hindernissen

Von Olaf Grüber, Mitglied der Geschäftsleitung der SüdLeasing GmbH

Frischen Wind in die Diskussion um öffentlich-private Partnerschaften bringt angesichts eines milliardenschweren Investitionsbedarfs die finanzielle Not der Haushalte in Bund, Länder und Kommunen. Für die partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft reichen die Spielregeln und gesetzlichen Vorgaben aber nicht aus.

Über 200 größere Gebäude der öffentlichen Hand - von Schulen, Rathäusern, Theatern und Strassenbahnnetzen über Kliniken und Messehallen bis hin zu Abwasserkanälen - sind in Deutschland Schätzungen zufolge bisher als Leasing-Modelle in öffentlich-privater Partnerschaft finanziert und errichtet worden.

Beteiligungen

Das Finanzierungsvolumen schätzen Experten auf über 40 Milliarden Euro. Die SüdLeasing in Stuttgart und Mannheim, die in Deutschland zu den Pionieren des Kommunalleasing gehört, ist beispielsweise am Theatergebäude in Freiburg, am Festspielhaus Baden-Baden, an Rat-

häusern, Schulen und Sporteinrichtungen beteiligt.

Vorreiter Großbritannien

So beeindruckend die Zahlen auf den ersten Blick erscheinen mögen: Kommunalleasing und öffentlich-privater Partnerschaften haben hierzulande noch lange nicht den Durchbruch erlangt. Ganz anders in Großbritannien. Die britische Insel gilt in Europa als Vorreiter in Sachen Public Private Partnership (PPP). Der PPP-Anteil an öffentlichen Bauinvestitionen liegt im Königreich bei immerhin 20 Prozent, in Deutschland weit unter fünf Prozent. Laut britischem Rechnungshof spart der Staat im Schnitt 17 Prozent der Kosten,

wenn Private die Investitionen übernehmen und Planung, Bau und Betrieb einer Immobilie managen. Das auch hierzulande bekannteste Beispiel für den Pragmatismus der öffentlichen Hand in Großbritannien war der Bau der britischen Botschaft in Berlin im Rahmen der Anfang der 90er Jahre von der britischen Regierung aufgelegten Private Finance Initiative (PFI), die es ermöglicht öffentliche Investitionen von der Privatwirtschaft finanzieren zu lassen.

Ausweg aus der Krise

Erfolgreiche Projekte der öffentlichen Hand in Großbritannien auf Basis der PFI zum einen und die finanzielle Not der öffentlichen Haushalte zum anderen haben auch in Deutschland frischen Wind in die Diskussion um öffentlich-private Partnerschaften gebracht. Die bisherigen Spielregeln und gesetzlichen Vorgaben aber reichen dafür nicht. Bund, Länder und Kommunen haben einen milliardenschweren Investitionsbedarf, das dringend benötigte Geld fehlt aber vielerorts. Der Ausweg aus der Finanzkrise liegt im Outsourcing von Dienstleistungen und in Partnerschaften mit der privaten Wirtschaft.

Das haben viele deutsche Kommunen erkannt. Jüngst stimmten in einer regionalen Umfrage unter Kommunen und Ortsverwaltungen in Rheinhesen, Mittelhessen und Nordhessen 80 Prozent der Aussage zu, dass durch PPP-Projekte die Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland beschleunigt und private Investitionen erleichtert werden. Drei von vier der befragten Kommunen erwarten eine Entlastung der öffentlichen Haushalte. Die Umfrage, die die Uniserve Dienstleistungsgruppe durchführte, offenbarte freilich auch ein erhebliches Informationsdefizit: 60 Prozent der Befragten beklagten Aufklärungs- und Schulungsbedarf beim Thema PPP.

Wirtschaft und Staat müssen beide profitieren

Diesen Mangel bestätigen Erfahrungen in der Praxis. Damit Public Private Partnership sich auch in Deutschland erfolgreicher durchsetzen kann, sind klare, einheitliche Regeln für die partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft nach dem Vorbild der britischen PFI notwendig. Für öffentlich-privater Partnerschaften eignen sich vor allem der staatliche Hochbau einschließlich des Gebäude-Managements, die kommunale Infrastruktur mit

nessplan und betreut sie auch in den Anfangsjahren intensiv. Dazu hat sie 1993 ein eigenes ExistenzgründungsCenter eingerichtet. Die Mitarbeiter sind als Fachleute auch gefragte Ansprechpartner für das Münchner Existenzgründungsbüro, die IHK und Handwerkskammer sowie für die Münchner Universitäten.

Gutes Abschneiden bei StartUp

Als Erfolg der Betreuung von Existenzgründern wertet Strack auch das gute Abschneiden von Kunden der Stadtparkasse im bundesweiten Existenzgründer-Wettbewerb StartUp. So hat im vergangenen Jahr einer der beiden „Münchner Existenzgründer des Jahres 2005“, das Unternehmen „GranMalt“, den Deutschen Gründerpreis gewonnen. Damit hat sein Institut nach dem Kunden „Aerolas“ im Jahr 1998 nun

Schulbau und Pflegebereich sowie die Verkehrsinfrastruktur. Eine Prämisse: Wirtschaft und Staat müssen von PPP-Projekten gleichermaßen profitieren, neudeutsch heißt das win-win-Situation. Etwa dadurch, dass Infrastrukturprojekte schneller realisiert werden und die private Wirtschaft Aufträge erhält, die sie wegen Geldmangels in den öffentlichen Haushalten gar nicht oder erst später bekommen würde.

Grundregel

Eine zweite Grundregel lautet, dass jeder das machen soll, was er am besten kann. Das schließt

Immobilie geleast
... in Zukunft investiert
... Ihr Partner: SüdLeasing.



eine sachgerechte Aufteilung der Risiken ein: Jeder Partner soll die Risiken tragen, die er am besten einschätzen und verwalten kann. Nachhaltig wirkende PPP erfordern die konsequente Abgrenzung von Verantwortlichkeiten ebenso wie klare Festlegungen eindeutiger Ziele, der Risiko- und Kostenverteilung und Mechanismen zur Lösung möglicher Konflikte.

Lebenszyklusansatz

Einen Schub hat der Diskussion um Public Private Partnership in Deutschland in jüngerer Zeit der so genannte Lebenszyklusansatz verliehen: Die Privatwirtschaft wird von der öffentlichen Hand nicht nur mit Planen, Bauen, und Finanzieren einer Immobilie beauftragt, sondern über die gesamte „Lebensdauer“ des Objektes auch mit Instandhaltung, Verwaltung, Betreiben und schließlich möglicherweise auch Verwerten eines Gebäudes. Die Unternehmen erhalten dafür ein angemessenes Entgelt. Die Kommunen profitieren mehrfach: Die privaten Partner, professionelle Bauunternehmen, Betreibergesellschaften und Finanzierungsinstitute, ar-

bereits zwei Bundessieger auf ihrem Erfolgskurs zum bundesweit überzeugendsten Existenzgründer begleitet. Jeder zweite Münchner vertraut Geldfragen auf die Stadtparkasse München. Der Marktführer unter den Münchner Banken im Privatkundenbereich bietet mit 91 Geschäftsstellen, 36 SB-Servicestellen sowie Betreuungs- und KompetenzCentern das dichteste Filialnetz aller Kreditinstitute im Stadtgebiet. Mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe, dem größten Finanzverbund Deutschlands, verfügt sie über das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen, Anlagemöglichkeiten und Finanzierungsformen. Mit rund 845.000 Kunden und einer Bilanzsumme von 13,4 Milliarden Euro ist die Stadtparkasse München die größte bayerische und siebtgrößte deutsche Sparkasse (Stand 31.12.2004).

beiten mit ihrem umfassenden Know-how bei gleicher oder besser Ausführung der Arbeiten in der Regel schneller, effizienter und kostengünstiger als die öffentlichen Verwaltungen. Ein Beispiel für die erzielbaren Vorteile ist der Neubau einer Schule mit Sporthalle in Frechen im Rhein-Erft-Kreis in Nordrhein-Westfalen. Rund 300.000 Euro pro Jahr spart die öffentliche Hand durch die PPP-Realisierung im Vergleich zu den für eine Eigenregie kalkulierten Kosten. Die privaten Unternehmen zeichnen verantwortlich für Finanzierung, Planung und Bau und sind für eine Vertragslaufzeit von 25 Jahren mit der Bewirtschaftung der beiden Gebäude beauftragt.

Risiken dürfen Mittelstand nicht überfordern

Damit solche attraktiven Vorteile realisiert werden können, müssen in Deutschland die Regeln und Vorgaben für alle Partner bei öffentlichen Investitionen eindeutiger geklärt werden. Zum Beispiel für die Bauwirtschaft: Angesichts der notwendigen milliardenschweren Investitionen sowie Sanierungsmaßnahmen an vorhandenen Bauten eröffnet sich Bauunternehmen ein enormes Betätigungsfeld. Das trifft ebenso für die auf das Facilitymanagement, d. h. das Verwalten und Betreiben öffentlicher Immobilien spezialisierte Dienstleistungsbranche zu.

Kompetenzen erweitern

Auch Bauunternehmen müssen Kompetenzen und Know-how erheblich erweitern: Um öffentliche Ausschreibungen zu gewinnen reicht es nicht mehr, billig bauen zu können. Vielmehr müssen Bauunternehmen auch Instandhaltungsrisiken oder Gewährleistungen nicht nur für fünf Jahre, sondern über die gesamte Finanzierungsdauer eines solchen Projektes übernehmen. Für so umfangreiche Leistungen können allerdings nur die wenigsten Bau- und Dienstleistungsfirmen die notwendigen vertraglichen Absicherungsinstrumente, Bürgschaften oder Eigenkapital nachweisen.

win-win-Situation

Das ist eines der Probleme weitreichender öffentlich-privater Partnerschaften: Die Anforderungen der öffentlichen Hand überfordern die Mehrzahl der mittelständischen Bau- und Dienstleistungsunternehmen. Die Konsequenz: Die Risiken für die Finanzierung und Realisierung solcher öffentlicher Bauprojekte wachsen und die Einbindung von teurem Kapital bei Finanzierungsinstituten verteuert letztlich die Investitionen und geht auf Kosten möglicher Effizienzvorteile. Deshalb kommt es darauf an, dass die öffentliche Hand Anforderungen an die Privatwirtschaft mit Augenmaß definiert, um eine win-win-Situation für beide Seiten tatsächlich zu ermöglichen.

Ausgewogenheit als Maxime

Tatsächlich zeigt sich in neuerer Zeit bei verschiedenen Projekten, insbesondere bei Schulsanierungen, dass der Privatwirtschaft Verfügbarkeits- und sonstige Risiken aus Betreiberleistungen auferlegt werden, die nur mit entsprechendem Haftungskapital oder anderen Sicherungsinstrumenten aufgefangen werden können. Das aber verteuert PPP-Hochbauprojekte entscheidend. Gelten sollte: Priorität dürfen nur die kostengünstige und effiziente Erstellung und Verwaltung von öffentlichen Immobilien haben und nicht artfremde Sachverhalte wie beispielsweise die Maastrichter Kriterien. Worum es bei Public Private Partnership gehen muss, ist

ein ausgeglichenes Verhältnis von Chancen und Risiken für alle Beteiligten.

Wie Bauunternehmen musste sich auch die Leasingbranche auf die veränderten Anforderungen von Public Private Partnership bzw. Kommunalleasing einstellen. Sie musste Leasingmodelle modifizieren und anpassen. Wichtig war es, Kommunalkreditkonditionen in die Finanzierungsleistungen und die im PPP-Bereich spezifischen Forfaitierungsmodelle einzubinden. Ein zweiter wesentlicher Punkt betrifft die Reduzierung der Transaktionskosten bei Hochbauprojekten, also z.B. die Vermeidung von Grunderwerbsteuer, Notar- und sonstigen Gebühren. Außerdem mussten sich die Leasingunternehmen auf veränderte steuerliche Fragen, etwa der Grund- oder Umsatzsteuer, einstellen.

Modelltypen

Diesem Anforderungsprofil der öffentlichen Hand entsprach die Leasingbranche durch die Weiterentwicklung ihrer Leasingmodelle: Neben dem klassischen Kommunalleasingmodell werden nun vor allem das Mietkaufmodell - in der Branche als PPP-Erwerbermodell bezeichnet - sowie das Mietnutzungsmodell - PPP-Inhabermodell - umgesetzt. Im Rahmen von PPP-Forfaitierungsmodellen, d.h. Finanzierungsleistungen mit kommunaler Haftung, hat sich das Mietnutzungsmodell bzw. PPP-Inhabermodell als die kostengünstigste Variante von PPP-Projekten mit den höchsten Effizienzvorteilen bei Sanierung und Neubau von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen wie Bildungseinrichtungen sowie im Gesundheitswesen erwiesen.

Vorteile maximieren

Der Leasinggeber ist hierbei weder wirtschaftlicher noch zivilrechtlicher Eigentümer des Projektes. Eine Aktivierung von Grundstück und Gebäude ist also nicht notwendig, dadurch entfallen der Erwerb von Grundstücken oder Erbbaurechten und damit auch kostspielige Notar- und Beurkundungskosten. Stattdessen ist die Basis eine langfristige Nutzungsüberlassung und ein entsprechendes Nutzungsrecht einschließlich einer Einredeverzichtserklärung der öffentlichen Hand. Um die Effizienzvorteile zu maximieren, können beim Mietnutzungsmodell Kommunalkreditkonditionen in vollem Umfang eingebunden werden.

Neue Schwierigkeiten

Trotz aller Fortschritte bei der Neuorganisation der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft entstehen derzeit in Bank-, Bau- und Dienstleistungswirtschaft neue Schwierigkeiten bei Public Private Partnerships. In Verträgen zum Betreiben, Verwalten und Instandhalten von Hochbauprojekten überfordert die öffentliche Hand beim Risikotransfer - wie erwähnt - stellenweise die Privatwirtschaft. Für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft kommt es darauf an, einen sachgerechten Risikotransfer für beide Seiten zu erreichen. Die Prioritäten dafür sind klar: Öffentliche Bauprojekte müssen einerseits zu einem angemessenen Preis realisiert werden und andererseits muss es im Interesse von Wirtschafts- und Beschäftigungszuwachs gelingen, eine höchstmögliche Zahl von Unternehmen am Zukunftsmarkt Public Private Partnership partizipieren zu lassen. Die öffentliche Hand kann dadurch den größtmöglichen Wettbewerb gewährleisten und in der Konsequenz durch Effizienz- und Kostenvorteile den Steuerzahler entlasten.



Dr. Reinhard Wiczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, und Adolf Strack, Vorstand der Stadtparkasse München, unterzeichnen den Vertrag zur Aufstockung des kommunalen Förderprogramms für Existenzgründer „München-Fonds“ auf 4,6 Millionen Euro.

München-Fonds:

Erfolgsprogramm wird verlängert

Landeshauptstadt und Stadtparkasse stocken regionales Förderprogramm auf

Mit dem 1998 ins Leben gerufenen kommunalen Förderprogramm „München-Fonds“ haben die Landeshauptstadt München und die Stadtparkasse München bereits 104 Existenzgründern den Sprung in die Selbstständigkeit ermöglicht. Dabei wurden über 200 Arbeitsplätze geschaffen. Um diesen Erfolg fortzusetzen, stocken die Initiatoren das Förderprogramm nun um über 2 Millionen Euro auf 4,6 Millionen Euro auf.

Bei der offiziellen Unterzeichnung des Vertrags für die zusätzlichen Mittel hob Münchens Wirtschaftsreferent Dr. Reinhard Wiczorek die Bedeutung von Existenzgründern für die wirtschaftliche Entwicklung in der bayerischen Landeshauptstadt hervor: „Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem in mittelständischen Unternehmen und durch erfolgreiche Unternehmensgründungen. Deshalb fördert die Stadt seit vielen Jahren Existenzgründungen durch Beratung, Räume und finanzielle Unterstützung. Durch das Kooperationsmodell mit der Stadtparkasse München, das jetzt fortgeschrieben werden kann, wird dies auch zukünftig gewährleistet.“

Adolf Strack, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse München, erklärte, dass sein Haus das Volumen der Zusagen für Existenzgründungen im vergangenen Jahr um über die Hälfte auf 5,2 Millionen Euro gesteigert hat. „Unsere Kundenbetreuer vermittelten dabei neun von zehn Existenzgründern öffentliche Fördergelder“, so Strack.

Existenzgründer können über den München-Fonds bis zu 50.000 Euro finanzieren, bei einer maximalen Gesamtfinanzierung von 100.000 Euro. Wichtig sind dabei insbesondere die fachliche und kaufmännische Qualifikation des Gründers und ein erfolgversprechender Gründungsplan. Dann kann eine Finanzierung auch zu Stande kommen, wenn die Sicherheiten des Kunden für den Kredit nicht ausreichen. Der Fonds deckt 70 Prozent eines eventuellen Kreditausfalls ab.

Klare Vorteile

Die Vorteile des München-Fonds liegen auch in der gegenüber anderen Förderkreditlinien schnelleren und unbürokratischeren Ausreichung. Das Förderprogramm ist schwerpunktmäßig auf die Dienstleistungsbranche ausgerichtet. Neben der maßgeschneiderten Finanzierung mit hohem Anteil an öffentlichen Mitteln unterstützt die größte bayerische Sparkasse Existenzgründer schon im Vorfeld der Gründung beim Busi-

Leichte Besserung auf dem Wohnimmobilienmarkt

Jahrespressekonferenz der bayerischen Sparkassen und der Bayerischen Landesbausparkasse - Regionale Preisschere öffnet sich weiter

München. Nach dem Wegfall der Eigenheimzulage befindet sich der Markt für Wohnimmobilien in einer Phase der grundsätzlichen Neuorientierung. Auf der Jahrespressekonferenz der bayerischen Sparkassen und der Bayerischen Landesbausparkasse über diesen Wirtschaftsbereich sagte Franz Wirnhier, Sprecher der LBS-Geschäftsleitung, der Trend zu neuen Engpässen auf dem Wohnungsmarkt könne nur aufgehalten werden, wenn die Konjunktur anspringe und die Bürger sich weniger Sorgen um ihren Arbeitsplatz machten. Die Politik könne dazu vor allem durch Berechenbarkeit beitragen.

Verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen für Selbstnutzer und Kapitalanleger sind laut Wirnhier bitter nötig angesichts der Tiefstände des Wohnungsbaus. Mit 42.032 Wohnungen seien 2005 in Bayern 18,5 Prozent weniger als 2004 fertiggestellt worden, der niedrigste Wert seit Jahrzehnten. Die Zahl der bezugsfertig gewordenen Einfamilienhäuser verringerte sich um 17 Prozent auf 21.833, die der Wohnungen in Zweifamilienhäusern um 16,1 Prozent auf 5694. In Mehrfamilienhäusern entstanden 14.505 Wohneinheiten, ein Minus von 21,6 Prozent. Das Bayerische Innenministerium habe aber einen Bedarf von

60.000 neuen Wohnungen prognostiziert. Das Forschungsinstitut Empirica habe in einer aktuellen Studie für die LBS ermit-

www.der-flexible-raum.de

**Container
Raummodule
Hallensysteme**

telt, dass bis 2015 jährlich mindestens 55.000 neue Wohnungen in Bayern benötigt werden. Auch für 2006 sei keine Besserung in Sicht. Die Zahl der Baugenehmigungen, Indikator für den Woh-

nungsbau, rutsche weiter in den Keller.

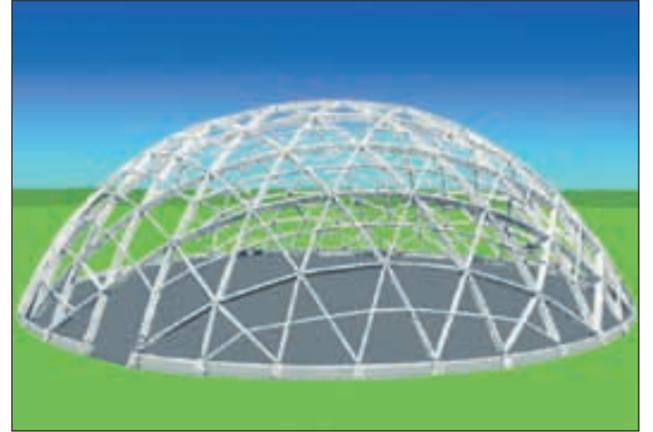
Sehr positiv wertete Wirnhier die Absicht der neuen Bundesregierung, das selbst genutzte Wohneigentum ab Januar 2007 in die geförderte Altersvorsorge zu integrieren. Das Vorhaben werde von den deutschen Bausparkassen aktiv begleitet. Wirnhier erläuterte ihren Vorschlag, wonach künftig Erwerber von Wohneigentum in der Zeit der Finanzierung für ihre Zins- und Tilgungsleistungen 80 Prozent der bisherigen Altersvorsorgezulage bekommen sollen. Eine Familie mit zwei Kindern erhalte demnach ab 2008 eine jährliche Zulage von 542 Euro. Der Abschlag von 20 Prozent bei der Riester-Zulage sei ein angemessener Ausgleich dafür, dass keine nachgelagerte Besteuerung stattfinden soll.

Nach Werner Netzei, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, haben die bayerischen Sparkassen 2005 bei den Kredit-

2,5 Prozent zugelegt. Mit einem um 0,4 Prozentpunkte auf 24,8 Prozent erhöhten Marktanteil nähmen die bayerischen Sparkassen an der Finanzierung des Wohnungsbaus weiterhin eine führende Position ein.

Spürbare Steigerungen hätten sich ebenfalls bei der Weiterleitung von Mitteln der KfW-Förderbank ergeben. Bei den Darlehenszusagen verzeichneten die Sparkassen in Bayern 2005 einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Die Vergabe von Wohnungsbaukrediten ist um knapp 20 Prozent gestiegen, die Darlehensauszahlungen um sechs Prozent. „Zahlen, die einen positiven Markttrend erkennen lassen“.

Historisch niedrige Zinsen und günstige Preise haben viele Kunden zum Kauf von Immobilien genutzt, so Oliver Gerstner, Geschäftsführer der Sparkasseneigenen Immobiliengesellschaft, dem größten Makler-Unternehmen Bayerns. Der Wegfall der Eigenheimzulage habe vor allem auf dem Gebrauchtimmobiliemarkt zu Vorzieheffekten geführt. Insgesamt lag das Volumen der Transaktionen am bayerischen Immobilienmarkt mit 24 Milliarden Euro um 1,8 Prozent knapp unter dem Vorjahresniveau. Gehandelt wurden zu 82 Prozent gebrauchte Objekte. Die Interessenten wollen die Wohnungen auch selbst beziehen. Gefragt waren große Eigentumswohnungen und Häuser. Kleinere Wohnungen außerhalb der Ballungszentren und in Städten ohne Hochschulen seien schwer verkäuflich. Hier öffnete sich die Preisschere immer weiter. Koste ein gebrauchtes Einfamilienhaus in München, Garmisch-Partenkirchen oder im Tegernseer Tal bis zu einer Million Euro, sei es in Wunsiedel, Freyung oder Sulzbach für kaum mehr als 200.000 Euro zu haben. Gerstner führt diese wachsende Preisschere der Regionen darauf zurück, dass junge, berufstätige Menschen strukturschwache Regionen verlassen und in prosperierende Ballungsräume wandern. Indiz dafür ist, dass die Immobilienumsätze entlang der Ostgrenze Bayerns anders als im übrigen Freistaat zugenommen haben, also Objekte verkauft wurden. Mit 9,25 Prozent hat Oberfranken inklusive der gewerblichen Umsätze den höchsten Zuwachs. In seinem Ausblick auf 2006 verwies Gerstner noch auf die geplante Höherbewertung von Immobilien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie auf die avisierte Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr, die sich für Immobilienverkäufer bemerkbar machen werde.



Die Konzeptstudie einer Kuppelkonstruktion.

Problemfall Sporthallen:

Müssen wir umdenken?

Konstruktion und Statik erfüllen derzeit bei vielen Hallen nicht die notwendige Sicherheit, sodass vorsorglich - nach dem tragischen Ereignis in Bad Reichenhall - allein in der Stadt München 380 Hallen auf Anweisung der Behörden vorübergehend geschlossen wurden.

Die Planungsgruppe für Sportanlagen in München beschäftigt sich seit vielen Jahren mit der Konstruktion und Sanierung von Sporthallen mit dem Ziel, kostengünstige Hallenkonzeptionen zu entwickeln, die allen funktionellen, technischen, statischen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen.

Sowohl beim Neubau als auch bei der Modernisierung von Sporthallen sind bei der Planung folgende Maßnahmen zu beachten: Die gesamte Gebäudehülle sollte sich durch hohe Fugendichtheit auszeichnen, verstärkte Wärmedämmung der wärmeübertragenden Bauteile, wärmebrückenfreie Verbindungen, effektive Heizungssysteme sowie hocheffiziente Anlagen der Wärmerückgewinnung sind die Grundlagen für die Errichtung und den Betrieb umweltgerechter und moderner Sportstätten.

**Halbkugelhalle
in Holzbauweise**

Exemplarisch bietet sich in idealer Weise eine Halbkugelhalle in Holzbauweise an, die mit moderner Technik ausgestattet, alle vorgenannten Voraussetzungen erfüllt.

Am Beispiel einer Eishalle können die wesentlichen Vorteile aufgezeigt werden:

- Wartungsfreie Holzbinderkonstruktion, die durch die Kuppelform in der Lage ist hohe Dachlasten aufzunehmen. Bei einer Standard-Eisfläche von 30 x 60 m bietet sich eine Kuppelform mit 80 m Durchmesser und einer Höhe von ca. 20 m an.

Schnee und Regen werden ungehindert zum Boden abgeleitet und können von dort problemlos abtransportiert bzw. abgeleitet werden.

- Die Kuppelform bietet neben der Nutzung von Solarzellen, großflächige Werbeflächen für Sponsoren sowie gestalterische Möglichkeiten für transparente Lichteffekte bzw. farbliche Gestaltung der Dachaußenfläche.

- Durch die flexible Grundkonzeption in Modulbauweise der Technik für Kälte, Heizung, Lüftung und Entfeuchtung, mit Anpassung an alle Betriebsverhältnisse, Einsatz von Wärmeübertragungssystemen und Energiemanagement zur Optimierung von Nutzerverhalten und Technikbetrieb, wird eine große Betriebswirtschaftlichkeit erzielt.

- Diese Hallenkonzeption kann durch entsprechende Anpassung als Sporthalle, Hallenbad, Reithalle oder für weitere Anwendungsbereiche kostengünstig erstellt werden. Erweiterungsmöglichkeiten bietet die Konzeption auch durch zwei oder drei ineinandergelagerte Halbkugeln.

Ein Beispiel, das neben anderen möglichen Lösungen, hinsichtlich Betriebssicherheit, Funktion und als technisch geprägtes Bauelement, mit wirtschaftlich vertretbaren Investitions- und Betriebskosten - auch unter Berücksichtigung umweltrelevanter Gesichtspunkte - eine realistische Zukunftslösung im Sporthallenbau aufzeigt.

Näheres unter info@psb-planung.de, www.psb-planung.de

Positionspapier zum Thema Stadtbau:

Starke Partnerschaft für Zukunft der Städte

Die Städte in Deutschland, auch in wachsenden Regionen, stehen auf Grund des sozialökonomischen und demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. In einem gemeinsamen Positionspapier haben sich Deutscher Städtetag (DST), GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V., Arbeitsgemeinschaft für Wärme und Heizkraftwirtschaft e.V. (AGFW) beim Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VDEW), Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW) sowie der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) des Themas Stadtbau angenommen und Vorschläge zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Städte gemacht.

Dabei handelt es sich laut Papier nicht nur um eine Aufgabe der Kommunen und der Wohnungs- und Versorgungswirtschaft, sondern um eine Gesamt-Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Nur durch eine strategische Allianz zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, den beteiligten Unternehmen vor Ort und den Bürgern könne diese Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung gemeistert werden. Alle Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft werden daher zur Kooperation und einer partnerschaftlichen Beteiligung am Stadtbau aufgerufen.

**Notwendige
Strukturanpassung**

Mit Fortschreiten des Stadtbaus wird zunehmend deutlich, dass nicht nur die Beseitigung des Wohnungsleerstandes, sondern insbesondere auch die Strukturanpassung der Anlagen und Einrichtungen der technischen Infrastruktur an den sinkenden Bedarf eine Aufgabe von erheblicher wirtschaftlicher Dimension ist. Die Betreiber der Infrastruktureinrichtungen der Ver- und Entsorgung fordern daher eine stärkere Einbeziehung in die Planung des Stadtbaus und eine angemessene Förderung der von ihnen zu bewältigenden technischen Maßnahmen.

Die Rahmenbedingungen für den Stadtbau und die gemeinsamen Anstrengungen der daran beteiligten Partner müssen - und darüber sind sich DST, GdW, AGFW, BGW und VKU einig - darauf abzielen,

- die Attraktivität der Städte für die Menschen zu steigern;
- die Zersiedelungsprozesse und

die damit einhergehende Stadtfucht zu stoppen;

- die weiter in den Stadtbaugebieten dringend erforderlichen Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen zu beschleunigen;
- die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung als Kernaufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge flächendeckend auf einem qualitativ hohen Niveau zu erhalten;
- die zentrale Fern- und Nahwärmeversorgung auf Basis der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung in den vom Rückbau betroffenen Wohngebieten möglichst zu erhalten;
- die Belastungen aus dem erforderlichen Rückbau auf ein für die Wohnungsunternehmen und die Ver- und Entsorgungswirtschaft wirtschaftlich vertretbares Niveau zu begrenzen und
- die notwendigen Anpassungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtbaus nicht zu einem zusätzlichen Wettbewerbsnachteil für die betroffenen Städte und Regionen werden zu lassen.

Um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen, werden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Fortschreibung der Stadtentwicklungskonzepte unter Mitwirkung aller wesentlichen Akteure;
2. Kooperation zwischen Wohnungsunternehmen und Betreibern der technischen Infrastruktur;
3. Gewährleistung der Sicherheit der Ver- und Entsorgung durch wirtschaftlich tragbare und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen.

Städte, Wohnungsunternehmen sowie Ver- und Entsorgungswirtschaft wollen den Stadtbau, der nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in

vielen Regionen Westdeutschlands eine große Herausforderung darstellt, auch künftig mitgestalten. Der Abriss der dauerhaft nicht mehr benötigten Wohnungen und die Anpassung der Anlagen und Einrichtungen insbesondere der technischen Infrastruktur seien jedoch ohne die Mithilfe der öffentlichen Hand nicht zu realisieren, heißt es in dem Papier.

Der Rückbau bzw. die Anpassung der technischen Infrastruktur, die auch die Anlagenbetriebe umfasst, sei aus den Mitteln, die im Rahmen der derzeitigen Stadtbauprogramme zur Verfügung gestellt werden, nicht finanzierbar. Sollten keine zusätzlichen Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, wären erhebliche Preisanhebungen der Ver- und Entsorgung unvermeidlich. Bestehende Standortnachteile für Einwohner und Wirtschaft würden sich weiter verschärfen. **DK**

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Fahren Sie mit Erdgas zum halben Preis!

Erdgas hat Zukunft. Sowohl beim Heizen als auch beim Autofahren. Mit Erdgas von ESB tanken Sie zum halben Preis. Der reduzierte Mineralölsteuersatz für Erdgas als Kraftstoff ist bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. Gleichzeitig schonen Sie die Umwelt, weil bei Erdgas geringere Schadstoffe entstehen. Erdgas

tanken Sie heute bereits an über 500 Erdgas-Zapfsäulen in Deutschland - auch in Ihrer Nähe. Fragen Sie Ihren Autohändler und starten Sie in eine saubere Zukunft - mit Erdgas im Tank.

Mehr Infos unter **01 80 5/29 11 11**
(12 Cent/Min. im deutschen Festnetz der Telekom)

ESB
Erdgas Südbayern

Bayerischer Bauindustrieverband:

Nachhaltigkeit erfordert zusätzliches Bauen

„Deutschland verstößt mit seinem geringen Bauvolumen eklatant gegen das Nachhaltigkeitsgebot.“ stellte Prof. Bauer, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, in seiner Rede bei der Mitgliederversammlung des Verbandes in München fest. Nachhaltigkeit und Bauen gehörten eng zusammen, viel enger als gemeinhin in der Öffentlichkeit wahrgenommen, so Bauer. Nachhaltigkeit heißt, unser Land so zu entwickeln, dass unsere Kinder und Enkelkinder mindestens ebenso gut leben können wie wir heute. „Die ererbte Bausubstanz zu bewahren, sie leistungsfähig zu erhalten und für den künftigen Bedarf auszubauen ist ohne eine leistungsfähige Bauindustrie nicht möglich.“ so Bauer.

Einen Hauptgrund für den Verstoß gegen das Nachhaltigkeitsgebot sieht Bauer im staatlichen Rechnungswesen: „Weil der Staat den Wert seines Realvermögens und dessen jährliche Wertentwicklung nicht kennt, merkt er nicht, welche Sünde er begeht.“

Nicht zu investieren, nicht zu bauen, verbessere den Saldo in der Kameralistik, verursache aber im wahren Leben Folgekosten und ein Verschieben von Lasten in die Zukunft. Die Forderung Bauers: „Wir brauchen ein modernes, aussagekräftiges Rechnungswesen. Nur so können wir das Ziel Nachhaltigkeit in der Zukunft besser verwirklichen.“

Gewaltige Leistung

Bayern habe mit seinem ausgeglichenen Staatshaushalt eine gewaltige Nachhaltigkeitsleistung vollbracht. Doch die Verwaltungsreform in Bayern ist für Bauer erst mit einem leistungsfähigen staatlichen Rechnungswesen komplett. Der Präsident betonte, dass Bayern eines der wenigen Bundesländer mit positivem Eigenkapital sei, es müsse sich also vor einer

Umstellung nicht fürchten wie andere Bundesländer.

Gerechtes Steuersystem

Für Bauer fängt Nachhaltigkeit bei Steuern und dem Steuersystem an. „Wir brauchen ein faires, einfaches und damit gerechtes Steuersystem.“ fordert er. Prof. Kirchhof habe mit seinem verunglückten Wahlkampfauftritt immerhin bewirkt, dass über etwas diskutiert wurde, was in anderen Ländern bereits bestens funktioniert: Ein Steuersystem mit einem Einheitssteuersatz - dennoch keine Einheitsbesteuerung! Das Modell, das der Bayerische Bauindustrieverband gemeinsam mit der vbw entwickelt hat, habe den Vorzug, dass es den einheitlichen Steuersatz durch ein System von Freibeträgen ergänze, die sozialen Elemente unserer Wirtschaftsordnung und die familienpolitischen Aspekte beinhalte. Bauer: „Ein solches System ist einfach und transparent.“

Verkehrsinfrastruktur

Nachhaltigkeit erfordere auch ein Umdenken bei der Ver-

kehrsinfrastruktur. Ein Investitionsgut müsse als solches behandelt werden, nicht als Konsumgut, das man verbraucht. „Aber genau diese Sünde begehen wir in Deutschland mit dem bedeutendsten Teil unseres Volkvermögens, unserer Verkehrsinfrastruktur, insbesondere unserem ein- und geräumten Autobahnnetz.“ Die Lösung sieht Bauer in Deutschen Autobahn AGs: Kapitalmarktfähige Gesellschaften, die - nach Vorbild der österreichischen ASFINAG - Teilstrecken selbstständig betreiben und sich über Gebühren ihrer Nutzer finanzieren.

Fehlender Transrapid

Moderne Konzepte und moderne Verkehrsmittel fordert Bauer auch für den schienengebundenen Verkehr. „In Bayern fehlt uns der Transrapid vom Hauptbahnhof zum Flughafen: Als effiziente Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof München und dem Münchner Flughafen und als Leuchtturmprojekt, als Werbung für den Standort Bayern.“

B 20 im Visier

Bauer forderte zudem die Aufnahme der B20 in das bayerische Landesentwicklungsprogramm. Diese Bundesstraße könnte Teil einer leistungsfähigen Fernverkehrsader vom Chiemsee über Straubing,

Cham, Pilsen und Prag bis ins Baltikum sein und so eine leistungsfähige Quertraverse herstellen. Damit könnte sie eine den Superstradas in Italien ähnliche Funktion übernehmen: Verbindung der Regionen mit dem Autobahnnetz.“ Bayern müsse die Chancen der EU-Osterweiterung und damit seine zentrale Lage in der erweiterten EU nutzen.

Auch die Donau könnte die Verkehrsleistung einer gut ausgebauten Autobahn erbringen, wenn sie zwischen Vilshofen und Straubing endlich ausgebaut wäre.

Zukunftsthema PPP

PPP - Public Private Partnership - nannte Bauer als wichtigstes Zukunftsthema. „Deutschland hinkt da im internationalen Vergleich hinterher und in Deutschland hinkt leider Bayern hinterher. Alle sehen nur Risiken und Bedenken.“ Dabei bestünden nicht echte Probleme, sondern nur Vorbehalte, vor allem der Kommunen, die PPP gegenüberstehen. Um Kommunen Hilfestellung bei konkreten Problemen zu bieten, wurde unter Federführung der Bayerischen Bauindustrie ein dreiteiliger PPP-Leitfaden erstellt, wovon zwei Teile bereits erschienen sind.

In seinen Schlussworten betonte der Präsident noch einmal das Jahresmotto „Bauen ist Nachhaltigkeit“. „Als Branche können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir unsere Leistungen hochwertig und kosteneffizient erbringen. Wir können und müssen aber anmahnen, dass sie von uns dann auch abgefordert werden.“ □

Am Bleichweiher in Neustadt/Aisch:

Richtfest für 15 neue Wohneinheiten

Der Baufortschritt der drei Mehrfamilienhäuser am Neustädter Bleichweiher ist unübersehbar. Die impleaPlus GmbH, ein Unternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der wbg Nürnberg GmbH, errichtet derzeit auf dem ehemaligen Stadtwerkegelände drei Wohngebäude. Die Rohbauarbeiten begannen auf dem rund 1.500 Quadratmeter großen Grundstück im November 2005.

Die 15 Wohneinheiten haben eine Gesamtwohnfläche von 1.350 Quadratmetern und circa 500 Quadratmeter Nutzfläche. Sechs integrierte Garagenstellplätze sowie 10 Stellplätze im Carport und vier offene Stellplätze wurden in das Ensemble eingepflanzt.

Harmonisches Einfügen in den Altkern

Die Wohngebäude entlang der historischen Stadtmauer am Bleichweiher fügen sich unter Berücksichtigung der Vorgaben der Stadt Neustadt/Aisch und dem Landesamt für Denkmalpflege harmonisch in den Altkern ein.

Viermonatige Bauzeit

Vier Monate nach Baubeginn sind die Rohbauarbeiten für die zwei, drei und vier Zimmer-Wohnungen mit Wohnflächen zwischen 75 und 130 Quadratmeter abgeschlossen. Auf Grund der zentralen Lage sind die hochwertigen Neubauten

fußläufig bestens an die Innenstadt angebunden und damit hervorragend geeignet, sowohl für junge Familien als auch Senioren.

Die Attraktivität der Bebauung wird auch durch das grosse Käuferinteresse unterstrichen, bereits 9 der 15 Wohnungen sind verkauft. Die Wohnungen können von behinderten Menschen ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe genutzt werden.

Für Jung und Alt

Jede Wohneinheit hat eine Terrasse oder einen Balkon und zwei Neubauten verfügen über einen Aufzug und sind somit barrierefrei erschlossen. „Mit dieser hochwertigen Bebauung entlang der Stadtmauer am Bleichweiher haben wir der exzellenten Innenstadtlage Rechnung getragen, in der sich Jung und Alt wohlfühlen wird.“ so Gerd Schmiedehausen, Geschäftsführer der impleaPlus GmbH. □

Nachhaltige bauliche Hochwasservorsorge:

Besser als nachträgliches Krisenmanagement

„Hochwasserschutz ist gebaute Zukunftsvorsorge und damit eine Kernaufgabe der Bauindustrie.“ so Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes. „Doch wenn diese Erkenntnis erst reift, wenn Flora und Fauna einschließlich Teilen der darauf errichteten Gebäude unter Wasser stehen, dann ist es zu spät. Hochwasserschutz muss präventiv erfolgen, er ist ein Schönwetterthema.“ Diese strategische Ausrichtung der Politik findet aber zu wenig statt, so Hess.

Wieder stehen einige Regionen Deutschlands unter Wasser. Dies legt auch die Versäumnisse der letzten Jahre offen: Erforderliche Investitionen in den präventiven Hochwasserschutz blieben weitgehend aus. Hochwasser gab es schon immer und wird es auch in Zukunft geben. Ihre Folgen sind immens, doch werden zu selten die Konsequenzen daraus gezogen: Obwohl die Flut 2002 allein an Versicherungsleistungen mehr als 847 Mio. Euro nach sich zog, hat ein nachhaltiger Hochwasserschutz noch immer nicht Priorität. Stattdessen sieht die Politik häufig ihre Aufgabe nur darin, publikumswirksames Krisenmanagement zu betreiben. Das aber reicht nicht aus.

Beispiele für richtiges Handeln gibt es: Wie erfolgreich Vorausdenken und die Investition in Zukunftsvorsorge sein können, beweist der Sylvensteinspeicher in Bayern: Er schützt die Landeshauptstadt München und andere Orte an der Isar effektiv vor ihren Fluten. Hochwasserschutz ist teuer, aber auf Dauer lohnend.

Plädoyer für abgesicherte Mindestinvestitionsquote

Für Hess ist dessen oftmaliges Unterlassen auch ein Ausweis der Wertorientierung unserer Gesellschaft: Konsum hat zu häufig Vorrang vor Investitionen. Und dies drückt sich unübersehbar in der Investitionshaltung der Öffentlichen Hand aus. „Eine Investitionsquote des Bundes von 8,8 Prozent genügt eben bei weitem nicht für die Lösung unserer Zukunftsaufgaben.“ so Hess. Damit mehr Zukunftsvorsorge und damit auch mehr vorbeugender Hochwasserschutz möglich werden, fordert er: „Wir brauchen eine gesetzlich abgesicherte Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent in allen öffentlichen Haushalten - vom Bund über die Länder bis in die Kommunen.“

Insbesondere ist Hochwasserschutz Sache der Bauingenieure. Hess: „Sie wissen, wie man mit den Kräften der Natur arbeitet, sie wissen, wie man sie lenkt - anstatt sich erfolglos dagegen zu stellen. In diesem Sinne sind unsere Bauingenieure echte Experten für Natur und Umwelt.“ Nachdrücklich plädiert Hess für rechtzeitiges Handeln: „Nach der Flut ist vor der Flut.“ □



Der Egelhof in Achsheim, Landkreis Augsburg. □

Bezirk Schwaben:

Denkmalpreis für Sanierung des Egelhofs

Der Denkmalpreis des Bezirks Schwaben in Höhe von 10.000 Euro geht heuer an Hans-Peter Reerink und Dr. Christiane Reerink für die vorbildliche Sanierung und Reaktivierung des Egelhofs in Achsheim (Gemeinde Langweid, Landkreis Augsburg). Dies beschloss der Kulturausschuss des Bezirks Schwaben in seiner jüngsten Sitzung.

Der Einzelhof wird urkundlich bereits im 12. Jahrhundert erwähnt und war bis zur Säkularisation im Besitz des Augsburger Domkapitels. „Er bildet mit seiner Kapelle zur schmerzhaften Mutter Gottes ein herausragendes, landschaftsprägendes Denkmal“, so Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl.

Während die Kapelle in den letzten Jahren saniert wurde, war der Hof mit dem markanten Schweifgiebel in einem schlechten Erhaltungszustand. „Durch das außergewöhnliche finanzielle Engagement der Eigentümer konnte der Hof auf denkmalpflegerisch sorgfältigste Weise saniert werden“, betont Fassl. Große Teile der barocken Ausstattung wie die Kassetendecke, die Stuckdecke und ein Flez mit Solhofer Platten wurden nun bei der Sanierung durch die Reerinks erhalten, die aufwändige Fassadengestaltung vorzüglich rekon-

struiert. Durch die teilweise Entfernung späterer Einbauten sei zudem wieder die ursprüngliche Grundrisskonzeption wieder erlebbar geworden. Gelungene neue Anbauten für einen Stall und eine Reithalle vervollständigten die Hofanlage, seien aber in Rücksicht auf das Denkmal zurückhaltend gestaltet.

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert begrüßte bei der Sitzung, dass der Erhalt des Denkmals und die zeitgemäße Nutzung Hand in Hand gehen. Die beiden Sonderpreise für 2005 mit jeweils 5000 Euro gehen an die Lebenshilfe Donau-Ries, die eines der ältesten Gebäude in Nördlingen saniert hatte, das zugleich auch Geburtshaus von Fußballstar Gerd Müller ist, sowie an die Augsburger Roman Gruber und Waltraud Baeuerle-Gruber für die Sanierung des Wohn- und Geschäftsgebäudes Wolframstraße 3 in der Fuggerstadt. □

Wasserwirtschaft:

Kommunen unterstützen

E.ON Bayern-Tochter Südwasser stellte sich Bürgermeistern vor

Bürgermeister und Kommunal-Vertreter aus über 30 Städten und Gemeinden in Südostbayern trafen sich auf Einladung von E.ON Bayern im Rathaus Freilassing zum Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung. E.ON Bayern-Generalbevollmächtigter Max Binder begrüßte die Gäste und die Fachreferenten der Tochtergesellschaft Südwasser, die für 33 bayerische Kommunen Dienstleistungen im Bereich von Abwasser- und Trinkwasseranlagen erbringt.

Binder betonte in seinem Grußwort die langjährige Partnerschaft des Unternehmens mit den bayerischen Gemeinden in allen Fragen der Energieversorgung. Neben dem Strombereich würden die Gasaktivitäten ständig erweitert, die Südwasser verstärkte das Angebot um Service- und Dienstleistungsangebote für den Wasser- und Abwassersektor. Zusammen mit dem leistungsfähigen Partner Südwasser könnten Kommunen Synergieeffekte sinnvoll nutzen und auch in Zukunft den Bürgern Wasser in bester Qualität liefern und die Abwasserentsorgung auf einem technisch hohen Niveau sicherstellen - ohne den Einfluss zu verlieren. Dies stärke langfristig die Selbstständigkeit kleiner und mittlerer Gemeinden in diesem Bereich.

Gebündelte Erfahrung im Kompetenz-Center

Die in den vergangenen Jahren gesammelten Erfahrungen in der Wasserwirtschaft habe E.ON Bayern im Tochterunternehmen Südwasser als Kompetenz-Center gebündelt, erläuterte Geschäftsführer Johannes Schneider. Es entstand ein Unternehmen, das seinen Kunden bayernweit für verschiedene, auf den jeweiligen Anwendungsfall zugeschnittene Formen der Zusammenarbeit zur Verfügung steht. Südwasser verfügt neben einer modernen technischen Ausstattung über ein Team fachkundiger Mitarbeiter, von Facharbeitern bis zu Ingenieuren. Die Palette der Dienstleistungen reicht von der Betriebsunterstützung über die Betriebsführung bis hin zum Bau und Betrieb von Trinkwasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen in Form von Kooperations- oder Betreibermodellen. Stets, so Schneider, würden in intensiven Gesprächen mit den Kommunen maßgeschneiderte individuelle Lösungen gesucht.

Erfahrungen aus der Praxis

Roland Schnaitmann, zuständiger Kommunalbetreuer für diese Region, informierte über die Themenfelder Energie aus Biomasse, Straßenbeleuchtung sowie Wärmepumpen-Heizung und gab Hinweise und Tipps, wie der Energieverbrauch in kommunalen Liegenschaften optimiert werden kann.

Der Eggstätter Bürgermeister Stefan Beer berichtete über seine Erfahrungen aus der Praxis mit der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Südwasser. In einer angeregten Diskussion tauschten die Teilnehmer dann noch Meinungen und Ansichten aus. □

Innovative Technologien im Raupenbau realisiert:

Stärkster Traktor weltweit

MT 875 B - ein gigantisches Flaggschiff mit 600 PS

Zur Agritechnica 2005 in Hannover präsentierte Challenger erstmals die neu entwickelte B-Serie der MT 800 Raupenschlepper. Markantestes Kennzeichen: eine komplett neue Motorengeneration von Caterpillar mit der ACERTM-Technologie.

Aus dem Programm der Challenger-Raupentraktoren wurden vier Modelle der erfolgreichen Baureihe MT 700 und fünf Modelle der neuen Baureihe MT 800 B vorgestellt. Als weltweit einziger Raupentraktor verfü-

insgesamt vier Hauptsysteme des Motors: die Luftzuführung (Air-Management-System), die Kraftstoffzuführung (HEUI-Kraftstoffanlage), die Elektronik (CAT(r) Elektronik ADEM 4) und das Abgas-Aufberei-

bot an Optionalausstattungen wurde ebenfalls erweitert; für die Challenger-Raupen sind jetzt beispielsweise auch Aktivkohle-Kabinenfilter und Sonnenblenden für die Seitenscheiben erhältlich.

Neue Software

Die Raupen der B-Serie haben eine neue Software erhalten, die zur Optimierung der Maschinenauslastung wesentlich weiterentwickelt wurde. Die MT 875 B Raupe ist zusätzlich mit der Anlagenschutzsoftware MS-PS (Machine System Protect Software) ausgerüstet worden. Sie sendet Warnmeldungen aus, wenn bei Geschwindigkeiten unter 6 km/h mit hoher Belastung gearbeitet wird. Ändern sich die Lastbedingungen nicht, wird die Motorleistung verringert, so dass auch bei härtesten Anforderungen keinerlei Gefahren für die Antriebseinheit bestehen.

Die Maschinen der neuen B-Serie verfügen darüber hinaus über all die Technologien, die sich bereits bei den bisherigen Challenger-Modellen im harten Alltagseinsatz hervorragend bewährt haben: zum Beispiel die Fahrwerksfederung Opti-RideTM und die Laufbandvorspannung Mobil-TracTM-System. Auch das hydraulisch angesteuerte Zugpendel mit Schwimmstellung gehört dazu in dieser Form einzigartig auf dem internationalen Markt. □



Das neue Flaggschiff von Challenger, der MT 875 B, ist mit 600 PS Maximalleistung zur Zeit der stärkste Traktor weltweit. □

gen beide Baureihen über gefederte Raupenlaufwerke und erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h. Die gesamte Bedienung der Raupen erfolgt zentral über ein Traktor-Management-Center - höchster Bedienkomfort ist damit garantiert.

Neue Motorengeneration

Die Maschinen der neuen MT 800 B-Serie verfügen über neu entwickelte Caterpillar®-Motoren mit ACERTM-Technologie. Jetzt werden die Motorentypen C15 mit 15,2 Litern Hubraum beim MT 835 B, MT 845 B mit MT 855 B beziehungsweise die Motorentypen C18 beim MT 865 B und MT 875 B mit 18,1 Litern Hubraum eingesetzt. Sie erreichen Leistungen zwischen 274 kW (368 PS) und 446 kW (600 PS). Das neue Flaggschiff von Challenger, der MT 875 B, ist mit diesen 600 PS Maximalleistung somit zurzeit der stärkste Traktor weltweit.

Innovation pur

Die innovative ACERTM-Technologie stellt eine Reihe von evolutionären Verbesserungen dar - sie überwacht zentral

tungssystem.

Das Air-Management-System verwendet Turbolader, um kalte und saubere Luft in die Brennkammer zu leiten. Die Elektronik steuert die erforderliche Menge je nach Belastung und Geschwindigkeit. Querstromzylinderköpfe und vier Ventile pro Zylinder sorgen für eine deutliche Verbesserung der Luftregelung, fördern damit des Ansprechverhalten des Motors und verbessern so Kraftstoffeffizienz und Leistung.

Elektronische Steuerung

Die HEUI-Kraftstoffanlage sorgt dafür, dass Kraftstoff in vielen kleinen Nebeneinspritzungen zum richtigen Zeitpunkt vor und nach der Haupteinspritzung - die vom elektronischen Steuermodul (ECM) bestimmt wird - in die Brennkammer eingespritzt wird. Die exakte Steuerung der Kraftstoffmenge, während der Zündverzögerung und der Haupteinspritzung zugeführt, wird dadurch ermöglicht, dass die HEUI-Kraftstoffanlage unabhängig von der Motordrehzahl arbeiten kann. All dies trägt zu einer besseren Verbrennung bei, reduziert Emissionen und Geräuschpegel.

Weniger Emissionen

Das elektronische Steuermodul CAT® Electronics ADEM 4 ist vollständig integriert und senkt somit die Emissionen unter Beibehaltung des günstigen Kraftstoffverbrauchs einschließlich der optimalen Leistung.

Die Kraftstoff- und Luft-Managementsysteme steuern äußerst genau den Verbrennungsprozess, um Stickstoffoxidemissionen zu minimieren. Der Motor wurde außerdem so konstruiert, dass zusätzliche Technologien zur Erfüllung zukünftiger Normen nachträglich implementiert werden können, beispielsweise ein Dieseloxydations-Katalysator, der in die Abgasanlage integriert wird.

Komfortable Fahrerkabine

Für die Modelle der B-Serie wurde die bisher schon sehr komfortable Fahrerkabine nochmals überarbeitet. Im Zusammenspiel mit der neuen Motorengeneration konnte der Geräuschpegel um 2,3 dB auf 73 dB gesenkt werden. Das Ange-



Im Sommer- wie im Wintereinsatz bewährt: Der Fendt 200 V kommunal mit Amazone Mäher.

Fendt-Kommunaltour 2006:

Große Leistung für alle Fälle

Komplettes Programm im Gebirgseinsatz

In Lofer, auf der Hebaln und in Ötscher zeigte der bekannte Traktorenhersteller Fendt im März seine Spitzenprodukte für multifunktionellen Einsatz während des ganzen Jahres. Der Schwerpunkt der Veranstaltungen lag auf dem Thema Winterdienst. In den Bergen lag noch tiefer Schnee. Aber die rund 250 Besucher, die jeder Event zu verzeichnen hatte, machten sich natürlich bereits Gedanken über die Aufgaben, die die kommende Sommersaison mit sich bringt.

Große Leistung auf kleiner Spur bewies beispielsweise während der Fendt-Kommunaltour der Schmalspurschlepper Fendt 207 VAK. Mit seiner

Frässhleuder zeigte er eindrucksvoll welche Schneemengen sich mit diesem kompakten Kommunaltraktor bewegen lassen.

412 Vario mit Trommelfräse

Der Fendt 412 Vario wühlte sich in Lofer unaufhaltsam und stufenlos durch die Schneemassen. Als besonderen Vorteil würdigte die Besucher das Fendt-Variogetriebe: Stets maximaler Durchsatz beim Fräsen - ohne weiteres Zutun des Fahrers. So wird jede der 128 Pferdestärken optimal eingesetzt. Die Halbrahmenbauweise erlaubt darüber hinaus den Anbau von Schneepflügen bis 3 m Scharbreite direkt an der Anbauplatte ohne zusätzliche Verstärkung.

Schneller Gerätewechsel

Schneller Gerätewechsel -

saubere Umwelt. Mit diesen Schlagworten lässt sich der auf der Hebaln gezeigte Fendt 716 Vario beschreiben. Dank robustem Schneeflug-Anbaukonzept über Schubrahmen und der hydraulischen Vorderachsfederung lässt sich der Wechsel von Schneeflug auf Frontlader in kürzester Zeit erledigen. Der optionale Dieselpartikelfilter sorgt dafür, dass die 175 PS Ihren Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Welche Schneeberge sich mit 310 stufenlosen PS versetzen lassen demonstrierte der Fendt 930 Vario mit einer Frässhleuder den interessierten Besuchern in Ötscher. Mit der ab Werk erhältlichen Rückfahreinrichtung und dem Vario-Getriebe zeigte der stärkste Traktor aus dem Hause Fendt sein Können.

128 Fendt-PS wühlten sich stufenlos und unaufhaltsam durch den Schnee. Ein Fendt 412 Vario mit einer Fräse im Front und einem Dreipunktstreuer im Heck am Ötscher.

Spitzenmodell

Das Spitzenmodell von Fendt, der 930 Vario mit einer Maximalleistung von 310 PS im Einsatz am Phym. □



936 Vario mit Frässhleuder in Ötscher. □

Hightech auf schmaler Spur - Vorderachsfederung bei Fendt

Mehr Fahrkomfort Mehr Arbeitssicherheit



Mit der niveaugeregelten Vorderachsfederung und integrierter Fendt Stabilitäts-Kontrolle (FSC) arbeiten Sie sicherer, komfortabler und gesünder als jemals zuvor. Nach Messungen einer neutralen Prüfstelle reduzieren sich die Beschleunigungen auf den Fahrer um bis zu 27 Prozent. Gleichzeitig werden die Wankbewegungen des Fahrzeuges um über 30 Prozent gegenüber ohne Federung gemindert und damit die Standsicherheit erhöht. Vorteil: Ruhiges entspanntes Arbeiten. So sieht echter Fortschritt aus. Sprechen Sie jetzt mit Ihrem Fendt-Vertriebspartner.

Bitte senden Sie mir:
Prospekt Fendt 200 VFP Kommunal
Prospekt Fendt-Vario Kommunal
Name: _____
Straße: _____
Plz: _____ Ort: _____

FENDT
AGCO GmbH · Fendt-Marketing · 87616 Marktobderdorf
Telefax 08342 / 77684 · www.fendt.com

Exorbitante Kosten für den Winterdienst

Die Kommunen in Bayern wurden im vergangenen Winter durch die anhaltenden Schneefälle von einer wahren Kostenlawine überrollt. Unser Beispiel soll lediglich ein Schlaglicht werfen auf einen x-beliebigen Tag im Winter.

Aus der Münchner Rathausumschau vom 7. März 2006:

Bilanz für den 6. 3.: An diesem Tag waren in der Landeshauptstadt 690 Menschen mit 434 Fahrzeugen im Winterdienstesatz. An Streugut verbrauchten sie 399,16 Tonnen Salz und 456,10 Tonnen Split. Die Kosten nur für diesen einen Einsatztag beliefen sich auf **442.402,10 Euro**. Bis zum 7. 3. waren für den Winter 2005/2006 damit bereits **22.483.587,61 Euro** an Kosten aufgelaufen. □

GaLaBau 2006 auf der NürnbergMesse:

Freiräume gestalten

Treffpunkt für Gestalter, Planer und Kommunen
Internationale Fachmesse für urbanes Grün und Freiräume

Auch die 17. GaLaBau, die vom 13. bis 16. September in Nürnberg stattfindet, steht im Zeichen der lebenswerten Gestaltung des Wohn- und Arbeitsumfeldes. Hier treffen sich Fachbesucher aus Kommunen, Landschaftsarchitekturbüros und Garten- und Landschaftsbau-Betrieben, um sich über neue Trends zu informieren, aber auch, um unter den Ausstellern die geeigneten Partner für ihre Projekte zu finden.

Das Wohnumfeld hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Bevölkerung. Immer mehr Menschen leben in Städten, in denen der begrenzte Raum kreative Gestaltungsideen erfordert. Denn wo wenig Wert auf multifunktionelle Architektur, lebendige Begrünung und attraktive Freiraumgestaltung gelegt wird, entwickeln sich schnell soziale Brennpunkte. Eine Herausforderung, die Kommunen, Architekten, Landschaftsarchitekten, aber auch Landschaftsgärtner in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen.

Umfassende Palette

Dabei spielt die ansprechende Gestaltung urbaner Freiräume eine erhebliche Rolle. Die Zulieferer sind für diese Aufgabe gut gerüstet. Sie bieten eine umfassende Palette an Park- und Objektmöbeln, Müllboxen und Containersystemen an - mit pfiffigem Design und langlebigen Materialien. Und sie nutzen die GaLaBau 2006, um genau die passenden Zielgruppen anzusprechen. „Die GaLaBau ist für uns im Bereich Freiraumgestaltung in diesem Jahr die wichtigste Messe. Wir treffen hier auf ein qualitativ hochwertiges Publikum“, erklärt Reinhold Kauf-

mann, Abteilungsleiter Inland bei der Erlau AG in Aalen. Das Unternehmen hat sich unter anderem mit klassisch-funktionalen Außenmöbeln einen Namen gemacht.

Pflichttermin für Aussteller

Auch für die Hahn-Kunststoffe GmbH, ansässig auf dem Flughafen Hahn, ist die GaLaBau ein Pflichttermin. Zu den Kunden des Unternehmens, das bei seinen Produkten auf Recyclingkunststoff setzt, gehören Kommunen, Landschaftsarchitekten und Landschaftsgärtner - drei Gruppen, die im Jahr 2004 mit insgesamt 50.000 Fachbesuchern auf der GaLaBau vertreten waren. Neue Kontakte knüpfen, aber auch bestehende Kontakte pflegen ist das Ziel des Unternehmens mit Standort im Hunsrück.

Innovative Konzepte

Der Sparzwang der Kommunen geht auch an der Zulieferindustrie aus dem Bereich der Freiraumgestaltung nicht spurlos vorüber. Schwierige Zeiten erfordern daher innovative Konzepte. Als zukunftsweisend könnte sich hier das Public Private Partnership (PPP) erweisen, also die langfristige, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und der

Privatwirtschaft. Wo öffentliche Gelder knapp sind, können beispielsweise private Unternehmen im Rahmen eines Betreibermodells ein Infrastrukturprojekt errichten und betreiben. Gerade für Aussteller, die mit ihren Produkten zu einem hochwertigen Wohn- und Arbeitsumfeld beitragen, bietet die GaLaBau die ideale Plattform, um mit Besuchern aus Kommunen die Möglichkeiten für PPP-Projekte auszuloten.

Ausstattung auch im Privatgarten gefragt

Natürlich wird auch im privaten Umfeld Wert auf eine ansprechende Gestaltung gelegt. Auf Ausstattungen im Privatgarten hat sich die Firma Gartenakzente aus dem bayerischen Eschenlohe spezialisiert, deren Produkte direkt an den Privatkunden, aber auch an den Landschaftsgärtner als Wiederverkäufer vertrieben werden. Geschäftsführer Wolfgang Huber verspricht sich auf der GaLaBau einen intensiven Kontakt zu der Zielgruppe aus dem Garten- und Landschaftsbau. Seine Aufgabe sieht er in der umfassenden Information der Fachbesucher: „Indem sie den Kunden im Rahmen einer hochwertigen Gartengestaltung auch hochwertige, fertige Ausstattung anbieten, haben Landschaftsgärtner die Möglichkeit, sich nicht nur als serviceorientierter Dienstleister zu profilieren, sondern auch noch etwas zu verdienen. Leider sehen viele diese Chance noch nicht.“

Attraktives Umfeld

Statt passiv auf den wirtschaftlichen Aufschwung zu warten, entwickelt die Branche des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues aktiv Konzepte, um auch in Zukunft ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld zu sichern. Konzepte, die sich durch die Zusammenarbeit von Planern, Kommunen, Zulieferern und ausführenden Betrieben realisieren lassen. Mit knapp 900 Ausstellern und rund 50.000 Fachbesuchern bringt die GaLaBau in Nürnberg zusammen, was zusammen gehört.

Sonderschau Spielplatzgeräte

Vor allem im Bereich der Spielplatzgeräte und Freizeitanlagen wird die Gelegenheit genutzt, die Neuheiten der Hersteller live zu erleben. Während Erwachsene sich mit sachlichen Argumenten vom Nutzen eines Produktes überzeugen lassen, müssen Spielgeräte und Freizeitanlagen vor strengen und unbittlichen Richtern bestehen: den Kindern. „Bei der Planung öffentlicher Spielplätze werden Kinder regelmäßig mit einbezogen“, sagt Knut Weidenhammer, Abteilungsleiter der Planungs- und Neubaubehör im Gartenbauamt Nürnberg. Entweder zeichnen Kinder ihre idealen Spielgeräte oder erzählen, wie sie aussehen sollen.

Traumspielplatz

Eine andere Variante, die Landschaftsarchitekt Michael Adler von Adler und Olesch in Nürnberg bereits erfolgreich praktiziert hat, ist es, Kinder aus Knete oder Naturmaterialien ihren Traumspielplatz formen zu lassen. Aufgabe der „Erwachsenen“ ist es dann, aus den Wünschen das technisch und wirtschaftlich Machbare herauszufiltern.

Keine Produkte von der Stange

Im Trend liegen Themenspielplätze, die beispielsweise unter dem Motto Dschungel, Urwelt oder Westerntadt stehen, aber auch Kletterwände, natürlich geformte Spielelemente und Kreisel in allen Variationen. Da es sich bei Spielgeräten auf öffentlichen Spielplätzen selten um Produkte von der Stange handelt, arbeiten Gartenbauämter und Landschaftsarchitekten eng mit Spielgeräteherstellern zusammen. So sind die Spiellandschaften aus Naturmaterialien, die Adler und Olesch planen, oftmals Sonderanfertigungen. Hier sind flexible Hersteller gefragt, die diese Wünsche erfüllen können.

Wenig „Fertigware“

Auch auf den öffentlichen Spielplätzen in Nürnberg gibt es wenig „Fertigware“. „Oft werden Grundgeräte mit unterschiedlichsten Elementen individuell ergänzt“, sagt Weidenhammer. Gelegenheit, die Geräte vor dem Kauf tatsächlich live zu erleben, gibt es selten. Weidenhammer und seine Mitarbeiter nutzen daher wie viele ihrer Kollegen aus anderen Kommunen die GaLaBau, um die Neuheiten, die sie bisher nur aus dem Katalog kennen, zu sehen, anzufassen und auszuprobieren. „Vor allem diejenigen, die mit dem Unterhalt der Geräte betraut sind, nehmen die Chance wahr, sich auf der GaLaBau über Technik und Qualität zu informieren“, berichtet Weidenhammer.

Sicherheit oberstes Gebot

Denn Sparzwang in Kommunen hin oder her - bei Spielanlagen ist Sicherheit oberstes Gebot. „Die Geräte sind erheblichen Belastungen ausgesetzt“, erklärt Weidenhammer. „Die Erfahrung zeigt, dass viele billige Spielgeräte schnell verschleissen oder reparaturunfreundlich sind. Ein teures, hochwertiges Pro-

Mehr Spielplätze für Bayerns Kinder!

Aktion von Antenne Bayern und Franken Brunnen

„Mehr Spielplätze für Bayerns Kinder!“ lautet das Motto einer Aktion von Antenne Bayern und der fränkischen Firma Franken Brunnen. Wer einen sanierungsbedürftigen Spielplatz kennt, möge sich bei Antenne Bayern bewerben. Die Firma Franken Brunnen hat finanzielle Unterstützung für weitere Spielplätze angeboten - zehn Cent pro verkauftem Kasten Franken Brunnen Mineralwasser fließen in die Aktion.

Die ersten zwei Spielplätze sind mittlerweile bereits komplett saniert: Die sechsjährige Johanna aus Arnstein bei Schweinfurt machte mit ihrem Anruf auf ihren maroden Spielplatz aufmerksam. Antenne Bayern-Moderator Wolfgang Leikermoser nahm die Sache umgehend persönlich in die Hand: Er baute in Arnstein auf einer alten, maroden Grünfläche einen nagelneuen Spielplatz. Mit allem drum und dran: Bunte Rutsche, Kletternetz, Doppelschaukel, Karussells und Feuerwehr-Rutschstange. Ein echtes Kinderparadies also!

Spielplatz Nr. 2 befindet sich in Lindenberg im Allgäu. Der alte Platz war völlig heruntergekommen. Moderator Stephan Lehmann übernahm hier die Patenschaft: Mit Blaumann und Bagger sorgte auch er für mehr Spielplätze für Bayerns Kinder. In Lindenberg entstand eine tolle Spielanlage mit Türmen und Verbindungsbrücke, ein Kletternetz, eine neue Schaukel, und eine Feuerwehr-Rutschstange. Wen wundert's, dass die Bürgermeister der beiden Gemeinden, Linda Plappert-Metz und Johann Zeh, ob dieser Idee mehr als angetan waren. Das ist bürgerschaftliches Engagement im besten Sinne! **DK**

dukt ist auf Dauer deutlich preiswerter.“ Auf der GaLaBau wird es deshalb auch erstmals in Halle 1 eine Sonderschau zum Thema „Spielplatzgeräte praxisnah“ geben, die die Fachzeitschrift Freizeit & Spiel zusammen mit dem TÜV organisiert. Die Fachbesucher können dort verschiedenste Fallschutzarten und Spielplatzgeräte praxisnah testen.

Flexibel und kreativ

Die Zukunftsaussichten für die Hersteller von Spiellandschaften und Freizeitanlagen sind gut - wenn sie flexibel sind und kreative, hochwertige Produkte anbieten. Die GaLaBau in Nürnberg ist das ideale Forum, um mehr über die Wünsche der Kunden zu erfahren. Denn die Fachmesse ist für Kommunen

und Landschaftsarchitekten nicht nur wegen des umfassenden Angebotes an Spielgeräten und Freizeitanlagen ein Muss. „Im Gegensatz zu Messen, die sich auf einen Bereich spezialisiert haben, finden wir auf der GaLaBau alles, was für unsere Arbeit wichtig ist - von Spielanlagen über die Maschinen für den Unterhalt bis hin zu Baumschulen“, erklärt Weidenhammer. Ähnlich sehen es auch Kollegen, die nicht wie Weidenhammer den Standortvorteil Nürnberg genießen: 2004 kamen rund ein Viertel der knapp 50.000 GaLaBau-Fachbesucher von Kommunen, Behörden sowie von Planungs- und Landschaftsarchitekturbüros.

Weitere Informationen zur Fachmesse GaLaBau im Internet unter www.galabau.info-web.de

Autowaschen auch sonntags

Nach langen Debatten Mehrheit im Landtag - Genehmigung ist Sache der Gemeinden

Ab dem 4. Juni 12 Uhr mittags können Autowaschanlagen in ganz Bayern auch an Sonn- und Feiertagen - ausgenommen hohe Feiertage wie Weihnachten, Neujahr, Karfreitag, Ostern und Pfingsten - in Betrieb sein. Mit CSU-Mehrheit hat der Landtag einen Änderungsentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Feiertagsgesetzes und der Bedürfnisgewerbeverordnung gebilligt. Es handelt sich um keine generelle Bewilligung; ob gewaschen wird oder nicht, liegt im Ermessen der Gemeinden.

Diese Ermächtigung war in der CSU lange und heftig umstritten. Abgeordnete aus den Randgebieten zum Ausland und zu deutschen Ländern mit entsprechender Regelung machten sich dafür stark. Konrad Kobler aus Passau war in der entscheidenden Plenarsitzung des Landtags ihr Wortführer. In grenznahen Gemeinden sei der Umsatz der Tankstellen bis zu 90% eingebrochen, was zu Steuermindererträgen und zur Schließung von Tankstellen mit Arbeitsplatzverlust geführt habe und noch führen werde. Ganz deutlich sei die „Schieflage“ zu Österreich und zu Tschechien. Die Feiertagsruhe, auf der die Kirchen bestanden, werde nur minimal gestört, weil erst nach der Zeit der Hauptgottesdienste ab 12 Uhr mittags gewaschen werden dürfe und neben den ohnehin tätigen Tankwarten nur wenige Arbeitskräfte zur Ausgabe von Plastikkarten für die automatische Waschanlage benötigt würden.

Für die SPD meinte Dr. Hildgard Kronawitter Autowaschen müsse nicht am Sonntag sein. Zwar wisse man, dass im Grenzland viele Tankstellen aufgeben müssten, aber dafür sei der allgemeine „Tanktourismus“ wegen billiger Benzinpreise im Ausland verantwortlich. Frau Kronawitter

missbilligte, dass der Staat die Verantwortung für das Sonntags-Autowaschen den Gemeinden zuschiebe, die sich mit den Pfarrern und den Gewerkschaften auseinandersetzen müssten. Dr. Christian Magerl (Grüne) befand, es handle sich um eine Petitesse, mit der die Tankstellen im Grenzland nicht zu retten seien.

Schwierige Rechtsfragen Innenminister Dr. Günther Beckstein gab zu, dass es letztlich um schwierige Rechtsfragen ging. Eine zentrale Lösung habe sich als unmöglich erwiesen. Schon bisher sei es auf die Unterscheidung von Tanken und Waschen in der Rechtsprechung angekommen. Als Privatfahrer habe er festgestellt, dass die Tankwarte am Sonntagswaschen nichts auszusetzen hätten, wenn schon die Tankanlage geöffnet sei. In der Begründung des vom Kabinett schließlich dem Landtag vorgelegten Änderungsentwurfs heißt es, die Ermächtigung stelle zwar für die Gemeinden eine neue Aufgabe dar, der Verwaltungsaufwand beschränke sich jedoch darauf, durch Verordnung eine einmalige Entscheidung zu treffen. Von einer Entscheidung nach Einzelfällen oder nach „Gebietstypen“ habe die Staatsregierung wegen der juristischen Problematik abgesehen. Auf die Gemeinden kämen nur geringfügige, „im einzelnen nicht messbare“ Kosten zu.

In namentlicher Abstimmung wurde die Vorlage mit 84 gegen 42 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Neuregelung tritt am 1. Juni in Kraft, so dass sie am Sonntag, 4. Juni erstmals wirksam werden kann - sofern entsprechende Verordnungen von Städten oder Gemeinden erlassen werden. **rm**

BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG

EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN



Ab 1200 mm Fahrzeugbreite

WIR STELLEN AUS:

IFAT
München

BEFA
Düsseldorf

demopark
Eisenach








INFO DURCH:

KIEFER GMBH
MASCHINENBAU, FANRZEUGBAU UND VERKEHR

POSTFACH 1246
84402 DORFEN
TELEFON: (08081) 414-0
TELEFAX: (08081) 414-99
www.kiefergmbh.de



* Hydrostat 2-stufig
* 15,4 kW - Diesel
* Allrad - abschaltbar
* 2 Jahre Garantie
* hyd. Lenkung
* Joystick-Hydraulik



Mietkauf:
Anzahlung 0,00 €
Laufzeit 60 Monate
mtl. Rate 266,- €
inkl. MwSt.

ab € 13.500,-
inkl. MwSt.



Zirndorfer Straße 7 - 84478 Waldkraiburg
Tel.: 0 86 38/94 41 21 - Fax: 0 86 38/94 41 28
info@matgmbh.com - www.matgmbh.com

komufa - Branchentreff für Kommunalfahrzeuge und Ausstattungen

Sandner GmbH veranstaltet erstmals die komufa mit Unterstützung der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR

Angesprochen werden auf der Messe Praktiker, Planer und Entscheider aus dem kommunalen Bereich sowie private Firmen. Die Veranstalter planen ein Konzept, in dem Aussteller, kommunale Entscheidungsträger und Branchen-Besucher im angenehmen Rahmen ihre speziellen Fragen mit unmittelbaren Demonstrationen verknüpfen können.

Hersteller und Händler von kommunalen Fahrzeugen und Ausstattungen, von Sicherheitskleidung, Software-Programmen bis hin zu Berater-, Leasingfirmen und Banken werden sich in Ingolstadt ihren Kunden präsentieren. Neben zahlreichen Produkten aus der Branche, sollen Ihnen vielfältige Vorträge wertvolle Informationen liefern. Das Konzept des Branchen-

treffs ist innovativ und soll im Zusammenspiel mit Informationen für die Fachbesucher und einem integrierten Vortragsforum für alle Beteiligten zu einem großen Erfolg werden. Dabei steht der Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen/Kollegen und Anbietern an erster Stelle.

Aus der Praxis für die Praxis

Konkrete Themenbereiche bei den Vorträgen sind u.a.:

1. Kommunalfahrzeuge die Zukunft kommunaler Betriebsformen?
 2. Kauf, Miete oder Mietkauf kommunaler Fahrzeuge?
 3. Erdgasfahrzeuge für den kommunalen Betriebshof vorteilhaft?
- Der komufa Branchentreff wird sich in drei Teile gliedern: Die Fachmesse, den theoretischen Teil mit Fachvorträgen und für die Praktiker das Testen der Fahrzeuge mit dem damit

verbundenen Erfahrungsaustausch.

Das neue Ingolstädter Messegelände mit modernster Infrastruktur und großem Freigelände ist eine optimale Plattform für Demonstrationen zur Präsentation Ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Aussteller müssen gewährleisten, dass die Fahrzeuge, Maschinen usw. auf dem Gelände den Fachbesuchern zu Testzwecken zur Verfügung stehen - gemäß dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“.

Messestandort

Ingolstadt als Austragungsort dieser Messe ist ideal. Der zentrale Messestandort Ingolstadt bietet viele Vorteile. Ingolstadt liegt im Herzen Bayerns zwischen München und Nürnberg und ist sehr gut erreichbar. Das moderne Messegelände Ingolstadt im Gewerbepark Nord-Ost mit 50.000 qm direkt an der Autobahn A 9, nahe dem neuen Factory-Outlet-Center, hat eine optimale Verkehrsanbindung, ausreichend Parkplätze für Aussteller und Besucher.

Ab Sommer 2006 verfügt Ingolstadt über einen ICE-Systemhalt und ist somit auch auf dem Schienenweg hervorragend und schnell zu erreichen. □

Gute Bodenpflege, guter Rasen:

Frühjahrsputz im Grünen

Zur Wahl stehen Spezial- und Universalgeräte
Zum Frühling bereiten sich Galabau-Betriebe, Platzwarte und Grünanlagenbetreiber auf die Rasenregeneration vor. Geeignete Anbaugeräte für Kompaktraktoren helfen dabei.

Anders als vielfach vermutet kommt es auf die Wurzeln an: Finden diese beste Wachstumsbedingungen, gedeiht auch der Rasen darüber prächtig - vielfach sogar ganz ohne Dünger. Oft leiden die Wurzeln unter verfestigten Böden, die für Wasserführung, Gasaustausch und Porenvolumen sprichwörtlich wenig Raum lassen. Für viele Fachleute gilt regelmäßiges Lockern als wichtigster Beitrag für gesunde und optisch ansprechende Grasnarben.

Hier empfehlen sich Geräte zur Tiefenlockerung und -belüftung. Lanzen am Gerät stechen Löcher in den Boden, die mit „luftigem“ Sand gefüllt werden. Eine Dämpfung sollte möglichst vibrationsarmes Arbeiten gestatten. Zur Rasenregeneration eignen sich auch entsprechende Universalgeräte, besonders wenn eher kleinere Flächen zu pflegen sind. Es gibt „Multitalente“ für die gesamte Wachstumsaison, die zahlreiche Funktionen budgetfreundlich durch separat erhältliche Arbeitswerkzeuge integrieren - neben Tiefenlockern beispielsweise auch Sandeinbürsten, Vertikutieren oder Igelwalzen und Nachsaat. Besonders das Vertikutieren zählt zur Frühjahrspflicht - wenn der Rasen so richtig wüchsig ist, um Rasenfilz zu entfernen. Abgestorbenen Rasengräsern, Unkräutern und Moos wird damit der Garaus gemacht, und der Boden für ausbessernde Nachsaaten vorbereitet. Generell wichtig bei Anbaugeräten sind individuelle Verstellmöglichkeiten, am besten zentral zu bedienen, damit die Arbeit bequem und schnell von der Hand geht. Die Geräte sollten mit Kompaktraktoren aller Marken verwendbar sein - wer auf Insellösungen setzt, büßt Flexibilität ein. □

Ford präsentiert „grüne“ Fahrzeuge

Ford präsentierte auf der Auto Mobil International (AMI) in Leipzig auch zwei „grüne“, besonders umweltverträgliche Fahrzeuge: einen Ford Focus mit Bio-Ethanolantrieb und einen Ford Focus C-MAX mit Erdgasantrieb.

Damit soll die Technologieführerschaft des Unternehmens auf dem Gebiet der alternativen Antriebe unterstrichen werden. Jürgen Stackmann, Direktor Marketing und Verkauf der Ford-Werke GmbH: „Unsere Bio-Ethanol- und Erdgas-Fahrzeuge leisten gemeinsam einen wertvollen Beitrag zu nachhaltiger Mobilität. Denn beide Antriebskonzepte haben eine sehr gute CO₂-Bilanz und sind Beispiele für unseren breit gefächerten Ansatz, umweltverträgliche Technologien zu attraktiven Preisen auf den Markt zu bringen“.

Der Ford Focus C-MAX mit Erdgasantrieb wurde gezeigt als Editionsmodell „Fun“. Der Ford Focus C-MAX CNG (CNG = Compressed Natural Gas = Erdgas) wird darüber hinaus auch in den Ausstattungsvarianten „Ambiente“, „Trend“ und „Ghia“ ausgeliefert. Ausgerüstet ist der Ford Focus C-MAX CNG mit dem 2,0 Liter-Duratec-Motor in Kombination mit einem 5-Gang-Schaltgetriebe. Dieses Aggregat leistet 107 kW (145 PS) im Benzinbetrieb beziehungsweise 93 kW (126 PS) im Erdgasmodus. Der Ford Focus FFV mit Bio-Ethanol-Antrieb wurde zusammen mit dem ebenfalls Bio-Ethanol-tauglichen Kompakt-Van Ford Focus C-MAX FFV vorgestellt. Die Typ-Bezeichnung „FFV“ (Flexi Fuel Vehicle) verdeutlicht, dass diese Fahrzeuge „kraftstoff-flexibel“ sind: Sie können sowohl Bio-Ethanol (ein Alkohol), als auch Superbenzin, als auch als auch jede beliebige Bio-Ethanol-Benzin-Mischung tanken. Da Bio-Ethanol aus Pflanzen wie zum Beispiel Getreide, Zuckerrüben, Holz sowie aus sonstiger Biomasse gewonnen wird - und damit aus nachwachsenden pflanzlichen Rohstoffen - liegt der hauptsächliche Umweltvorteil der Ford Bio-Ethanol-Fahrzeuge in der Verringerung der CO₂-Emissionen. □

Garten- und Landschaftspflege:

Gute Stimmung bei Maschinenherstellern

Mit einem Wachstum von 21 Prozent belebte sich der deutsche Markt von Maschinen und Geräten der Garten- und Landschaftspflege im vergangenen Jahr deutlich. Damit ging eine markante Nachfrageschwäche der zwei Jahre zuvor zu Ende, die geprägt waren von finanziellen Engpässen in den Kommunen sowie dem trockenen Sommer 2003. „2005 waren die Wetterbedingungen sowohl für den Verkauf von Geräten für die Grünflächenpflege als auch den Winterdienst nahezu ideal“, bestätigt Siegfried Arndt, Geschäftsführer der Agria-Werke GmbH und Vorsitzender der Fachgruppe Garten- und Landschaftspflege im VDMA.

Der Markt für Rasentraktoren und Aufsitzmäher verlief in den letzten Jahren stabil und der Umsatz konnte 2005 um etwa 5 % gesteigert werden. Die Wachstumsraten bei den übrigen Produktgruppen lagen zwischen 20 und 25 %. Hierzu zählen Kompaktraktoren, einachsige Motorgeräte sowie die Anbaugeräte für Einachser und Traktoren. Besonders gut schnitten dabei die Balkenmähergeräte und Motorhacken ab.

Export gestiegen

Deutlich gesteigert werden konnte das Exportgeschäft der deutschen Hersteller. Mit 192 Mio. Euro lagen die Ausfuhren von Rasen- und Motormähern sowie Motorhacken und Einachsschleppern um 31 % höher als in den stagnierenden Vorjahren. Die höchsten Zuwachsraten gab es in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Die meisten Exporte der deut-

schen Hersteller fließen nach wie vor nach Frankreich, das mit einem Exportzuwachs von 37 % glänzend abschnitt. Leicht rückläufig war dagegen der Verkauf in den Niederlanden, dem zweitgrößten Abnehmer deutscher Mäher und Einachser. Die Exportquote stieg im vergangenen Jahr leicht an und liegt branchenweit bei über 40 %.

Optimismus

Für den weiteren Geschäftsverlauf 2006 ist die Branche optimistisch. „Es gibt weiterhin einen großen Markt für Qualitätsprodukte, und die Hersteller von Geräten für die Garten- und Landschaftspflege werden den Weg hoher Zuverlässigkeit und des guten Service für ihre Geräte weiter beschreiten“, so Arndt. Dabei geben technische Trends wie hydrostatisch betriebene Geräte sowie Spezialmaschinen mit Zusatznutzen die Marschrichtung vor. □

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V.:

BGL fordert Zertifizierung für Baumkontrolleure

Arbeitskreis Baumpflege setzt sich für einheitliche Prüfung ein

Bad Honnef. Der Arbeitskreis Baumpflege des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) setzt sich für eine einheitliche Prüfung von Baumkontrolleuren ein. Einstimmig sprachen sich die Teilnehmer des BGL-Arbeitskreises im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung in Berlin jetzt für eine Zertifizierung der Baumkontrolleure aus.

Falk Dolze, der Vorsitzende des BGL-Arbeitskreises Baumpflege, verwies zunächst auf die erfolgreiche Einführung der Baumkontrollrichtlinie der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e. V. (FLL). Er erklärte, nun sei es auch notwendig, das Know-how der Baumkontrolleure zu prüfen - und zwar auf der

Basis vom Berufsstand festgelegter Zertifizierungen.

Unterschiedliche Prüfungsangebote

Dolze machte deutlich, es dürfe nicht sein, dass die verantwortliche Tätigkeit der Baumpfleger durch unterschiedliche Prüfungsangebote verschiedener

privater Schulträger verwässert werde. Auch die Interessenvertretung Deutsche Baumpflege schließt sich dieser Auffassung an. Der BGL wird in Kürze die entsprechenden Organisationen und Verbände zu einem ersten Gespräch über die angestrebte einheitliche Zertifizierung von Baumkontrolleuren einladen.

Mitgliederwerbung

Michael Hartmann, Geschäftsführer der Firma Bollmann aus Ellerau, wurde jetzt von den Mitgliedern des BGL-Arbeitskreises Baumpflege für weitere drei Jahre in den Vorstand gewählt. Ein Hauptaufgabengebiet sieht Hartmann nicht nur in der Regelwerksarbeit der FLL, sondern ebenso in einer engagierten Mitgliederwerbung für den BGL-Arbeitskreis Baumpflege.

Die Mitglieder begrüßten auch einen ersten Entwurf der überarbeiteten Broschüre „Bäume pflegen und erhalten“. Sie wurde inhaltlich aktualisiert und außerdem an das attraktive Erscheinungsbild der Image- und PR-Kampagne der Landschaftsgärtner angepasst.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde auch die Arbeit auf europäischer Ebene thematisiert.

European Tree Worker

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung des BGL-Arbeitskreises Baumpflege standen außerdem die Entwicklung des „European Tree Worker“ und „European Tree Technician“ in Deutschland und in Europa. Zwei interessante Vorträge zur Baumkontrolle rundeten das Programm ab. Dr. Hans-Joachim Schulz referierte über erste Verbesserungsvorschläge für die Zukunft und Erfahrungen mit der Baumkontrollrichtlinie. Ralf Semmler (Datenbankgesellschaft aus Falkensee) veranschaulichte in seinem Beitrag eine optimierte Organisation und Durchführung der Baumkontrolle.

Die Mitglieder des BGL-Arbeitskreises Baumpflege nahmen am zweiten Veranstaltungstag gemeinsam mit den Mitgliedern des neugegründeten BGL-Arbeitskreises Gebäudebegrünung an einer Exkursion zu fünf hervorragenden Grünprojekten in Berlin-Mitte teil. Der Tilla-Durieux-Park, das Sony Center und die Arkaden am Potsdamer Platz, der Leipziger Platz, der Bundesrat und die Schering AG fanden hinsichtlich ihrer Grünplanung und ihrer Bauausführung größte Zustimmung seitens der Exkursionsteilnehmer.

Maschinenringe:

Unentbehrliche Partner

Die bayerischen Maschinenringe übernehmen nach Ansicht von Landwirtschaftsminister Josef Miller eine immer wichtigere Rolle, die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern zu sichern.

Bei der Jahreshauptversammlung des Maschinen- und Betriebshilfsrings Rosenheim sagte er, das Dienstleistungsangebot biete auch kleineren Bauernhöfen die Mechanisierungsvorteile großer Betriebe und erhalte damit ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Das Spektrum der flächendeckenden Leistungen wie überbetrieblicher Maschineneinsatz und die Vermittlung von Arbeitskräften wird laut Miller von den Landwirten immer besser angenommen. 2005 erzielten die 76 Maschinen- und Betriebshilfsringe einen Umsatz von über 270 Millionen Euro - das sind 50 Millionen Euro mehr als alle außerbayerischen Maschinenringe zusammen.

Beim Maschineneinsatz haben sich die Selbsthilfeeinrichtungen als starker Partner der Landwirte fest etabliert, so Miller. Dies sei für die Höfe ein wichtiges Instrument, um die Produktionskosten in den Griff zu bekommen. Zudem können die Mitglieder stets den neuesten Stand der Technik einsetzen ohne finanzielle Risiken einzugehen.

Gut aufgestellt sind die Maschinenringe, um den wachsenden Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften und Spezialisten in Wachstumsbetrieben zu decken

sowohl für den Ausbau der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch der Einkommenskombination. Miller: „Mit den Maschinenringen bleiben unsere Bauern flexibel und können neue Marktchancen nutzen.“ □

informieren • diskutieren • probieren •
Ausstellung für kommunale Fahrzeuge und Ausstattung



Sandner GmbH
Stauffenbergstraße 2b
85049 Ingolstadt
Telefon: (02 41) 15 88
Telefax: (02 41) 15 14
www.sandner-ausstellungen.de
MESSE + AUSSTELLUNGEN

Aus der Praxis für die Praxis

Sind Sie Hersteller und Anbieter von:
Kommunalfahrzeugen / Kommunalinnovationen / Kommunaltechnik / Kommunal-Dienstleistungen / Sicherheitskleidung?

Dann ist Ihr Pflichttermin der **10. - 12. Oktober** zum 1. Bayerischen Branchentreff im Herzen Bayerns in Ingolstadt.

In Zusammenarbeit mit den Ingolstädter Kommunalbetrieben AöR

denn dort finden Sie eine optimale Plattform auf einem neuen Messegelände mit modernster Infrastruktur und großem Freigelände für Demonstrationen zur Präsentation Ihrer Leistungsfähigkeit.

Kontakt

Sandner Messen + Ausstellungen
Stauffenbergstraße 2b
85049 Ingolstadt
Tel. 02 41 / 15 88
info@sandner-ausstellungen.de

www.komufa.de

Integration ist möglich

Kelheimer Modell mit Vorbildcharakter für Europa

„Ein bisserl stolz“ ist er schon, Scout zu sein, sagt der 9-jährige Markus auf Nachfrage. „Schön war's“, meint die 10-jährige Vanessa offen über das erste Mal, als sie mit dem gelben Käppi der Scouts den Pausenhof betrat. Die beiden Viertklässler sind Scouts an ihrer Grundschule in Mainburg. Ihre Aufgabe ist es, Gewalt auf dem Pausenhof vorbeugen und wo möglich Streit zu schlichten. Dabei haben sie einiges zu tun, denn ihre Grundschule ist mit 580 Kindern die größte in Niederbayern. Ein Drittel der Schüler spricht zu Hause nicht deutsch.

Bevor ein Streit eskaliert, treten die Scouts dazwischen und versuchen zu schlichten. Klapp das nicht, schalten sie einen Lehrer ein. Allzuoft ist das aber nicht nötig. Vielfach schaffen es Markus und Vanessa entweder selbständig Streithähne ausein-

anderzuhalten oder zusammen mit anderen Scouts.

„Die Situation auf dem Schulhof verändert sich zum Positiven. Vor drei Jahren wurden die Scouts eingeführt. Seither entspannt sich die Atmosphäre auf dem Pausenhof. Entwickelt hat

das Konzept der Grundschulscouts der ehemalige Konrektor der Schule, Hans Dasch. Um den Kindern in ihrer Rolle als Streitschlichter Autorität zu verleihen, werden die Scouts von ihrer Klasse demokratisch gewählt, in einer Feier der Schulgemeinschaft vorgestellt und ihr Foto auf einer Ehrentafel in der Schule ausgehängt. „Trotzdem war Akzeptanz anfangs das größte Problem“, erinnert sich der heutige Konrektor Dr. Tobias Barwanietz. Alle vierzehn Tage coacht er die 26 Scouts der

Schule, bespricht mit ihnen die Alltagsprobleme und übt in Rollenspielen hilfreiche Reaktionen ein. Die Scouts werden jeweils für ein Schuljahr gewählt.

Kulturscouts

Die Kinder lernen den Umgang miteinander von klein auf. Aber was ist mit den Erwachsenen? Jeder vierte Einwohner im Landkreis Kelheim hat keinen deutschen Pass. „Und trotzdem sitzen in einem Konzert nur Deutsche“, benennt vhs-Vorsitzender Hans Dasch das Problem, „Das kann doch nicht sein.“

Im Landkreis Kelheim soll es auch nicht mehr lange so sein. In Anlehnung an die Grundschulscouts entwickelte der Pädagoge

sein nächstes Konzept: die Kulturscouts. Ein peer-to-peer-Ansatz für Erwachsene. Der Landtagsabgeordnete Martin Neumaier war gleich begeistert. „Wenn der türkische Dönerbudenbesitzer, der polnische Handwerker, der russische Fußballer jeweils ihre eigenen Leute ansprechen und zum Treffen mit anderen Kulturen einladen - dann kommen die auch“, ist Neumaier, Vorsitzender des Arbeitskreises Integration und Islam im Bayerischen Landtag, überzeugt.

Integrations-Arbeitskreis

„Typisch deutsch“ wurde erstmal ein Verein gegründet: der „Integrations-Arbeitskreis e.V.“ Das Vereinsziel: Die kulturelle Vielfalt fördern - unter dem Dach des Grundgesetzes. Der CSU-Abgeordnete übernahm auch hier den Vorsitz - aus Überzeugung: „Die Politik muss für die Integration aktiv werden.“ Auch die beiden weiteren Vorsitzenden sind Überzeugungstäter: Dr. Clemens Prokop, Leiter des Amtsgerichts Kelheim und zugleich Präsident des Deutschen Leichtathletikverbandes will vor allem seine sportlichen Verbindungen in den Dienst des Vereins stellen. Der dritte Vorsitzende, der türkische Grundschullehrer Levent Cakir, nutzt bereits seine guten Kontakte zur türkischen Bevölkerung und organisiert seit drei Jahren internationale Kinderfeste in Mainburg. „Bislang arbeiten die Menschen nur zusammen“, sagt der Pädagoge, „Ich will sie auch privat zusammenbringen.“

Der Verein will gezielt die Kommunen einbinden. Demnächst geht ein Schreiben an alle

Bürgermeister im Landkreis mit der Bitte, geeignete Kulturscouts aus allen Bevölkerungsgruppen zu benennen. Auf einem Workshop im Januar meldeten sich schon erste Freiwillige: eine russische Ärztin, ein türkischer BMW-Mitarbeiter, ein Engländer, eine Polin, Griechen und Italiener. Und ein paar Deutsche. Die Kelheimer Kultur-Scouts können auf diese Weise tätig werden, müssen es aber nicht. Die Volkshochschule Mainburg bietet ihnen für ihre ehrenamtliche Aufgabe eine fundierte Ausbildung: Einen Lehrgang zur Interkulturellen Kompetenz, den der Bayerischen Volkshochschulverband gemeinsam mit der Ludwig-Maximilians-Universität entwickelt hat. „Ohne Bildung geht die Integration nicht voran“, ist Grundschullehrer Cakir in einem umfassenden Sinn überzeugt. Und Landtagsabgeordneter Neumaier sieht das Zusammenspiel zwischen Politik und Volkshochschule als „Idealzustand“ - der sich allerdings gut auf andere Regionen übertragen lässt. Tatsächlich liefern bei ihm schon Anfragen aus München und Brüssel ein Staatsregierung wie EU zeigten sich äußerst interessiert an diesem „Kelheimer Modell“. □

Konferenz der Regensburger Landkreisbürgermeister:

Wenn der Biber an den Nerven nagt

Mit einem breiten Spektrum an Themen, das von substanziellen Sorgen, wie der Finanzausstattung der Gemeinden, über die Zukunft der Hauptschulen bis hin zur beständig beklagten Biberplage reichte, befasste sich die jüngste Konferenz der Bürgermeister im Landkreis Regensburg. Hoch über Wiesent, auf dem Hermannsberg, begrüßte der designierte Chef der Katholischen Jugendfürsorge (KJF), Michael Eibl, selbst als 2. Bürgermeister von Beratzhausen aktiv, als „Hausherr“ die Gäste.

Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth selbst hatte sich das Thema der „Kommunalen Daseinsvorsorge“ vorgenommen und die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, die Grundversorgung der Bürger mit Wasser, Abwasser und Strom privaten Gesellschaften zu überlassen. Mit Ausnahme der Stromversorgung, die ohnehin meist auf die Energieversorgungsunternehmen übertragen ist, gab der Landrat den Gemeinden den Rat, diese elementaren Dienstleistungen nur im Rahmen einer bürgerschaftlichen Mitverantwortung, sprich in einer Partnerschaft mit der Privatwirtschaft zu organisieren, um auch künftig über Qualität und Preis mitbestimmen zu können.

Der Eindruck trügt

Als Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags ging Barbings Bürgermeister Albert Höchstetter auf aktuelle Themen der Verbandsarbeit ein, wobei es besonders um die Finanzausstattung der Kommunen ging. Höchstetter betonte, dass der Eindruck, wonach es den Gemeinden finanziell spürbar besser gehe, trüge. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer seien tatsächlich etwas gestiegen, jedoch vor allem zu Gunsten der großen Städte. Wie knapp die Gelder seien, gehe aus der Tatsache hervor, dass fast die Hälfte der Landkreisgemeinden keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte. Franz Muck, Rechnungsprüfer des Landratsamtes, rief dazu auf, alle Möglichkeiten, z. B. Grundsteuer, Gewerbesteuer oder Straßenausbauschonung, zu Gunsten der Einnahmen des Gemeindehaushaltes zu nutzen.

Dass die zurückgehenden Schülerzahlen auch an die Substanz einiger Hauptschulen im Landkreis gehen werden, darauf verwies der Leiter des Staatlichen Schulamtes, Leonhard Renner. Obwohl der Landkreis Regensburg einen Einwohnerzuwachs auch in den kommenden Jahren durch Zuzüge zu erwarten habe, werden die Schülerzahlen einbrechen, prognostizierte Renner. Man werde deshalb in absehbarer Zeit auch auf weitere schulorganisatorische Maßnahmen im Bereich der Hauptschulen nicht verzichten können, wobei in erster Linie die einzigen Hauptschulen zur Diskussion stehen. Gerade weil die Hauptschule in Zukunft noch

mehr Betreuungsaufwand benötige, was in konzentrierter Form besser zu organisieren sei, rief Renner die Bürgermeister auf, sich rechtzeitig nach „Partnern“ für eine eventuelle Zusammenlegung umzusehen.

Der Einsturz der Eishalle in Bad Reichenhall hat auch bei den Bürgermeistern Besorgnis ausgelöst. Oberregierungsrat Herbert Straubmeier und Oberamtsrat Werner Kölbl informierten über die zu beachtenden gesetzlichen Bestimmungen zur Haftung und Überwachung von Hallendächern. Kölbl stellte klar, dass die Vorschriften über Statik und Standsicherheit genügen und nicht erhöht werden müssen. Dort, wo es zu Einstürzen kam, wären nicht Fehler bei der statischen Berechnung Schuld gewesen, sondern Baumängel.

Der Biber nagt nicht nur an Bäumen und Sträuchern, sondern auch an den Nerven der Bürgermeister. Fast die Hälfte der Biber, die in der gesamten Oberpfalz gezählt werden, leben im Landkreis Regensburg, wie Gerold Schmitzer von der Unteren Naturschutzbehörde betonte. Die Dämme der Biber verursachen Wasserstau und Überschwemmungen, ihre „Röhren“ lassen landwirtschaftliche Maschinen einstürzen. Die Zahl der Biber nehme ständig zu, allerdings habe die Regierung der Oberpfalz auch die Fanggenehmigungen erhöht. Wo es örtlich Probleme gebe, riet Schmitzer, Kontakt mit den ehrenamtlichen Biberberatern im Landkreis aufzunehmen.

Beispielhaftes Modell

An der „Interkommunalen Zusammenarbeit“, über die Klaus Zeiser berichtete, komme kein Kommunalpolitiker vorbei. Die demografische Entwicklung werde den Druck, wirtschaftlicher und kostengünstiger zu arbeiten, noch erhöhen. Zeiser, der in ganz Bayern dieses „Regensburger Modell“ vorstellt, konnte Beispielhaftes aus dem Landkreis anführen, so jüngst die Gründung eines Vereins durch mehrere Gemeinden, der es ermöglichen sollte, Fachkräfte in der gemeindlichen Jugendarbeit einzusetzen. Allein könne dies eine Gemeinde nicht bewältigen. Zusammenarbeit spare Geld, könne aber nur funktionieren, wenn Vorurteile abgebaut und auch frühzeitig die Mitarbeiter eingebunden würden. DK



V. l.: Langweids 2. Bürgermeister Gert Jungbauer, Jahns Ehefrau Sieglinde, Landrat Dr. Karl Voegel, CSU-Fraktionsvorsitzender im Augsburger Kreistag, Dr. Walter Michale, und Josef Hartmann, Geschäftsführer der Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg. □

Langweids Bürgermeister Jahn feierte 60. Geburtstag

Landrat Dr. Karl Voegel gratulierte jetzt Bürgermeister Karl Heinz Jahn zu seinem 60. Geburtstag. Voegel hatte Jahn und seine Gattin Sieglinde zu einem gemeinsamen Essen ins Landratsamt eingeladen.

Seit fast 30 Jahren an der Spitze der rund 7.500 Einwohner zählenden Gemeinde Langweid am Lech, gehört Jahn zu den dienstältesten Bürgermeistern im Landkreis Augsburg. Voegel bezeichnete seinen langjährigen Weggefährten als einen konsequenten, verantwortungsvollen und dynamischen Anwalt der Interessen seiner Bürgerschaft.

1978 erstmals zum Bürgermeister gewählt, habe Karl Heinz Jahn Gestaltungskraft bewiesen und sich an die Verwirklichung großer, zukunftsweisender Vorhaben gemacht. Einen Meilenstein seiner Arbeit sieht Jahn selber in der Fertigstellung der B2-Umfahrung um den Langweider Ortsteil Stettenhofen im Jahr 2003. „Mit großem Engagement und vorbildlicher Hingabe weicht Du auch größten Herausforderungen nicht aus. Man merkt, dass Dein Herz für die Lechtalgemeinde

schlägt“, lobte der Landrat den Jubilar.

Langweids Gemeindeoberhaupt sei ein Mann, der alles von sich aberlange, doch dabei nie das Ziel aus den Augen verliere - den Ort zu einem blühenden Gemeinwesen zu gestalten. Dabei habe er auch als Kreisrat immer den größeren Lebensraum im Blick gehabt. Des Öfteren hat Jahn den Landrat in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg vertreten.

Seit 1972 trägt Jahn als Gemeinderat Mitverantwortung in der Kommunalpolitik. 1996 wurde Jahn erstmals in den Kreistag des Landkreises Augsburg gewählt. Bereits 1993 erhielt er die Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung von Innenminister Dr. Günther Beckstein verliehen. □



Dillingen - Mit einem besonderen Festakt ehrten die Große Kreisstadt Dillingen und der Landkreis Dillingen Ministerialdirektor a. D. Dr. Dr. h.c. Karl Böck zum 90. Geburtstag. Im glanzvollen Rahmen des Goldenen Saales der früheren Jesuiten-Universität würdigten Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl den Ehrenbürger des „Schwäbischen Rom“ (wie die Stadt wegen ihrer herausragenden Bedeutung für die Kirche von Augsburg genannt wird) und Landrat Leo Schrell den Träger des Goldenen Ehrenringes des Landkreises. Im Bild von links: Hochschulprofessor Prälat Dr. Hermann Lais, Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Dr. Böck und seine Frau Anna, Landrat Leo Schrell, Staatssekretär a.D. Otto Meyer, Professor Ludwig Häring. Text und Bild: -jdt-

Deimer wird Ehrenbürger

Der langjährige Oberbürgermeister von Landshut und frühere bayerische Städtetagschef Josef Deimer, wird Ehrenbürger seiner Heimatstadt. Dies beschloss der Landshuter Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung. Deimer fungierte bis 2004 als Rathauschef. Mit 35 Amtsjahren war er der damals dienstälteste deutsche Oberbürgermeister. DK

Wahlen in Michelau und Unterthingau

Neuer Bürgermeister der Gemeinde Michelau im Landkreis Lichtenfels ist Helmut Fischer von der CSU, der auch von den Freien Wählern unterstützt wurde. Auf den Diplomkaufmann entfielen 76 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat, der SPD-Politiker Habich, erhielt 24 Prozent. Fischer war bislang zweiter Bürgermeister der oberfränkischen Gemeinde. Neuer Bürgermeister der Marktgemeinde Unterthingau im Ostallgäu ist der 62-jährige Speditionskaufmann Schramm von der Wahlgemeinschaft „Gewerbe und Arbeitnehmer“. Er bekam 50,8 Prozent der Stimmen. Seine Kontrahenten Schrägle (Freie Wählergruppe) und Hofbauer (Wahlgemeinschaft Oberthingau) erhielten 41,4 bzw. 7,8 Prozent der Stimmen. DK

Haisch tritt zurück

Überraschend hat nach 28-jähriger Amtszeit der Unterallgäuer CSU-Landrat Hermann Haisch seinen vorzeitigen Ruhestand angekündigt. Das 67-jährige kommunalpolitische Urgestein sagte, er wolle ab August mehr Zeit mit seiner Familie verbringen. Mit Spitzenwerten bei der Zahl der Selbständigen und der bundesweit niedrigsten Quote bei Sozialhilfeempfängern gehörte der beliebte Politiker zu den erfolgreichsten Landräten Bayerns. DK

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MwSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MwSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Regionalkonferenz des Landkreises Kelheim:

„Lasst den ländlichen Raum leben!“

„LEADER+ ist eine Erfolgsgeschichte, die ihre Fortsetzung braucht“, erklärte Landrat Dr. Hubert Faltermeier bei einer Regionalkonferenz des Landkreises Kelheim. Seit Beginn von LEADER+ im Jahr 2002 seien etwa 70 Projekte - zum großen Teil aus LEADER+-Mitteln gefördert - in verschiedenen Themenbereichen organisiert und koordiniert worden.

Laut Faltermeier wurden die Themenbereiche „Vom steten Tropfen“ - Gewässerschutz im Landkreis, „On Tour“ - Tourismus auf neuen Wegen, „Begegnung auf dem Land“ - Dorfkultur im Landkreis, „Facettenreiche Landschaft“ - unsere bäuerliche Kultur, „Kinder, Jugend, Senioren, Familie - Leben im Landkreis Kelheim. Wir helfen uns!“, „Denkanstöße“ - Qualifizierung vor Ort“ sowie „Querdenken“ - Kooperation mit Hochschulen, „beackert“. Diese Themenpalette zeige die weit gefächerte Bandbreite der Projekte und demonstriere, wie vielfältig die Bedürfnisse in der Region seien. Der Landrat: „LEADER+ war und ist dafür auf Grund seines Förderspektrums ein maßgeschneidertes Förderinstrument.“

Löwenanteil fließt in den Landkreis

Ursprünglich seien für den gesamten LEADER+-Zeitraum von 2002 bis 2008 etwa 4,0 Mio. Euro für den Landkreis Kelheim vorgesehen gewesen. Mittlerweile seien jedoch bereits Maßnahmen in einer Größenordnung von über 6 Mio. Euro bewilligt und weitere Projekte in einer Größenordnung von ca. 3 Mio. Euro konkret beantragt - „eine enorme Summe, mit der anfänglich wohl niemand kalkuliert hatte“, so Faltermeier. Mit 36 Prozent der niederbayerischen Fördermittel fließe damit der Löwenanteil der EU-Gelder in den Landkreis Kelheim.

Mit Blick auf die Zukunft betonte Faltermeier, das Bemühen, den klassischen Gegensatz - Wachstum kontra Ressourcenschonung - zu harmonisieren, sei

in vielen Betrieben und Institutionen spürbar. Verbraucher orientierten sich verstärkt an der Öko-Bilanz von Gütern und Dienstleistungen. Dieser Trend müsse im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in der Region und im Kontext eines freien Wettbewerbes noch weiter intensiviert werden. Darin sehe der Landkreis Kelheim auch eine gemeinsame Aufgabe. Auch aus diesem Grund habe das Landratsamt beispielsweise die Sonderbeilage „Wärmedämmung und Energieeinsparung“ initiiert, die an alle Landkreis-Haushalte verteilt wurde.

Kontakt zum Bürger

Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister von Abensberg und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, verwies darauf, dass der ländliche Raum Kommunen beinhaltet, „bei denen - gerade wegen ihrer vergleichsweise geringen Größe - noch ein ganz intensiver Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer politischen Gemeinde besteht“. Letztlich könne man den ländlichen Raum weitgehend mit dem kreisangehörigen Bereich gleichsetzen.

Definitionssache

Verfolge man die Diskussion zum Thema „ländlicher Raum“, die gerade im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms geführt werde, stünden die Chancen der Kommunen in diesem Bereich nicht gerade im Vordergrund. Doch müsse immer wieder betont werden, „dass Bayern sich eben nicht nur über seine ur-

banen Zentren, sondern auch und gerade über den ländlichen Raum - übrigens eine der Besonderheiten in Europa - definiert“, meinte Brandl.

Immer noch lebten zwei Drittel der bayerischen Menschen außerhalb der Großstädte. In den Gemeinden des ländlichen Raums stecke eine ungeheure Vielfalt, ein außerordentliches Potential und eine enorme Kreativität, die zum Nutzen des gesamten Freistaats aktiviert werden müssten. Deshalb Brandls Appell an alle Verantwortlichen insbesondere auf der landespolitischen Ebene: „Lasst den ländlichen Raum leben, gebt ihm die Spielräume, sich eigenständig entfalten zu können!“

Immense Chancen

Wie Brandl weiter darstellte, „werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten technische und gesellschaftliche Umbrüche das Leben bestimmen, die die bisherigen Entwicklungen in den Schatten stellen - siehe Informationstechnologien.“ Dass dieser Bereich für den ländlichen Raum eine immense Chance darstellt, liege klar auf der Hand. Das LEP hingegen gehe immer noch von der Leitidee aus, dass sich der Mensch bewegt und nicht die Information.

Mittelfristige Zuwächse

Ein weiterer Punkt sei die demografische Entwicklung. Auch in diesem Punkt sieht der Kommunalpolitiker optimistisch in die Zukunft: „Zum einen werden auch Gemeinden im ländlichen Raum mittelfristig mit Zuwächsen zu rechnen haben; zum anderen können auch Schrumpfungprozesse durchaus zu positiven Ergebnissen führen, wenn die Gemeinde frühzeitig reagiert und steuert“, so Brandl abschließend. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Frühling lässt sein blaues Band...“ Mein Chef, der Bürgermeister, kommt in letzter Zeit immer öfter beschwingt und guter Laune ins Büro und gibt dann auch schon mal etwas von den Rudimenten seiner poetischen Halbbildung zum Besten.

Ist ja auch kein Wunder, denn der lange, kalte Winter hat doch bei uns allen an den Nerven gezehrt und auf dem Gemüt gelastet. Gut, das Frühjahr war bisher auch nicht gerade umwerfend. Ostern ging nur deshalb als wettermäßig annehmbar durch, weil die Wettervorhersagen noch schlechter als tatsächliche Wetter waren. Und auch danach immer wieder diese elenden Regentage.

Aber da wir nicht mehr verwöhnt sind, geben wir uns auch mit der gegenwärtigen kleinen Münze zufrieden. Ab und zu mit dem Fahrrad zum Dienst fahren können. Die ersten Espresso-

„Frühling lässt sein blaues Band...“

im Straßencafé. Und natürlich das neue frische Grün der Blätter, die Farben der Blumen und Blüten überall.

Das ist ja der eigentliche Knüller des Frühlings: Aus dem Grau des November und dem Weiß des Winters zaubert er im Nu eine Farbpalette, die von Michelangelo bis Leonardo jeden Maler blass aussehen lässt. Und die Kraft des einmal entfesselten Wachstums ist jedes Jahr aufs Neue staunenswert. Heuer ist die Vegetation doch bestimmt zwei oder drei Wochen hinten dran im Vergleich zu früher. Trotzdem ist das Gras auf Wiesen, die vor Ostern noch mehr braun als grün waren, jetzt schon so hoch, dass ein erstes Mähen fällig wäre.

Hohe Zeit und Großkampftage für die städtischen Gärtner, die die Stadt in den Anlagen, Parks und Pflanztrögen wieder so richtig toll herausputzen. Die verstehen es, aus einer Verkehrsinsel einen Blickfang zu machen, aus einem schmalen Handtuch städtischen Grüns die Ahnung einer Bauernwiese zu zaubern und sie

setzen in den Plattensee der Fußgängerzone Inseln der Farbpracht und Harmonie. Los gings mit den robusten Narzissen und farbenfrohen Tulpen. Die Rosenstöcke wurden fachgerecht geschnitten, damit sie bald wieder treiben. Und ich hoffe sehr, dass im Innenhof des Rathauses auch heuer wieder prächtige Sonnenblumen den Triumph der Natur über das eintönige Asphaltgrau verkünden werden.

Natürlich gibt es auch bei uns Leute, die fragen, warum die Stadt, die für sonst kaum etwas Geld übrig hat, ausgerechnet den Gänseblümcheningenieuren vom Gartenbau jedes Jahr die Möglichkeit gibt, sich auszutoben. Für mich ist, ganz ehrlich, der Blumenschmuck die falsche Stelle zu sparen. Nicht umsonst hat jeder zu Hause und im Büro mehr oder weniger üppigen Pflanzenschmuck. Weil halt Menschen Pflanzen um sich wie die Luft zum Atmen brauchen. Und ausschließlich hart gesottene Geizhalse behaupten, nur Männer mit schlechtem Gewissen würden Blumen verschenken. Erfahrene Latin-Lover, solide Ehemänner und nette Chefs wissen, dass kaum etwas eine Frau mehr freut als ein hübscher Strauß ab und zu.

Mein Chef, der Bürgermeister, legt sehr viel Wert auf eine grüne Stadt und sorgfältige Anpflanzungen. Für ihn sind das Parameter der Lebensqualität und des Sich-Wohlfühlens im Städtchen. Übrigens durchaus auch im Sinne eines Marketinginstruments, denn ob Besucher, Einkäufer aus dem Umland, potentielle Investoren oder Zuzügler: Nichts nimmt mehr für eine Stadt ein, als ein freundliches, buntes, blühendes Erscheinungsbild. Auf dem Kalenderblatt steht heute übrigens ein Spruch des Dichters Emanuel Geibel, der vielleicht sogar meinem vor Aktivität und Tatkraft strotzenden Chef ein Lächeln entlocken wird: „Frühling ist die schöne Jahreszeit, in der der Winterschlaf aufhört und die Frühjahrsmdigkeit beginnt.“

ihre Sabriala

Fachtagung im Erdinger Landratsamt:

Was zeichnet eine kinderfreundliche Gemeinde aus?

Wie lassen sich die Bedürfnisse Jugendlicher in der gemeindlichen Planung berücksichtigen? Was bringt Bürgerbeteiligung? Diese und zahlreiche andere Aspekte rund um das Thema „Integration durch eine kinder- und jugendfreundliche Planung und Beteiligung in den Gemeinden“ diskutierten zahlreiche Kommunalpolitiker und weitere Fachleute im Landratsamt Erding.

Zu der Fachtagung eingeladen hatten das Landratsamt Erding, der Kreisjugendring, die Katholische Jugendstelle und die Offene Jugendarbeit der Stadt Erding.

Im Mittelpunkt der von Kreisjugendpflegerin Angelika Klar-Sigl moderierten Veranstaltung standen zwei Vorträge, die das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten: Günter Beltzig, Architekt aus Pfaffenhofen/Ilm, stellte praktische Gesichtspunkte in den Vordergrund und erläuterte anhand von Fotos, was für Kinder und Jugendliche wichtig ist: Rückzugsmöglichkeiten, mehrere dezentrale attraktive (Spiel-) Plätze, farbig gestaltete und dadurch sich selbst erklärende Wege etwa.

Das Terrain erorbern

„Kinder können heute nichts mehr unbeobachtet und ohne Erlaubnis der Eltern machen“, monierte Beltzig. Patentrezepte habe er keine, aber einen Bauwagen als Treffpunkt für Jugendliche beispielsweise halte er für „eine hervorragende Sache“. Der Planer, der bereits in Ingolstadt an wegweisenden Projekten beteiligt war, betonte, dass auch Kinder „sich erst integrieren müssen“. Insofern sollte man ihnen auch die Chance ge-

ben, sich ihr Terrain zu erobern.

Die konkrete Konzeption für eine umfassende Betreuung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen stellte anschließend Taufkirchens Bürgermeister Franz Hofstetter vor. Er erzählte, wie sich aus einzelnen Ideen und Initiativen im Laufe der Jahre ein speziell auf Taufkirchen zugeschnittenes Konzept entwickelt hat, das auf Vernetzung der vorhandenen Einrichtungen abzielt, auf „kurze Wege für alle“. Dieser Grundgedanke wurde mit dem neu gebauten Kinder- und Jugendhaus auch baulich verwirklicht. Hofstetter betonte, dass es dabei nicht um ein Gegeneinander von Erziehung im Elternhaus einerseits und Betreuung in den entsprechenden Einrichtungen andererseits gehe, sondern um ein Neben- und Miteinander. Beides müsse sich ergänzen.

Sensibilisierung der Teilnehmer

Die Bilanz der Veranstalter stellte sich als durchaus positiv dar: Die Teilnehmer seien noch einmal sensibilisiert worden für das aktuelle Thema Integration, das sich schließlich nicht nur auf Migranten beziehe, sondern auch für Neubürger allgemein oder eben Kinder und Jugendliche von zentraler Bedeutung

sei, erklärte die Leiterin des Erdinger Jugendzentrums, Petra Heilmann. Beide Referenten hätten deutlich herausgearbeitet, dass Integration ein längerfristiger Prozess sei, der ohne das Engagement und die Ausdauer von führenden Kräften und Bürgern im Ort wohl nur schwer gelingen könne, fügte Martine Driessen, Fachkraft für offene Jugendarbeit beim Kreisjugendring, hinzu.

Das Klima muss stimmen

Wenn darüber hinaus das Klima in einer Gemeinde stimme und das Bewusstsein sowie die Bereitschaft vorhanden seien, Zeit, Geld und Raum in integrative Projekte für Kinder und Jugendliche zu investieren, seien dies die besten Voraussetzungen für eine kinder- und jugendgerechte Gemeinde. Dies werde am Beispiel Taufkirchen positiv sichtbar. **DK**

Rathauschef Hoffmann †

Gerd Hoffmann, Bürgermeister von Schondorf am Ammersee, ist im Alter von 66 Jahren verstorben. Bei einer Festrede zum zehnjährigen Bestehen der örtlichen Musikschule ereilte ihn der Tod. Hoffmann war 1984 für die Freien Wähler in den Gemeinderat eingezogen und seit 16 Jahren Bürgermeister in Schondorf. □



Freie Wähler Oberbayern:

„Politik muss wieder Interessen der Bürger vertreten“

Auf ihrer jüngsten Vorstandssitzung in Allershausen sprachen sich die Freien Wähler Oberbayern klar für eine Umkehr in der bayerischen Politik aus. „Wir müssen es wieder schaffen, den Bürger mit seinen Ängsten und Problemen ernst zu nehmen und zu respektieren. Nur so können wir erreichen, dass er die Politik und damit uns ernst nimmt“, so Eva Gottstein, Bezirksvorsitzende von Oberbayern. Gottstein weiter: „Wir Freien Wähler treten mit all unserer Macht dafür ein, dass unsere Kommunen, die die kleinsten politischen Einheiten darstellen, wieder mit vernünftigen finanziellen Mitteln von Seiten des Landes Bayern her ausgestattet werden und wieder mehr in den wirklich bürgernahen Gremien entschieden werden kann!“

Als Gast war der neue Landesvorsitzende der Freien Wähler Bayern anwesend. Hubert Aiwanger stellte zunächst sich und anschließend seine politischen Forderungen vor: „Die Freien Wähler fordern, dass die Politik die Interessen der einfachen Bürger wieder respektiert. Es muss Schluss damit sein, dass die Parteien von oben her Dinge durchdrücken, die der Bürger nicht will. Die Ohnmacht der Öffentlichkeit etwa gegen die grüne Gentechnik, die 80 Prozent der Bevölkerung ablehnen, aber trotzdem aus Kommerzinteressen durchgesetzt werden soll, ist ein Beispiel hierfür. Die CSU hat auch in der Bildungspolitik versagt, immer mehr Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss und landen damit in der Arbeitslosigkeit. Die Freien Wähler fordern kleinere Klassen und mehr Lehrer.“ □

Oberpfälzer Kommunalgipfel in Weiden:

Gemäßigtes Ja zur Metropolregion

„Die Oberpfalz darf sich trotz Metropolregion nicht in der politischen Diskussion auseinander fransen lassen“, warnte Simon Wittmann, Landrat Neustadt a. d. Waldnaab und Bezirksvorsitzender des Landkreistags beim Oberpfälzer Kommunalgipfel in Weiden. Vor über 100 Mandats- und Funktionsträgern stellten er und der CSU-Bezirksvorsitzende, Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner, fest, dass Metropolregionen keinesfalls als Einstieg in einen Verwaltungsverband akzeptabel sind. Weder dürften sie ihren eigenen Weg vergessen noch bei der Förderung bevorzugt werden.

Wittmann forderte, im neuen Landesentwicklungsprogramm die besondere Förderung des ländlichen Raumes zu verankern, um „gleichwertige Lebensbedingungen“ zu realisieren. Dabei sei vor allem im LEP die Gewichtung zugunsten der ländlichen Räume in folgenden Bereichen zu verändern: Beim ÖPNV sei im LEP als Ziel eine gleichgewichtige Förderung von ländlichen Regionen aufzunehmen. Nur so sei es zu verhindern, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund sich allein zu Lasten des ländlichen Raumes auswirkt und dort mühsam aufgebaute Strukturen zusammenbrechen.

Zentrale Forderungen

Die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum müsse im LEP stärker betont werden, da eine bessere Erreichbarkeit und die Anbindung an die Ballungsräume einen wesentlichen Standortfaktor darstellen. Wichtige Förderungen aus oberpfälzischer Sicht seien

dabei der Ausbau des Staatsstraßennetzes an der Grenze zu Tschechien, die Elektrifizierung der Bahn von Regensburg nach Hof, die Verbesserung der Anbindung an den Flughafen München durch die Marzlinger Spange und an den Flughafen Nürnberg sowie der Ausbau der Telekommunikation und der schnellen DSL-Anbindungen ans Internet.

Versorgung muss gewährleistet sein

Insbesondere müsse auch durch das LEP gewährleistet werden, dass eine Versorgung des ländlichen Raumes mit Handel, Dienstleistung sowie sonstigen Geschäften des täglichen Lebens gesichert ist, fuhr Wittmann fort. Die verschiedenen Förderprogramme zur Entwicklung des ländlichen Raumes von Bund, Land und EU seien abzustimmen, zu koordinieren und übersichtlicher zu gestalten. Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt, Wirtschafts- und Landwirtschafts-

ministerium sei verbesserungswürdig.

Clusterpolitik

Zudem dürfe die Bayerische Clusterpolitik nicht in bayernweiten Clustern stehen bleiben. Auch in der Oberpfalz gebe es regional innovative und zukunftsweisende Betriebe. Deshalb sei die Bildung und Förderung von Clustern nicht auf Ballungsräume zu beschränken. Auch kleinere und mittlere Unternehmen müssten durch regionale Netzwerke an der Wertschöpfungskette teilhaben.

Marketinginstrument

Metropolregionen sind laut Wittmann angesichts der internationalen Funktion durchaus als Marketinginstrumente geeignet. Die Ausstrahlungseffekte müssten im Gesamttraum Bayerns genutzt werden. Wegen der Unterscheidung nach metropolitanem Kern und metropolitanem Netz müssten die einzelnen Regionen der Oberpfalz in eigener Verantwortung über die Intensität der Mitarbeit entscheiden.

Kommunalwahlen im Visier

Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 (Spitzner: „Wir können nicht früh genug mit den Vorbereitungen beginnen“) formulierten die „CSU-Lokalfürsten“ ihre Forderungen nachdrücklich.

Wie KPV-Bezirksvorsitzender Landrat Herbert Mirbeth erläuterte, biete die CSU ein gesamtpolitisches Handlungs- und Entscheidungsangebot - auf der Ebene der Kommunalpolitik, der Landespolitik, des Bundes und des Europäischen Par-

lamentes - und könne somit im Gegensatz z. B. zu den Freien Wählern mit einer gesamtpolitischen Kompetenz für die Fragen der Menschen aufwarten.

Ab 2008 erwartet der Regensburger Landrat eine Entlastung der Kommunen beim Solidarausgleich für die neuen Länder: „Allein die 41 Gemeinden im Landkreis Regensburg haben seit 1995 über 100 Millionen Euro in den Solidartopf bezahlt.“

Kommunen im Schraubstock

Mirbeth kritisierte den Umstand, dass die Kommunen „im Schraubstock der sozialen Leistungsgesetze eingezwängt“ und dabei allmählich erdrückt würden. Mirbeth erzählte von einer kleinen Gemeinde, die finanziell so blank sei, dass sie wegen 48.000 Euro Solidarumlage zur Bank gehen muss: „Gleichzeitig verkauft die Stadt Dresden 48.000 Wohnungen für 1,3 Milliarden Euro - und entschuldet sich. Das ist ein Skandal!“

Gewerbsteuer ohne Alternative

Für die Beibehaltung der Gewerbebesteuerung plädierte Amberg Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer: „Zur Gewerbebesteuerung gibt es keine Alternative. Es muss eine steuerliche Nabelschnur zu den Unternehmen geben, sonst kümmern sich die Kommunen nicht mehr um die Wirtschaft“, meinte er. Statt des bisherigen „Durchgriffsrechts“ von oben forderte der Ratshauschef bei der Gesetzgebung ein verbindliches Anhörungsrecht der Kommunen.

„Mehr Vertrauen“ der öffentlichen Hand wünscht sich Hans Bögl jun., Chef eines Neumarkter Bauunternehmens: „Es ist fatal, wenn bei jeder Baumaßnahme Projektleiter und Juristen das Heft in die Hand nehmen.“ Die Kommunen könnten die Wirtschaft dadurch unterstützen, dass sie ein Lebens- und Woh-

numfeld schaffen, das den Menschen Zufriedenheit vermittelt. Günstiges Bauland trage durch die Schaffung von Wohneigentum in der Region dazu bei, dass die Mitarbeiter von Firmen im Umfeld der Firmen verwurzelt sind und bleiben.

Wettbewerbsnachteile ausgleichen

Trotz Billigkonkurrenz schuf Bögl 1500 neue Arbeitsplätze und zählt - als größtes privates Bauunternehmen Deutschlands - rund 4500 Mitarbeiter. Das Unternehmen versteht sich als Technologie- und Dienstleistungsunternehmen und setzt auf qualifizierte, motivierte

Mitarbeiter. „Denn es ist Spitzenleistung notwendig, um die Wettbewerbsnachteile auszugleichen.“

Aufruf zu Kooperation und mehr Optimismus

Sämtliche Porsche-Rennautos fahren mit Hör-Getrieben, und in der Formel 1 läuft ohne die Spitzentechnik aus Weiden fast nichts. Albrecht Hör, Inhaber von Hör Technologie mit 220 Mitarbeitern und Standorten in Weiden und Mitterteich, appellierte abschließend an die Kommunen, regional zusammenzuarbeiten und rief zu mehr Optimismus - „angesichts unserer hervorragenden Lage mitten in Europa“ - auf. **DK**

Arbeitsgemeinschaft Fränkischer Oberbürgermeister:

Pia Beckmann neue Vorsitzende

Würzburgs Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann ist in Rothenburg zur neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Fränkische Oberbürgermeister gewählt worden. In den letzten eineinhalb Jahren hatte das Nürnberger Stadtoberhaupt Dr. Ulrich Maly dieses Amt inne.

Die 1988 gegründete, 22 Gemeinden umfassende Arbeitsgemeinschaft, trifft sich halbjährlich zum Erfahrungsaustausch zu aktuellen Themen sowie zur Formulierung und Durchsetzung gemeinsamer fränkischer Interessen. Bei der jüngsten Sitzung ging es um die Zweitwohnungssteuer, die Vermarktungsmöglichkeiten für die Ausrichter- und Quartierstädte der Fußball-Weltmeisterschaft sowie Entwicklungen in Bezug auf die Metropolregion Nürnberg.

Gemeinsame Resolution

Als gemeinsame Resolution wurde einstimmig die Forderung verabschiedet, dass die Fernverkehrsverbindung Frankfurt bzw. Stuttgart-Nürnberg-Markredwitz-Eger/Cheb-Pilsen-Prag beibehalten werden soll. Die Arbeitsgemeinschaft befürchtet, dass dieses Projekt sowohl vom Freistaat Bayern als auch von der Deutschen Bahn AG wie auch der Bundesregierung, trotz des deutsch-tschechischen Verwaltungsabkommens von 1996 und der bereits laufenden Ausbauarbeiten auf der tschechischen Seite, nicht konsequent weiterverfolgt wird. „Die für Franken so wichtige Verbindung muss in den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden“, betonte Pia Beckmann. Derzeit werde seitens des Freistaates die Achse München-Prag über Schwandorf favorisiert. **DK**

Vorschau auf GZ 10

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 10, die am 18. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall und Recycling
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Sicherheitstechnik - Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen
- Kommunal-Marketing

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung



- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 • Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
Inh. Bernd Knödler
Heinkelstraße 44
71384 WEINSTADT
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
Fax 07151-995166 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen



Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH • 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 • Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@t-online.de • www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
IUT INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 • 27793 Wildeshausen
Telefon: +49(0)4431/935549 • Telefax: +49(0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de • www.iut-umwelttechnik.de

Papierkörbe

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 • Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living

KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 • 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 • Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

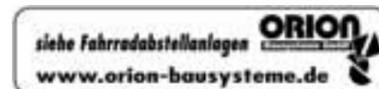
Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 • D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: +49(0)9621/7685-0 • Fax +49(0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de • www.gmeiner-online.de

Verwaltungsinformationssysteme

www.behordenmanagement.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Inserieren bringt Erfolg!

www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH • Industriestraße 13 • 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 • Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
Tel. 07672 / 412-0 • Fax 07672 / 412230